

1903

Nr. 11

## Zu den preussischen Landtagswahlen.

Von  
**Julius Bruhns.**

(Kattowitz.)

In wenigen Tagen finden die Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, dem gesetzgebenden Körper Preussens, statt. Wenn diese Wahlen, nach einem ebenso ungerechten, wie lächerlich rückständigen plutokratischen System vollzogen, seit langer Zeit die ausschliessliche politische Angelegenheit der bürgerlichen Parteien in Preussen waren, so ist das bei den jetzigen Wahlen völlig anders geworden. Die Beteiligung der Socialdemokratie hat die Situation erheblich geändert. Mit der bisherigen Gemächlichkeit des Wahlkampfes ist es vorbei, die schwebenden politischen Fragen werden von der jungen, rüstigen, arbeitsfreudigen Socialdemokratie ganz anders angefasst, als sonst, neue Fragen sind aufgeworfen, kurz, es geht ein belebender Hauch durch die trage, dumpfe politische Atmosphäre Preussens.

Aber auch die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses kann durch die Beteiligung der Socialdemokratie an den Wahlen eine erheblich veränderte werden. Ja, sie würde sicher eine ganz andere werden, wenn der Liberalismus, die bürgerliche Opposition gegen die durch Conservative und Centrum im Abgeordnetenhaus gebildete starke reactionäre Mehrheit, sich bereit fände oder besser: fähig wäre, sich mit der Socialdemokratie zu einem Bündnis zusammenzuschliessen. Das müsste insbesondere den beiden conservativen Fractionen, welchen jetzt nur wenige Mandate zur Mehrheit im Abgeordnetenhaus fehlen, bei den Neuwahlen eine ganz erhebliche Anzahl Mandate kosten, in die sich Socialdemokratie und Liberalismus teilen würden. Das ist von unserer Seite in ganz überzeugender Weise an der Hand der jüngsten Reichstagswahlergebnisse nachgewiesen worden. Dass ein solches politisches Bündnis zwischen Socialdemokratie und Liberalismus durchaus angängig wäre, trotz der vorhandenen unvereinbaren Gegensätze beider Richtungen, steht ebenfalls fest. In keinem Bundesstaate des Deutschen Reiches mit

alleiniger Ausnahme der gesegneten Mecklenburg, ist man so weit entfernt von der Verwirklichung der fundamentalsten politischen Forderungen des Liberalismus, wie in Preussen. Hier gibt es auf weiten Gebieten des politischen Lebens Berührungspunkte und starke gleichartige Interessen für die Socialdemokratie und den Liberalismus. Für den letztern aber gibt es, soweit er es überhaupt noch mit der Erfüllung liberaler Ideen ernst meint, keine andere Gelegenheit, wieder in stattlicher Zahl in den preussischen Landtag einzuziehen, wieder politische Bedeutung und Ansehen zu gewinnen, als durch ein Bündnis mit der Socialdemokratie.

Warum ein solches Bündnis oder wenigstens eine gewisse Verständigung über ein Nebeneinandermarschieren und gelegentliche wechselseitige Unterstützung im gegenwärtigen Wahlkampfe zwischen den beiden Parteien nicht zu stande gekommen ist, das ist bekannt genug. Es soll aber doch hier, unmittelbar vor Toresschluss, noch einmal in aller Ruhe festgestellt werden, wem die Schuld an dem Scheitern einer solchen Verständigung zuzuschreiben ist, die andernfalls von grosser Bedeutung für die weitere politische Entwicklung Preussens hätte werden können, gleichwie das Nichtzustandekommen von erheblichen und durchaus un erfreulichen politischen Folgen begleitet sein kann.

Auf seiten der Socialdemokratie bestand und besteht volle Geneigtheit zur Verständigung mit dem Freisinn, selbstverständlich auf der Basis gegenseitiger Wahlhilfe. Wir haben nicht nur in unserer Presse, sondern auch durch die Verhandlungen auf der preussischen Delegiertenconferenz vom 26. April dieses Jahres in aller Form diese unsere Bereitwilligkeit kundgegeben, durch unsere Wahlmänner auch freisinnige Candidaten zu Abgeordneten zu wählen, unter der Voraussetzung, dass die freisinnigen Wahlmänner in gleicher Weise für die Wahl socialdemokratischer Abgeordneter eintreten. Nur für ein Bündnis mit dem Freisinn schon bei den Urwahlen war die Socialdemokratie aus taktischen Gründen und gebunden an einen früheren Parteitagsschluss, nicht zu haben, obwohl ein solches, wenn schon einmal *compromisselt* werden sollte, das Consequentere gewesen wäre und beiden Seiten grössere Vorteile für den Wahlausfall versprochen hätte.

Aber es gab überhaupt keine Veranlassung, darüber noch irgend weiter zu verhandeln, denn der bürgerliche Liberalismus aller Schattierungen verschmähte jede Art des Wahlabkommens mit der Socialdemokratie. Wohl gab es einzelne Stimmen in der freisinnigen Volkspartei, noch einige mehr in der freisinnigen Vereinigung und sogar einige Nationalliberale, die, meist recht schüchtern, eine solche Verständigung mit der Socialdemokratie empfahlen. Rückhaltlos trat allein Dr. Theodor Barth für das Bündnis ein, indem er seine Leute zu überzeugen suchte, dass selbst die Verschmelzung der beiden Freisinngruppen mit den Nationalliberalen einem solchen *Gesamtliberalismus* starken politischen Einfluss nicht mehr bringe, wenn er es nicht verstehe, mit der in der Socialdemokratie organisierten Arbeiterschaft politisch zusammen zu wirken. Aber er blieb ein Prediger in der Wüste und wurde von seinen eigenen engeren Parteigenossen gewissermassen kalt gestellt, während

der volksparteiliche Freisinn ebenso wie die Nationalliberalen mit wahrer Wut über diejenigen herfielen, die es wagten, auch nur leise ihre Geneigtheit für ein Zusammengehen mit der Socialdemokratie anzudeuten. Die vor einigen Wochen von der Berliner Generalversammlung der freisinnigen Vereinigung ausgesprochene bedingte Erlaubnis für die Angehörigen dieser Partei, gegebenenfalls, nach den obwaltenden localen Verhältnissen, mit der Socialdemokratie eine Verständigung zu suchen, hat praktisch kaum irgend eine Bedeutung. Immerhin wäre solch ein Entgegenkommen von Wert, wenn es nicht nur von einer kleinen Gruppe, sondern von der Gesamtheit des Freisinns gezeigt worden wäre.

Eugen Richter und seine Mannen würden sich eine bedingungslose Unterstützung ihrer Candidaten durch die Socialdemokratie sehr gern gefallen lassen. Ja, noch mehr, sie halten ein solches bedingungsloses Herauslaufen derselben sogar für eine unabweisbare Pflicht der Socialdemokratie im Kampfe gegen die Reaction. Herr Richter nimmt es uns schon sehr übel, dass wir die selbständige Beteiligung bei den Urwahlen beschlossen haben. Nach seiner Ansicht hätten wir, wenn es uns ernst wäre mit der Bekämpfung der Reaction in Preussen, die Pflicht, von vornherein schon für die freisinnigen Wahlmänner zu stimmen. Jedenfalls aber können und dürfen nach ihm die socialdemokratischen Wahlmänner die Freisinnigen nicht durchfallen lassen, wenn sie nicht die Reaction stärken wollen. Zu irgend welchen Gegenleistungen hält er sich und seine Partei nicht verpflichtet.

Eine derartige politische Verblendung würde nur komisch wirken, wenn sie nicht zu den bedenklichsten politischen Folgen führen könnte. Wir sind uns vollkommen klar darüber, dass unter den gegebenen Umständen die Gefahr einer konservativen Mehrheit im neuen Abgeordneten-hause sehr nahe gerückt wird. Und gewiss ist, dass eine solche conservative Mehrheit es an neuen und erfolgreichen Angriffen auf die wenigen politischen Rechte des preussischen Volkes nicht fehlen lassen wird, dass reactionäre Gesetze aller Art uns bedrohen werden. Genosse Bebel hat das noch auf der nach dem Dresdener Parteitage zusammengetretenen zweiten Preussenconferenz unumwunden und unter allseitiger Zustimmung ausgesprochen. Ebenso einstimmig aber war diese Konferenz und ist die gesamte socialdemokratische Partei, *Revisionisten* wie *Radicale*, in der Entschlossenheit, trotz dieser Gefahren, die naturgemäss besonders die Socialdemokratie treffen werden, an der Forderung der Gegenleistung des Freisinns, das ist der Abtretung von Mandaten an uns, für unsere Wahlhilfe festzuhalten.

Diese Einmütigkeit der Partei sollte dem Freisinn zu denken geben, ihm die Ueberzeugung bringen, dass alle Hoffnungen auf eine Aenderung unseres Entschlusses eitel sind. In der That ist die Socialdemokratie einfach gezwungen, das beschlossene Verhalten gegenüber dem Freisinn zu beobachten. Dazu zwingt nicht nur die Notwendigkeit, für die zu leistende ungeheure Wahlarbeit auch Lohn, das heisst Mandate, zu gewinnen. Es ist ganz ausgeschlossen, von den Massen der socialdemokratischen Wähler eine Entsagungsfähigkeit zu erwarten, wie sie die Freisinnigen ihnen zumuten, dieselben Freisinnigen, die ihren Massen nicht

einmal zuzumuten wagen, auch einigen Socialdemokraten die Stimmen zu geben, obwohl das dem Freisinn erheblichen Mandatgewinn bringen müsste. Zwingender noch für unser Verhalten aber ist die Notwendigkeit, mit den Liberalen einmal *Fractur zu reden*, wie Bebel treffend in Dresden sagte. Die Leute müssen wirklich einmal Gelegenheit bekommen, zu zeigen, dass es ihnen noch Ernst ist mit ihrem Liberalismus, dass sie wenigstens einen Rest von Energie für Verwirklichung liberaler Grundsätze aufzuwenden fähig sind. Die jämmerliche Haltung insbesondere des volksparteilichen Freisinns bei den letzten Reichstagswahlen hat das längst vorhandene tiefe Misstrauen der Arbeitermassen gegen den Liberalismus gewaltig verstärkt. Wenn die socialdemokratische Führerschaft die Absicht gehabt hätte, die socialdemokratischen Wählermassen bedingungslos dem Freisinn zur Verfügung zu stellen — in Wahrheit hat kein Führer je daran gedacht —, dann würde diese Führerschaft von den Massen einfach in Stich gelassen worden sein.

Der Hinweis der Freisinnigen auf den Brief Auers, der bei den Landtagswahlen 1898 den Breslauer Socialdemokraten, die zu entscheiden hatten, ob der Freisinn oder die Reaction die drei Breslauer Landtagsmandate haben sollte, die bedingungslose Unterstützung des Freisinns dringend empfahl und ein gegenteiliges Verfahren für einen Schandfleck auf der Partei erklärte, hat unter den geänderten Verhältnissen gar keinen Wert mehr. Allein der Umstand, dass damals die Breslauer Freisinnigen auf eine solche Situation vorher nicht gefasst sein konnten und zahlreiche Wahlmänner, wie Lehrer etc., hatten, die ohne Gefährdung ihrer Existenz nicht wagen konnten, für einen socialdemokratischen Abgeordneten zu stimmen, während jetzt der Freisinn sich ganz allgemein bei Aufstellung seiner Wahlmänner auf solche Eventualitäten einrichten konnte, änderte die Verhältnisse bedeutend. Und schon bei der im Jahre 1900 infolge der Ungültigkeitserklärung der Breslauer Mandate vorgenommenen Neuwahl erklärte der socialdemokratische Parteivorstand den Breslauer Parteigenossen, die entschlossen waren, dem Freisinn wieder ganz selbstlos die Mandate zu verschaffen, dass unter den gegebenen Verhältnissen — die Ungültigkeitserklärung war bekanntlich wegen einer freilich ganz harmlosen Verfehlung eines socialdemokratischen Wahlmannes herbeigeführt worden — dagegen nichts einzuwenden sei, dass aber den Breslauer Liberalen doch begreiflich gemacht werden müsse, dass die Socialdemokraten keineswegs dauernd geneigt seien, den Liberalen bedingungslos zu den Mandaten zu verhelfen. Und das ist denn auch den Herren begreiflich gemacht worden.

Wenn die Freisinnigen von einer Gefährdung ihres Besitzstandes durch die selbständige Beteiligung der Socialdemokratie an den Wahlen reden, so ist dieser absurde Einwand in der socialdemokratischen Tagespresse ja schon zur Genüge abgetan worden. Und wenn sie hier und da durch das Eingeständnis, sie würden eben viele ihrer Wahlmänner trotz etwaiger Parteibeschlüsse nicht zur Wahl socialdemokratischer Candidaten veranlassen können, die Unmöglichkeit der Erfüllung unserer Forderung nachweisen wollen, so ist dieser Appell an unser Mitleid wohl am allerwenigsten geeignet, uns zur Aufgabe unserer wohlbegründeten

und selbstverständlichen Forderung zu veranlassen. Wenn jenes Argument Tatsache ist, dann beweist der Freisinn damit eben nur, dass er den übernommenen Aufgaben nicht gewachsen ist und es verdient, von der politischen Bühne zu verschwinden.

Der Freisinn wird nun also abwarten, was die Urwahlen erbringen. Wir nehmen es den Herren ja nicht übel, wenn sie erst einmal sehen wollen, was wir denn geben können, ehe sie sich mit uns in einen Handel einlassen. Vielleicht wird ja selbst Herr Eugen Richter etwas anderer Meinung über die Möglichkeit oder gar die Notwendigkeit, sich mit den Socialdemokraten einzulassen, wenn sein eigenes Mandat und die Mandate mancher seiner getreuen Freunde vom Willen der Socialdemokraten abhängen werden. Eine solche Situation schaffen, das muss jetzt unsere wichtigste Aufgabe im Wahlkampf sein, und wir dürfen zur Erreichung dieses Zieles auch nicht vor einer entschiedenen Bekämpfung des Freisinns im Wahlkampfe Halt machen. Möglichst viele Wahlmänner gewinnen, und zwar überall, in jedem Wahlkreise, wo sich dazu nur eine Möglichkeit bietet, das muss unser Streben sein. Welchen Einfluss der Besitz auch nur einiger socialdemokratischer Wahlmänner uns in den verschiedensten Wahlkreisen gewähren kann, davon haben wir ja schon einige lehrreiche Beweise gehabt.

Was wir tatsächlich erreichen werden, kann unmöglich vorausgesagt werden, doch gibt der glänzende Ausfall der Reichstagswahlen uns alle Aussicht auf einen erfreulichen Erfolg auch bei den preussischen Landtagswahlen. Die Befürchtung, der Verlauf des Dresdener Parteitag werde auf unsere Landtagswahlaussichten schädigend einwirken, erscheint mir ganz unberechtigt. Man kann die Socialdemokratie wohl kaum noch ärger verleumden und verlästern, als das bei den jüngsten Reichstagswahlen geschehen ist, und trotzdem errangen wir den *Dreimillionensieg!* Dass wir dies mal schon ein Mandat zum preussischen Landtage aus eigener Kraft erobern werden, ist unwahrscheinlich, wenn auch keineswegs unmöglich. Die Schwierigkeiten schrecken uns nicht ab. Und unser Hauptziel, durch unsere Beteiligung das absurde, empörend ungerechte Dreiclassenwahlsystem zu treffen, es auf den Tod zu verwunden, dies Ziel werden wir gewiss erreichen, wenn alle Parteigenossen in der gewohnten opferwilligen und arbeitsfreudigen Weise ihre Pflicht erfüllen.

---

## Socialismus und Liberalismus bei den preussischen Landtagswahlen.

Von

**Eduard Bernstein.**

(Berlin.)

Gemäss den verschiedenen Parteitagbeschlüssen, sowie den Beschlüssen von Sonderconferenzen der Socialdemokraten Preussens sind unsere Genossen im führenden Staat des Deutschen Reichs allerorts mit Energie in den Wahlkampf eingetreten. Es steht zu erwarten, ja, wir dürfen es als sicher voraussetzen, dass vor allem der Tag der Urwahlen sich zu einer eindrucksvollen Demonstration für die Grundsätze und Forderungen der Socialdemokratie ge-

stalten wird. Er wird einen wuchtigen Ansturm bringen gegen die grosse Zahl von Rückständigkeiten aller Art, die im preussischen Landtag bisher ihren stärksten Schutzwall fanden. Die socialistisch denkende Arbeiterschaft Preussens wird zum erstenmal nach einheitlicher Parole an diesem Schutzwall rütteln, dessen Fundament die Mauer des Dreiclassenwahlsystems bildet, und sie wird hoffentlich an manchen Stellen in das Mauerwerk tüchtig Bresche legen. Schon durch ihre blossе Teilnahme an der Wahl wird sie an verschiedenen Orten die Nichtswürdigkeit des Wahlsystems dem blödesten Auge klar machen. Ein Wahlsystem, das darauf berechnet ist, dass es von der Masse der Wähler nicht ausgeübt wird, das eine Beteiligung aller Wähler überhaupt nicht verträgt, ist in sich selbst verurteilt.

Der Nachweis des Widersinns einer Sache, wenn er tödlich wirken soll, darf nicht bei der theoretischen Discussion stehen bleiben, sondern muss in der Praxis geliefert, greifbar demonstriert werden. Die socialdemokratische Arbeiterschaft wird es sich angelegen sein lassen, nach Möglichkeit diejenige Wahlbeteiligung herbeizuführen, die bei jedem leidlich anständigen Wahlsystem dessen Voraussetzung sein muss, bei diesem Wahlsystem aber der Absicht seiner Schöpfer und Hüter ins Gesicht schlagen wird. Je stärker die Wahlbeteiligung, um so mehr wird der Wahlact an sich schon zu einem Protest gegen das Wahlsystem werden.

Neben der Blosslegung der Nichtsnutzigkeit des ganzen Systems bleibt indes das Durchbrechen des Walles dadurch, dass die Wahl von Socialdemokraten in den Landtag erreicht wird, eine der Hauptaufgaben des Landtagswahlkampfes.

Hier und da sind Aeusserungen gefallen, als ob das Eindringen von Socialdemokraten in den Landtag von den Verteidigern des derzeitigen Landtagswahlsystems als Beweis ausgenutzt werden könne, dass es doch nicht so verworfen sei, als es von der Socialdemokratie hingestellt wird. Möglich, dass man gegebenenfalls suchen würde, die Forterhaltung des Systems mit solchen Redensarten zu beschönigen. Aber auf sie Rücksicht zu nehmen, liegt nicht der geringste Anlass vor. Wenn die Beseitigung verrotteter Einrichtungen davon abhänge, ob sich noch irgend welche Gründe für ihren Fortbestand auftreiben lassen, dann gäbe es überhaupt keinen Fortschritt in der Welt. Es gibt keine Infamie, der sich nicht auch schöne Seiten abgewinnen liessen.

Etwas ganz anderes wäre es, wenn vom Durchbringen einiger socialdemokratischer Abgeordneten eine Abschwächung der Gegnerschaft der Arbeiterklasse gegen das derzeitige Landtagswahlsystem zu gewärtigen wäre. Davon kann aber gar keine Rede sein. Dies System kann bei ihr nur verlieren. Daran, dass die Socialdemokratie im preussischen Landtag überhaupt nicht vertreten war, hatte sich die öffentliche Meinung nachgerade gewöhnt, und die einschläfernde Macht der Gewohnheit ist so gross, dass sich selbst die Rabiatesten unter uns darüber gar nicht mehr aufregten. Wenn aber nach intensiver Beteiligung der Socialdemokratie an der Wahl die über andert-halb Millionen socialdemokratischer Reichstagswähler Preussens ohne eine Vertretung im Landtag bleiben, die zu ihrer zahlenmässigen Stärke in irgend welchem Verhältnis steht, wenn sich gezeigt haben wird — wie es sich unausbleiblich zeigen muss —, von welcher lächerlichen Zufälligkeiten und schreienden Ungerechtigkeiten hier der Wahlausfall abhängt, so kann das nichts anderes als die Empörung über das Wahlsystem steigern oder da, wo sie noch nicht empfunden wird, wecken. Der Satz, dass der Appetit beim Essen kommt, gilt auch für die Politik. Im Kampf um politische Geltung wächst das Bedürfnis nach politischem Recht; hat die Socialdemokratie überhaupt erst eine Anzahl

Abgeordneter im Landtag, dann wird sie um so lebhafter die Notwendigkeit der Beseitigung eines Wahlsystems empfinden und nachweisen können, das für sie die Unmöglichkeit einer angemessenen Vertretung bedeutet.

Werden wir aber bei der Wahl Abgeordnete durchbringen, und wie viel?

Es ist ziemliche Hoffnung vorhanden, dass es wenigstens in einigen Wahlkreisen der Socialdemokratie gelingen wird, ganz aus eigener Kraft Abgeordnete durchzubringen. Ihre Zahl ist allerdings nur gering, da eine ganz besondere Zusammensetzung der Steuerzahler dazu gehört, um — was für einen Sieg der Socialdemokratie erforderlich ist — dieser auch in der zweiten Wählerklasse das Uebergewicht zu verschaffen. Mögen es aber auch nur wenige Kreise sein, die wir uns aus eigener Kraft erobern, so hat doch jeder einzelne solche Wahlsieg eine grosse Bedeutung zu beanspruchen. Mit ihm wird auf das wirksamste in das Festungsgemäuer des Parlaments der besitzenden Classen Bresche gelegt, mit ihm ein kräftig lüftender Strom socialdemokratischer Kritik in die stickige Atmosphäre jenes Parlaments eingeführt, der den dort tonangebenden Geistern gar manchmal derb um die Ohren wehen und rückwirkend auch im Volk sich klärend und aufrüttelnd erweisen wird. Je mehr Abgeordnete die Socialdemokratie aus eigener Kraft ins Parlament bringt, um so unabhängiger wird sie ferner damit für die Vertretung im Landtag von der liberal-demokratischen bürgerlichen Linken, und auch mit Rücksicht darauf muss, wo irgendwie Hoffnung besteht, ohne fremde Hilfe einen Wahlkreis zu erobern, alles daran gesetzt werden, dies Resultat herbeizuführen.

Wir haben gesehen, dass die Freisinnigen um Richter ein etwaiges Zusammengehen zwischen Freisinn und Socialdemokratie bei der Landtagswahl sich so vorstellen, dass die Socialdemokraten den Freisinnigen, wo diese ohne Hilfe der ersteren nicht durchkommen würden, ihre Wahlmännerstimmen zuzuwenden haben, ohne jede anderen Gegendienste, als die zu erwartenden Leistungen der Freisinnigen im Landtage, oder weil die Freisinnigen für uns im Verhältnis zu den Conservativen und sonstigen Gruppen der Rechten das kleinere Uebel darstellen. Die Unterstützung Freisinniger durch Socialdemokraten mit Unterstützung von Socialdemokraten durch Freisinnige zu bezahlen, will den Leuten dagegen nicht in den Sinn; sie haben bisher die dahin gehenden Anforderungen mit sehr wenigen Ausnahmen in einer Weise abgewiesen, aus der man schliessen musste und muss, dass in ihren Augen die Socialdemokratie überhaupt keinen Anspruch auf eine eigene Vertretung im Landtage habe oder gar im Verhältnis zu den Conservativen etc. das grössere Uebel darstelle.

Freisinnige, hinsichtlich deren das letztere zutrifft, können für die Socialdemokratie als bündnisfähig oder unterstützungsberechtigt eigentlich gar nicht in Betracht kommen, wie sie auch ihren Namen nur nach dem Muster des *canis a non canendo* führen. Welche Bedeutung, welchen Wert, welche Anwendung kann denn heute ein politischer Freisinn, wenn das Wort einen vorgeschrittenen Liberalismus bedeuten soll, im Parteikampf haben? Wer die Frage genauer prüft, wird finden, dass der Prüfstein für die Echtheit liberalen, das heisst freiheitlichen Empfindens heute nirgend anders, als in der Stellungnahme zum Socialismus, zur Arbeiterbewegung, zum Emancipationskampf der Arbeiterklasse liegt. Wessen Liberalismus hier nicht Farbe hält, auf den ist überhaupt nichts zu geben. Alle anderen Fragen der Zeit, mit Bezug auf die die bürgerlich liberalen Parteien mit den conservativen Parteien in den Haaren liegen, verblässen an Bedeutung immer mehr gegenüber dieser Frage oder finden ihre scharfe, bestimmende Formulierung erst in ihr.

Kann zum Beispiel jemand ein aufrichtiger Gegner des Classenwahlsystems und zuverlässiger Verteidiger des allgemeinen Wahlrechts sein, der

in der socialistischen Arbeiterbewegung ein zu bekämpfendes Uebel erblickt? Es ist das heute einfach eine platte Unmöglichkeit. Die moderne Arbeiterbewegung ist ihrem Wesen nach, das zeigt sich in allen Ländern, mit Notwendigkeit socialistisch; auch wo sie sich anders nennt, wie zum Teil noch in angelsächsischen Ländern, wird sie durch die Natur der Dinge auf socialistische Forderungen, zu einer socialistischen Politik gedrängt, und das allgemeine Wahlrecht ist das Mittel, diese Tendenz in der Gesetzgebung und Verwaltung zum Durchbruch zu bringen. Es ist als solches um so wirksamer, je stärker die Arbeiterklasse im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung der Zahl nach ist und je geschlossener ihre Verbindungen sind. In beider Hinsicht ist sie in Deutschland ununterbrochen im Wachsen, und darum muss der Politiker, der dem Socialismus die Berechtigung abspricht und in ihm ein grundsätzlich zu bekämpfendes Uebel erblickt, hier sich innerlich immer mehr vom allgemeinen Wahlrecht abwenden und den Moment herbeisehnen, wo ihm ein Ende gemacht wird. Während umgekehrt der Politiker, dem die demokratischen Einrichtungen am Herzen liegen, der also im grossen weltgeschichtlichen Sinne des Wortes liberal ist, geradezu aus der Logik der Tatsachen heraus dazu genötigt ist, sich innerlich mit dem Socialismus zu befreunden, seine geschichtliche Mission zu begreifen, nach einer Verständigung mit ihm zu streben. Wem das nicht gelingt, wer den alten Hass, die grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Socialdemokratie nicht überwinden kann, der gehört, ob ihn auch Parteitradition oder sonstige Rücksichten im Lager der linksstehenden Parteien zurückhalten, der Sache nach den reactionären Parteien an, ist im Fühlen wirklich Glied der reactionären Masse und wird es in entscheidenden Momenten auch im Handeln sein.

Dies muss um so mehr im Auge behalten werden, als der Fortgang der Entwicklung die Brücke, die vom Liberalismus zum Socialismus führt, nicht verengt, sondern erweitert hat. Vor fünfundzwanzig Jahren zum Beispiel war der Socialismus noch stark mit sectiererisch-utopistischen Elementen behaftet, auf seinem ökonomischen Programm figurirte noch an oberster Stelle die so anfechtbare Forderung der staatlichen Finanzierung von Productivgenossenschaften, der eine mehr mechanische als evolutionistische Auffassung zur Grunde liegt. Denn, um dies beiläufig einzuflechten, der Gegensatz zur Evolution ist nicht die Revolution, die vielmehr in ihr eingeschlossen liegt, — jede Evolution wird in ihrem Fortgang schliesslich zu einem fundamentalen Wechsel gegen das alte, das heisst zur Revolution im Wesen der Sache — sondern die mechanistische, willkürhafte Auffassung der Dinge. Wie diese die Menschheit einst mit Bezug auf die Vorstellungen vom Wesen und Werden der Welt beherrschte, so drängte sie sich auch dem socialistischen Denken in der Kindheit der Bewegung selbst bei Leuten auf, die im Princip schon den Evolutionsgedanken vertraten, weil eben die Kleinheit der Bewegung und die Unentwickeltheit der Verhältnisse noch von gar keiner anderen Form des Eingreifens socialistische Wirkungen erhoffen liess, als von solchen Massnahmen, die zur gegebenen Wirtschaftsweise in absolutem Gegensatz standen.

Das hat sich im Laufe der Entwicklung und durch die Entwicklung der Dinge selbst vollständig geändert. Die socialistische Arbeiterbewegung ist gewaltig angewachsen, aber sie ist auch zugleich und notwendigerweise — denn es war die Bedingung ihres Wachstums — viel enger mit dem Wirtschaftsorganismus der Gesellschaft verwachsen, als zu irgend einer früheren Zeit. Infolgedessen knüpfen ihre praktischen Forderungen viel enger an das Gegebene an, als früher, laufen sie in viel stärkerer Masse auf dessen organische Fortentwicklung hinaus, widerspricht ein jäh-



mechanisches Eingreifen immer mehr ihrem eigenen Interesse, das vielmehr bei stetigen Fortgang der Production am besten gedeiht. Wenn daher liberale Blätter das vom Parteivorstand der deutschen Socialdemokratie soeben veröffentlichte Mindestwahlprogramm für die Landtagswahlen als aus lauter liberalen Forderungen zusammengesetzt bezeichnet haben, so kann man das in dem Sinne als richtig anerkennen, als das Programm in der That keine Forderung enthält, die nicht jeder Liberale, dem es um seinen Liberalismus heute noch ernst ist, unterzeichnen und tatkräftig vertreten könnte und müsste. Nur stellen sie in ihrem Zusammenhang und in Anwendung auf das moderne Staats- und Wirtschaftsleben tatsächlich doch ein grosses Stück Socialismudar und sind sie von den liberalen Parteien, deren äusserste Linke nicht ausgenommen, bisher meist schmählich vernachlässigt oder sogar direct preisgegeben worden. Soweit letzteres nicht just in dem Empfinden geschah, dass sie dem Socialismus zu gute kommen würden, ist die Ursache der Preisgabe in dem Umstande zu suchen, dass es dem bürgerlichen Liberalismus heute an den erforderlichen Antrieben und Kräftelementen zu ihrer wirksamen Vertretung gebricht. Für seine eigenen Forderungen ist der Liberalismus in Deutschland auf die Kräfte angewiesen, über welche der Socialismus verfügt, und es heisst mit ihnen eitle Spielerei treiben, wenn sich als *freisinnig* bezeichnende Politiker der Socialdemokratie zumuten, sich mit der unwürdigen Rolle der Stimmeschlepper für die bürgerlich-liberalen Parteien abspeisen zu lassen. Diese Zumutung vertreten heisst das zur empörenden Entrechtung der Arbeiterclass gewordenen Dreiclassenwahlssystem nachträglich sanctionieren, denn nur auf Grund dieses unliberalen Wahlsystems ist es der Socialdemokratie bisher unmöglich gewesen, aus eigener Kraft ins preussische Parlament zu gelangen. Der ist fürwahr ein netter Kämpfer gegen ein Unrecht, der aus diesem Unrecht einen Rechtstitel für sich gegen die Geschädigten herleitet!

Unter keinen Umständen kann die Socialdemokratie sich bei dieser Wahl auf ein derartiges Spiel einlassen. Die Drohung der Freisinnigen, dass man die Reaction im preussischen Landtage stärkt, wenn man ihnen die bedingungslose Heeresfolge bei der Landtagswahl versagt, ist Spiegelfechterei. Entweder — oder. Wer mit den Reactionsparteien im Landtag einen ernsthaften Kampf aufnehmen will, der kann es weder verlangen, noch auch nur, soweit es von ihm abhängt, zulassen, dass die Socialdemokratie bei diesem Kampfe draussen in der Gesindestube bleibt. Der muss vielmehr aus eigenem Antrieb sein möglichstes tun, sie im Landtag selbst neben sich als Verbündete oder hinter sich als treibenden Mitkämpfer zu bekommen. Ohne eine socialdemokratische äusserste Linke wird ein Kampf zwischen Conservativen und Centrum einerseits und den liberalen Fractionen andererseits nur eine Plänkelei um Lappalien sein, an denen die Arbeiterelasse bloss ein sehr mässiges Interesse hat.

Vergesse man eines nicht: So sehr das Centrum sich neuerdings nach rückwärts entwickelt hat, so zählt es dennoch gerade in Preussen eine Anzahl Elemente, die es in den meisten politischen Fragen immer noch an demokratischem Oppositionsgeist mit dem Gros der Freisinnigen aufnehmen, wie sich dieses bisher gezeigt hat. Die meisten Freisinnigen haben erst noch den Beweis zu liefern, dass sie politisch radicaler sind, als die westelbischen Centrumsleute. Aus einer ganzen Reihe von Gründen muss das Centrum in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken auf die immer mehr zum Classenbewusstsein erwachenden dortigen katholischen Arbeiter Rücksicht nehmen, und wie viel sich zum Beispiel an den socialpolitischen Flugschriften des bekannten Gladbacher Verlags aussetzen lässt, gegenüber den entsprechenden Veröffentlichungen der Actiengesellschaft *Fortschritt* sind sie in Bezug auf Ton wie Inhalt die wesentlich geniessbarere Literatur. Man wird vielleicht

auf die reactionären Tendenzen des Centrums in der Schulfrage verweisen. Gewiss steht die Socialdemokratie ihnen feindlich gegenüber und wird sie jederzeit mit grösster Energie bekämpfen. Aber bei alledem wollen wir uns nicht in eine Culturkampfstimmung hineinziehen lassen, die nach Lage der Dinge zu nichts Greifbarem führen kann. Heute, wo Dampf und Elektrizität in die entlegensten Gegenden dringen, kann selbst die reactionärste kirchliche Macht die Ausbreitung der Erkenntnis von den Gesetzmässigkeiten in der Natur nicht verhindern, ist der Kampf zwischen Naturforschung und der ihr feindlichen Bibelauslegung praktisch entschieden. Hinter dem Lärm, mit dem von der einen Seite auf Gott und die Heiligen, von der anderen auf Darwin und die heidnischen Universitäten losgepaukt wird, steckt im Grunde nur noch herzlich wenig; es arbeiten unbekümmert um ihn doch ganze Armeen von Forschern tagaus tagein daran, unsere Erkenntnis von den Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Welt zu mehren. Gegen die Macht aber, welche die Kirche vermöge ihrer socialen Veranstaltungen auf die Menschen ausübt, ist der antisocialistische Liberalismus der allerunwirksamste Bundesgenosse.

Kein Schlagwort ist leichter bei der Hand und, weil es so leicht zu haben ist, auch so sehr geeignet, der Gedankenlosigkeit Vorschub zu leisten, wie das Schlagwort von der *Reaction*. Mit ihm wird nur zu oft alle notwendige Unterscheidung ausgelöscht; es ist darum auch das Lieblingswort des sich radical dünkenden Philisters. Dass wir Reaction in Hülle und Fülle haben, wer wollte es leugnen? Mächte der verschiedensten Art, Classen und Institute stemmen sich gegen den socialen Fortschritt, suchen das Rad der Geschichte, wo nicht direct zurückzudrehen, so doch nach Kräften aufzuhalten. Die Socialdemokratie heisst jede ehrliche Bundesgenossenschaft willkommen, die den Kampf gegen diese Mächte mitzuführen gewillt ist. Aber sie wird sich nicht in blinder Wut oder blinder Furcht hinsichtlich bestimmter Mächte zur Schleppträgerin von Parteien hingeben, die schon bei der elementarsten Probe auf ihre politische Zuverlässigkeit versagen. Ein Liberaler, der nicht von der Notwendigkeit der Vertretung der Socialdemokratie im Parlament durchdrungen ist, der nicht erkennen will, dass ohne Socialdemokratie keine kraftvolle, schöpferische Fortbildung des liberalen Gedankens möglich ist, der nicht alles aufbietet, seinem Publicum die blöde Socialistenfurcht auszutreiben, kann, wir wiederholen es, kein Anhänger des demokratischen Wahlrechts sein; er muss es in seines Herzens Innern fürchten oder hassen und wird es bei der ersten Gelegenheit verraten. Es ist auch nicht mehr möglich, die Socialdemokratie im Kampf um den preussischen Landtag zu ignorieren. Wir können den Ausfall der Urwahlen nicht im einzelnen vorausbestimmen, aber im allgemeinen lässt sich soviel als sehr wahrscheinlich voraussagen, dass er der Socialdemokratie in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen genug Wahlmännerstimmen bringen wird, um von ihr die Entscheidung über die Mandate der Rechten und Linken abhängig zu machen. Die Freisinnigen à la Richter rechnen darauf, dass im letzten Moment die Socialdemokraten aus Hass oder Furcht gegenüber der Rechten ihnen ihre Stimmen auch ohne Mandatsabtretung geben werden. Eine Rechnung, die ohne den Wirt gemacht ist.

In dem Moment, wo die Socialdemokratie eine Anzahl Landtagsmandate aus eigener Kraft erringt, fällt auch der letzte und zugleich schäbigste Vorwand zu Boden, mit dem die Freisinnigen bisher die Nichtabtretung von Mandaten an die Socialdemokratie verteidigt haben, nämlich der, dass sie sagten: ihr Socialdemokraten kommt nun einmal, wie die Erfahrung zeigt, nicht in den Landtag, ihr müsst, wenn ihr euren Interessen dienen wollt, für uns

stimmen, und folglich habt ihr gar kein Recht, von uns auch noch die Abtretung von Mandaten zu verlangen! So war es in den letzten Wochen in verschiedenen freisinnigen Zeitungen zu lesen. Eine echt protzenhafte Argumentierung, aber es gehört nun einmal zu den Eigentümlichkeiten des Richterschen Freisinns, je mehr er herabkommt, um so mehr die Sprache von politischen Emporkömmlingen zu führen. Mit dieser Argumentierung ist es aber zu Ende, sobald die obige Eventualität eintritt. Das Centralwahlcomité der Socialdemokratie tritt den Freisinnigen ganz anders gegenüber, wenn es schon über eigene Mandate verfügt, als wenn es noch ohne solche dasteht, die Socialdemokratie kann die Freisinnigen, wenn diese in ihrer Verbissenheit verharren, mit viel grösserer Seelenruhe ihrem Schicksal überlassen, sobald dafür gesorgt ist, dass die Stimme der kämpfenden Arbeiterclassen unter allen Umständen im preussischen Landtag ertönen wird.

Die Partei wird daher in all denjenigen Wahlkreisen, wo die Möglichkeit besteht, socialdemokratische Abgeordnete aus eigener Kraft durchzubringen, das äusserste aufbieten, dies Resultat herbeizuführen; und weiterhin müssen wir sehen, in möglichst vielen Wahlkreisen die Entscheidung zwischen den gegnerischen Parteien in die Hand zu bekommen. Beim Freisinn ruht alsdann die Verantwortung dafür, welches Gesicht der neue Landtag tragen wird. Das vom Centralwahlcomité der Socialdemokratie für die Landtagswahl ausgearbeitete Actionsprogramm würde ihm die Entscheidung leicht machen, wenn sein Liberalismus grossen Stils und entwickelungsfähig wäre. Wie es ist, sind die Hoffnungen auf einen Aufschwung des deutschen Freisinns zu einer freisinnigen Politik nur sehr gering. Die scandalöse Art, wie diese Partei die Männer aus ihren Reihen beiseite geschoben hat, die für einen ernsthaften Versuch der Verständigung mit der modernen Arbeiterbewegung eingetreten sind, weist auf das Gegenteil hin.

Sei's drum. Die Socialdemokratie wird sich auf keinen Fall beirren lassen. Sie rechnet mit solideren Factoren, als Tagesgrössen und Tagesstimmungen. Was an ihr liegt, die politischen und socialen Reactionsmächte zu bekämpfen, wird sicher geschehen. Aber einen Kampf wider die Reaction irgendwie ernst zu nehmen, dessen Rufer im Streit, sobald es darauf ankommt, den ersten Junker oder Dunkelmann dem Vertreter der aufstrebenden Arbeiterschaft vorziehen, das darf man ihr nicht zumuten. Ehe sie von solchen Reactionsbekämpfern irgend welche Schwächung der Reaction erwartet, wird sie es auf die Widerstandsfähigkeit des halbfeudalen Bülow gegen die ostelbischen Agrarier und die socialpolitische Entwicklungsfähigkeit des conservativen Grafen Posadowsky gegenüber dem capitalistischen Manchesterthum ankommen lassen können.

## Revidieren wir!

Von

Friedrich Hertz.

(Wien.)

Der Revisionismus, lehrt Kautsky, ist eine Stimmung; ein Reflex der günstigen wirtschaftlichen Coniunctur verflossener Jahre, überschätzt er die Macht der bürgerlichen Gesellschaft ebenso sehr, als er die eigene Fähigkeit zur Umgestaltung gering achtet. Er hat Angst vor dem gewaltsamen Zusammenstoss der Demokratie mit der Militarmonarchie, den er daher unter allen Umständen vermeiden will. Deshalb sucht er einen Scheineinfluss auf den heutigen Staat zu erreichen und will für allerlei Titel ohne Mittel das Princip des Classenkampfes verkaufen. Ich gestehe zu, dass mir in einer ehrlich durchgeführten Demokratie, wo gleiches und nur durch den

Mehrheitswillen beschränktes Recht jedermann verbürgt ist, jede gewaltsame Revolution verwerflich erscheint, in der der Volkswille sich selbst missachten würde, indem er das selbst gegebene Gesetz bricht. Unter allen anderen Umständen bleibt die Gewalt das letzte Mittel, um das vorenthaltene Recht durchzusetzen. Zwar wird selbst in Deutschland jedermann die friedliche Entwicklung wünschen — uns Oesterreichern verbietet die *Wiener Volkstribüne* sogar das Wünschen —; trotzdem wird es nur sehr wenige geben, die sie für wahrscheinlich halten. Der Zusammenstoss dürfte kaum von unserem Willen abhängen. Jedenfalls aber ist es die oberste Pflicht der richtigen Taktik, auch darauf gefasst und vorbereitet zu sein. Die Folgen einer Niederlage bedürfen wohl keiner Ausmalung.

Bei der Betrachtung früherer Revolutionen wird die Verschiedenheit der Waffentechnik oft zu sehr hervorgehoben und die der socialen Voraussetzungen vernachlässigt. Doch alle verbesserten Geschütze, geräumigeren Strassen und dergleichen würden ohne Bedeutung sein, wenn die Einmütigkeit der öffentlichen Stimmung hergestellt werden könnte, die die Voraussetzung revolutionärer Erfolge ist. Das typische Bild aller Empörungen war bisher folgendes: Eine allgemeine Misstimmung durchdringt die ganze Gesellschaft, die herrschenden Mächte sind von Feinden umgeben und werden derart verachtet, dass selbst ihre Anhänger Zurückhaltung üben, teils unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, teils aus Furcht vor dem Nachher. Die Interessen der revolutionären Classen des Bürgertums werden fast von der ganzen Gesellschaft als die eigenen angenommen, finden ihre bedeutendsten Vorkämpfer unter dem Adel und den mächtigsten Bundesgenossen im Proletariat, dessen Classenbewusstsein noch nicht erwacht ist. Eine kleine entschlossene Schar, ein politischer Club, Cadetten, ein zusammengelaufener Haufe von Bürgern, Arbeitern und Studenten führten den entscheidenden Stoss. Mit Staunen sieht man, wie hohl und von aller Welt verlassen die verlossene Macht war. Sobald bei der Neuorganisation die Classeninteressen sich kreuzen, kommt es zur Spaltung und in vielen Fällen zu einer Wiederherstellung der alten Ordnung, die sich zum Verteidiger des sich bedroht fühlenden Bürgertums aufwirft.

Eine Wiederholung dieses Vorganges ist ausgeschlossen. Das Proletariat hat sich mit Classenbewusstsein erfüllt und ist zu selbständig, um eine andere, als die führende Rolle zu spielen, vom Bürgertum kann niemand eine tätige Mitwirkung dabei erwarten. Wir würden heute eine grosse und entschlossene Schar von Widersachern finden, die von der politischen und socialen Wandlung alles zu fürchten und nichts zu hoffen haben, zu denen noch jene kommen, denen sie gleichgiltig oder selbst förderlich wäre, die ihr aber aus ideologischen — religiösen, nationalen und dergleichen — Gründen widerstreben. Wir in Oesterreich wenigstens haben gerade mit den letztgenannten Factoren auf unabsehbare Zeit zu rechnen. Schon wird der stolze Centrumsturm in Trümmer gefallen sein — wozu er noch bei den letzten Reichstagswahlen wenig Neigung gezeigt hat —, wenn in unseren Alpen- und Sudetenländern Klerikalismus, Nationalismus und Antisemitismus ihre volksverdummende Herrschaft ausüben. Selbst alles Märtyrertum der russischen Helden kann uns über den geistigen Zustand der grossen Mehrheit des russischen Volkes nicht hinwegtäuschen. Bei jeder Empörung sind aber die Verhältnisse des Auslandes nicht minder zu berücksichtigen, als die des Inlandes, und die Kosaken würden ihren Weg nach Deutschland ebenso finden, wie vor 50 Jahren nach Ungarn, wenn wir vielleicht auch auf das Schauspiel verzichten müssen, die Chinesencompagnien von Kiantschou und die Schwarzen von Kamerun als Schutztruppe für die heiligsten Güter der deutschen Nation kämpfen zu sehen. Niemand wird zweifeln, dass die Revolution in Belgien, wo doch die Verhältnisse unvergleichlich günstiger lagen, hauptsächlich durch die drohende Einmischung der grossen Militärmächte verhindert wurde. Es muss ferner bedacht werden, dass heute eine Minorität oder selbst eine schwache Majorität gegenüber der fabelhaften Concentration und Organisation der

gegnerischen Machtmittel nicht genügt. Wenn nicht der Terrorismus der öffentlichen Meinung den gegnerischen Verrat verhindern kann, wäre die Lage sehr bedenklich, wie uns zahlreiche Beispiele aus der Revolutionsgeschichte zeigen. Nun ist aber selbst nach dem herrlichen Siege vom 16. Juni erst ein Drittel des deutschen Volkes im Lager der Socialdemokratie, und sogar von diesen sind nach Ausführungen gerade antirevisionistische Blätter viele nur als Mitläufer zu betrachten<sup>1)</sup>, denen nicht unter allen Umständen zu trauen ist. Freilich, was Deutschland an industrieller Production zuwächst, fällt uns in den Schoss; aber wird dieser gewaltige Zuwachs, der eine Folge eines einzigartigen, weltgeschichtlichen Vorganges, der Entstehung des industriellen Deutschlands ist, andauernd im gleichen Ausmasse sich fortsetzen? Wird immer so trefflich von oben für uns agitiert werden, wie diesmal? Wird die Regierung selbst immer bedacht sein, die Schar unserer Mitläufer zu schwellen? Ich glaube, dass die durch die capitalistische Gesellschaftsordnung gegebene Beschränktheit des Innenmarktes, die weit überschätzte Aufnahmefähigkeit der Exportgebiete, vor allem aber die gewaltige Expansion Americas und das Entstehen colonialer Industrien unter den günstigsten örtlichen Productionsbedingungen, dass all dies das Tempo der Industrialisierung Deutschlands in künftiger Zeit sehr herabsetzen wird. In Oesterreich bewirkt dies auch die reactionäre Gewerbepolitik<sup>2)</sup>, die eingestandenermassen den politischen Zweck verfolgt, das Anwachsen der revolutionären Kräfte zu hemmen. Wenn sie auch dem kleinen Gewerbe wenig nützt, so schadet sie dafür der Industrie um so mehr. Ob in Deutschland eine zünftlerisch-agrarische Coalition mit dem Zwecke, den Fortschritt der grossen Industrie zu hindern und die Zahl der bäuerlichen Existenzen zu vermehren — wobei ja gerade die Junker eine fette Rente herauszuschlagen vermögen —, undenkbar ist, möge man vorsichtiger beurteilen, seitdem in England mehr als ein halbes Jahrhundert nach Cobden und Bright wieder Kornzölle zur ernsthaften Discussion stehen.

All diese Dinge sind gewiss schon jedem Genossen durch den Sinn gegangen. Die notwendige Folgerung daraus ist, dass die Socialdemokratie, wenn sie für alle Fälle gerüstet sein will, nicht ausschliesslich Arbeiterpartei sein darf, was auch ihrem Parteiprogramm widersprechen würde. Sie soll und muss natürlich immer Arbeiterpartei sein, aber nicht ausschliesslich. Ihre Aufgabe ist es, auf dem Felsen der Arbeiterschaft und ihrer Classeninteressen die Kirche der Zukunftscultur zu erbauen und schon jetzt sich im steigenden Masse als grösste Culturpartei zu fühlen. Der Einfluss, den ihr diese Haltung verschaffen muss, darf nicht unterschätzt werden. Selbst der heutige Staat ist neben seiner Function als Verteidiger des Besitzinteresses noch der Schützer allgemeinerer Interessen, der der nationalen Unabhängigkeit nach aussen hin, in Frankreich auch der Vorkämpfer für die Gewissensfreiheit gegenüber Rom, und gerade diese Function verschafft ihm noch die Anhängerschaft tüchtiger und ehrenwerter Elemente, die dem nackten Bourgeois- und Classeninteresse niemals dienen würden. Es sind dies gewissermassen classenlose Schichten, die zwar durch Abstammung, Besitz und Tradition mit der Bourgeoisie zusammenhängen, in politischer Hinsicht aber ein ideologisches Ziel vor Augen haben, das keineswegs dem Bourgeoisinteresse entspringt, ja sogar mit unseren Bestrebungen weit eher sich vereinigen lässt. Dazu kommt noch die grosse Menge der selbstarbeitenden Landbevölkerung, die sich absolut nicht glatt in das Classenschema einpressen lässt, wie ja auch Kautsky zugibt, und deren Gewinnung noch immer nicht ganz ausgeschlossen ist. Es ist eine unabweisbare Notwendigkeit für die Socialdemokratie, wenn sie auf alle Fälle gerüstet sein will, all diese Schichten sich anzugliedern. Die Gewinnung der Landbevölkerung entzieht der herrschenden Classe ihre militairische Schutztruppe, die der Intelligenz lässt sie geistig verarmen.

<sup>1)</sup> Vergl. die Ausführungen Bebels auf Seite 301 des Dresdener Protokolls.

<sup>2)</sup> Die soeben veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse der Gewerbezahlung bestätigen dies.

raubt ihr den Nimbus höherer Cultur, erweckt ihr Feinde im eigenen Lager und erzeugt jenes Gefühl der Geringschätzung der uns feindlichen Classe, das als terroristische Macht nicht unterschätzt werden darf.

Die Mittel zu diesem Ziele sind offenbar eine Revision unserer Agrarpolitik und die eifrigste Vertretung aller Culturinteressen durch uns. Ferner ist eine ausführliche Darlegung des Weges, den wir zu gehen gedenken, notwendig. Der Arbeiter ist durch den ungeheuren Nutzen unserer Tagesarbeit, durch sein Classeninteresse und durch das Fehlen wirksamer Concurrenz auch ohnedem der Socialdemokratie sicher. Die Revision der früheren Naivetät, der Collectivismus lasse sich nach erlangter Gewalt in 8 Tagen durchführen — wie noch Parvus vor einigen Jahren verkündete —, ist bei uns glücklich durchgesetzt. Jules Guesde dagegen hat nach einer telegraphischen Meldung jetzt wieder dieselbe Weisheit seinen Hörern vorgesetzt, sogar mit Beibehaltung des Termins von 8 Tagen, der vielleicht auch in der Dialektik begründet ist. Auch die oft verhöhte Revision unserer Polemik ist wesentlich; es kommt dabei durchaus nicht auf den mehr oder weniger feinen Ton an, sondern auf das Weglassen gewisser billiger Verdächtigungen, die von Billigkeit recht weit entfernt sind. Gerade als Geschichtsmaterialisten und Deterministen könnten wir uns manchen Angriff auf Personen sparen.

Eine so geartete socialistische Taktik erhöht freilich die Mühe und im besondern auch die Verantwortlichkeit des einzelnen. Verstärktes persönliches Interesse, erhöhte persönliche Intelligenz werden hier zu wichtigen Factoren. Warum sollen nicht verschiedene Motive das socialistische Bekenntnis stärken? Wenn jemand aus Abscheu vor unserer verlogenen Gesellschaftsmoral, unseren sexuellen Zuständen, aus künstlerischer oder ethischer Begeisterung neben dem Classeninteresse oder auch ganz ohne dieses zum Socialismus gelangt, warum sollen diese im Einzelkampf so wertvollen psychologischen Motive die Echtheit seiner Gesinnung in Verdacht bringen? Man wird doch nicht behaupten, dass eine moderne Schwarmlinie den Feind weniger bekämpft, weil sie zerstreut vorgeht und weniger Lärm macht, als ein Massenangriff! Man wirft dem Revisionismus vor, er lähme die Arbeitskraft durch fortgesetztes Zweifeln. Gerade das Gegenteil bewahrheitet sich. Der Revisionismus bestreitet ja gleichzeitig die Wichtigkeit der statistischen Daten für unsere Action. Wer den ökonomischen Naturkräften allzusehr Gewicht beilegt, ist leicht in Versuchung, zu sagen: die Entwicklung vollzieht sich auch ohne mich. Wer jedoch den ausser uns liegenden Factoren nicht in gleicher Weise vertraut, der muss sich dadurch nur zu noch energischerer und rüthloserer Betätigung, zu einer fortwährenden Anspannung seiner geistigen und Willenskräfte getrieben fühlen. Früher mag der Gedanke des Uebergewichtes der ökonomischen Entwicklung wertvoll gewesen sein, um uns in der anscheinend jeder Menschenkraft spottenden Brandung vor Verzweiflung zu bewahren. Jetzt, wo wir auf immer mehr Gebieten von der Verteidigung zum Angriff übergegangen sind, ist vielleicht sogar eine übertriebene Anzweiflung unserer statistischen Schicksalsmächte psychologisch nicht zu verwerfen. Wie sehr unser angeblich rein theoretisches Wissen immer vom Willen, von Gefühlen und Stimmungen bedingt wird, bedarf doch keiner Darlegung.

Ein Hauptvorwurf gegen den Revisionismus ist das völlige Fehlen positiver Tätigkeit von seiner Seite. Wer aber könnte das unendlich frischere und regere Leben leugnen, das sich in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens, in Communen und Landtagen entfaltet hat? Auch die Landtagswahlfrage wird jetzt anders beurteilt. Und am grössten sind die Fortschritte auf geistigem Gebiete. Was soll man dazu sagen, wenn selbst *wohlwollende Freunde* uns den billigen Rat nicht ersparen: lasst doch eure ewige Anzweiflung, arbeitet doch praktisch mit, damit euch diese Flausen vergehen! Ja, zum Teufel, wo ist denn unsere ewige Unart? Sind Davids Agrarwerk, Schippels *Reichstagshandbuch*, Kampfmeyers socialpolitische Arbeiten,

Calwers wirtschaftliches Jahrbuch, Lily Brauns *Frauenfrage* nicht sehr positive Leistungen, aus denen Tausende Aufklärung und ihre besten Waffen geholt haben? Hat nicht Bebel selbst als einen Hauptgrund für die *Festlegung der alten Taktik* durch den Parteitag angeführt, die Fraction weise jetzt eine erheblich grössere Anzahl von Revisionisten auf? Wagt jemand zu behaupten, diese Genossen hätten ihr Mandat nicht mit Anspannung aller Kräfte und gestützt auf das volle Vertrauen der Genossen erobert, sondern etwa erschlichen? Sind nicht viele neue und herrliche Siege gerade mit diesen Mandaten verknüpft? Und das sollen die Genossen durch blosses passives Anzweifeln bewirkt haben?<sup>3)</sup> Noch lächerlicher ist es, von der theoretischen Unfruchtbarkeit des Revisionismus zu reden, in einem Moment, wo Kautskys Sorgenkind, die künstlich gepöppelte Agrartheorie, unter dem mit kühler Meisterhand geführten Seciermesser Davids sich für jeden nicht in Sophismen festgerannten Kopf als die *tote Leiche* einer logischen Missgeburt erweist.

Am bedenklichsten aber bleibt die wahrscheinliche Nachwirkung der gegenwärtigen Revisionistenverfolgung auf die internationale Stimmung. Wer leugnet, dass heute sämtliche grossen und gutorganisierten Socialdemokratien ausser der Deutschlands auf dem Boden des praktischen Revisionismus stehen, ja zeitweise selbst weitergehen, als selbst der vorgeschrittenste Revisionist aufs theoretische Gewissen nehmen möchte? Von Frankreich und Italien schweigen wir, um Kautsky nicht zu kränken. Wer aber wissen will, was man in Wahrheit unter *Revisionismus* zu begreifen hat, der blicke auf Belgien, auf die Schweiz, auf Scandinavien. Hier entzündet sich revolutionäres Feuer mit wahrhaft demokratischer Besonnenheit, ideales Zukunftsstreben mit nüchternster Gegenwartsarbeit, principienfester Classenkampf mit zeitgemässer Anpassung an die taktische Situation. Freilich unser Bürgertum, unsere Verfassung — und die jener Genossen! Aber hat ein Revisionist je behauptet, wir müssten es gerade so machen und nicht anders, als jene? Das wäre das Gegenteil der erstrebten individuellen und nationalen Freiheit der Taktik. Noch ein Wort über Oesterreich. Wer einzelne unserer Blätter liest und unseren kleinen Export an Parteigenossen betrachtet, der möchte leicht glauben, auch über unseren Wassern schwebte der heilige Geist, der in Dresden die *radicalen* Zungen löste. Leider gibt es bei uns keine Theorie. Was aber das persönliche Moment und die Praxis anlangt, so gehören wir in den tiefsten *Sumpf*, wie ihn schwärzer selbst Bebel nicht schildern könnte. Es wäre interessant, einmal Kautskys Meinung darüber zu hören, dass unser Centralorgan und die hervorragendsten Genossen seit Jahren der Regierung Mut zusprechen, im Wege des Staatsstreiches das Wahlrecht zu erweitern. Auf die Idee, schwarz-gelbe Escarpins anzuziehen, ist freilich noch keiner gekommen. Aber ein liebenswürdiger Genosse, dessen geistreicher Feder unsere Nationalitätentheorie viel verdankt und der gegenwärtig in *Radicalismus* schwelgt, würde selbst davor nicht zurückschrecken. Die Stellung unserer czechischen Genossen zu den nationalantisemitischen Radicales und ihrem Führer, dem berühmten Ritualmord-Baxa, erscheint mir nicht unbedenklich. Anno Badenii und später war ja das Verhältnis der deutsch-österreichischen Partei zu den Deutschnationalen ähnlich. Auf meinen Antrag fasste damals eine Wiener Bezirksorganisation den Beschluss, der Parteitag möge jedes Zusammengehen mit diesem Gegner, dessen Gemeinheit wir seither erst zu spüren bekämen, auf das schärfste abweisen. Der einstimmig gefasste Beschluss war merkwürdigerweise unter dem Parteitag vorgelegten Anträgen nicht mehr zu finden. Unsere Verluste in Nordböhmen beweisen, wie übel angebracht unser damaliger *Opportunismus* war. Welche in ihrem eigenen Lande

<sup>3)</sup> Nebenbei: Die Genossen, die am heftigsten den deutschen Revisionisten ihren mangelnden Kampfesifer vorwerfen, kämpfen ja selbst mit ihrer Feder vorwiegend gegen Genossen, obwohl ihnen ein würdigerer Gegner im heimatischen Czarismus zu finden wäre. — Wäre ich Pole, ich würde mich schämen, so zu handeln, wie die Genossin Luxemburg.

Ausschlag gebende Partei steht eigentlich ausserhalb Deutschlands auf Ihrem Standpunct, Genosse Kautsky? Wie ich höre, die bulgarische. Ich bin gutmütig genug, Ihnen noch die serbische dazuwünschen. Aber kann es die internationale Solidarität fördern, wenn die auswärtigen Genossen jetzt fortwährend die Schändlichkeit des Geistes beweisen hören, den sie längst — lange vor jedem theoretischen Revisionismus — im Kampf erzeugt und bewährt haben?

Wir haben diese längere Auseinandersetzung über den Revisionismus, wie wir ihn begreifen, vorausgeschickt, weil niemand bezweifelt, dass das Geschrei gegen die Literaten, die Corruption etc. nur eine neue, wenngleich nicht vornehmere Waffe gegen den Revisionismus hergeben soll, der rein theoretisch nicht umzubringen war. Was hat man nicht alles herangezogen! Die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern wurde auf einmal brennend und zu einer Lebensfrage für die Partei, weil man hier den Revisionismus zu treffen glaubte — der doch mit der ganzen Sache nichts zu tun hat! Zu diesem Zweck wurde eine Resolution gefasst, die im Widerspruch steht mit allen früheren Anschauungen über diesen Punct, mit der sonstigen Parteipraxis und der einfachsten Billigkeit. Wie man bisher darüber dachte, beweist ein Ausspruch Stadthagens auf dem Münchener Parteitag: »Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn ein Socialdemokrat unter Hervorhebung seines Namens in irgend einem bürgerlichen oder antisocialdemokratischen Blatte schreibt.« Heute wollte man es sogar ganz verbieten und stempelte jedenfalls den dazu Genötigten zum Genossen zweiter Güte, indem man ihm die Vertrauenswürdigkeit abspricht, dass er in Zweifelfällen für die Partei gegen das Privatinteresse entscheiden würde. Bebel soll gesagt haben, wer ganz und gar Parteigenosse sei, habe gar keine Zeit, für bürgerliche Blätter zu schreiben — so wurde wenigstens sein Ausspruch in einer Versammlung angeführt. Dann sollten wir aber gleich den Nullstundentag einführen, da noch immer ein beträchtlicher Teil der Parteigenossen ihre Zeit in Fabriken und Werkstätten zubringt, anstatt sie der Partei zu widmen. Man unterstelle doch keine anderen Motive des literarischen Arbeitens, als die des Broterwerbs und der Einwirkung auf die öffentliche Meinung. Was das erste anlangt, so können offenbar mit dem Anwachsen unserer von der Feder lebenden Genossen die Parteiorgane immer weniger ausreichen, besonders da sie umfangreiche kritische Arbeiten und solche bestimmten Inhalts — zum Beispiel literarisch-ästhetische, finanzielle, pädagogische und dergleichen — gar nicht oder nur in sehr beschränktem Masse aufnehmen können. Es kann ferner ein Artikel in bürgerlichen Blättern von bedeutendem Nutzen für die Partei sein. Der klerikale *Courrier de Bruxelles* forderte einst Vandervelde auf, einen Artikel über den Collectivismus zu schreiben, der auch eine sehr agitatorische Wirkung hatte. Genosse Michels erzählte ja, dass er durch Berichte der *Kreuzzeitung* und der *Post* auf den Socialismus erst aufmerksam gemacht wurde. Es handelt sich aber gar nicht um directe Propaganda für unser Programm, die ja doch nur in Ausnahmefällen möglich ist. Ein Beispiel kann meine eigene Person liefern. Ich habe auf Grund längerer Studien eine Reihe von Aufsätzen verfasst, in denen die Rassen-theorien, die speciell bei uns in Oesterreich das Haupthindernis einer modernen Denkweise unter den Akademikern sind und die viele ausgezeichnete und ehrenwerte Köpfe geradezu vergiftet haben, bekämpft werden. Wenn ich nur einige Seelen damit rette, die sich vielleicht dann dem dringendsten Bedürfnis Oesterreichs nach westeuropäisch denkenden und handelnden Menschen zur Verfügung stellen, so ist dies selbst für unsere Bewegung nicht ganz wertlos. Abgesehen davon, dass die Artikel für Parteiblätter viel zu lang sind, haben sie auch kein Interesse für ihre Leser; sie müssen geradezu in bürgerlichen Blättern — und zwar nicht in bloss von Gelehrten gelesenen Fachblättern, sondern in Revuen und Tageszeitungen — erscheinen, wenn sie nicht ihren Zweck verfehlen sollen. Ich kann mehrere Beispiele dafür auführen, dass Artikel über Massenstrikes in bürgerlichen Blättern zu beträchtlichen Geldsammlungen geführt



haben. Ebenso erfordert die Erregung der allgemeinen Stimmung in Localfragen. Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheit, Bekämpfung von Justizirrtümern und dergleichen zeitweilig die Benutzung eines weiterreichenden Sprachrohrs, als ihn die an manchen Orten noch wenig entwickelte Parteipresse darstellt. Wo soll man zum Beispiel eine Reform der Hochschulen anregen und erörtern, wenn nicht in bürgerlichen Blättern? Und inwiefern kann eine gelegentliche Mitarbeit in solcher Absicht die Fähigkeit des Genossen, Vertrauensstellen zu bekleiden, herabmindern? Bedenklich erscheint mir allerdings die feste Verbindung mit bürgerlichen Blättern, die irgend eine Verantwortung für den übrigen Inhalt bedingt.

Die ganze Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern ist eine Frage der Zweckmässigkeit und des Tactes, keineswegs der Gesinnungsqualität. Das beweist die Mitarbeit Liebknechts an der Wiener *Packel* — ein Fall, der in der genannten Zeitschrift durch die Veröffentlichung von Briefen Liebknechts in eine neue Beleuchtung gerückt wird. Es ergibt sich aus ihnen, dass Liebknecht gar nichts dagegen hatte, an einem Blatt, das in *gehässiger* und *hämischer* Weise schon damals gegen uns schrieb, mitzuarbeiten, dass er die gegen die österreichische Socialdemokratie gerichteten Artikel genau kannte und trotzdem sogar Artikel über Parteifragen in jene Zeitschrift schrieb und sogar weiter schreiben wollte. Natürlich kann der Fehler des einen den andern nicht entschuldigen, aber es fragt sich, ob hier ein bedauerlicher Irrtum anzunehmen ist oder ob man *moralisch tief gesunken* und *ohne jedes Gefühl für die Würde der Partei* sein, *gar kein Ehrgefühl im Leibe* haben muss, um so zu handeln. Wem Liebknechts Andenken heilig ist, wird sich unwillig von diesen künstlichen Exaltationen abwenden.

Wie in dieser Frage, so tritt auch in vielen anderen hervor, dass das Bestreben, den Revisionisten beizukommen, zu einer plötzlichen Umwertung aller Werte geführt hat. Bebel, der es nicht oft genug wiederholen kann, dass die Revisionisten über den Niedergang des Liberalismus untröstlich seien, hat selbst in München gesagt: »Eine starke liberale Partei, die als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, könnte uns nur angenehm sein.« Der Meinung Bebels, nie seien die Gegensätze so gross gewesen, als jetzt, steht Singers Ausspruch gegenüber, dass die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten eine von den Gegnern verbreitete Legende seien: man sehe den *Vorwärts* vom 22. September! Ein schreckliches Verbrechen macht Bebel den Revisionisten aus dem Lobe der Gegner. Auf dem Parteitag wurde ihm entgegengehalten, dass er ja selbst früher in ähnlicher Weise gegen Liebknecht ausgespielt worden sei. Und siehe da, Bebels Vorgehen in Dresden findet das zweifelhafte Lob der antisemitischen Presse, die darin einen Angriff auf die jüdischen Akademiker erblickt. Freilich wird Bebel sagen: das ist ja Blödsinn. Das behaupten die Revisionisten in analogen Fällen aber auch.

Eine eingehendere Behandlung würde die Akademikerfrage verdienen. Es entspricht der ganzen Taktik der Revisionistenfresser, dass sie Akademiker, Literaten und Revisionisten fortwährend identificieren, um das gehäufte Uebelwollen gegen alle drei Kategorien zur Stimmungsmache gegen die Letztgenannten auszunutzen. Wie wenig dies zutrifft, liegt auf der Hand. Wenn man *Akademiker* einfach den höher Gebildeten nennt, so dürfte kaum einer der hervorragenden Parteigenossen davon auszuschliessen sein. Im engeren Sinne, als Absolvent einer Hochschule oder Angehöriger eines akademischen Berufes, trifft es gerade an die meisten Revisionisten nicht zu. Weder Vollmar, noch Bernstein, auch nicht Auer, Elm, Kolb, Timm und viele andere, die sonst als Revisionisten genannt zu werden pflegen, sind Akademiker in diesem Sinne. Andererseits ist Kautsky nur durch einen glücklichen Zufall der Schande entgangen, Doctor der Philosophie zu werden. Auch Stadthagen, Parvus, Luxemburg, Grunwald, Mehring und andere Rufer im Streit haben einmal die Bänke einer Universität gedrückt. Es ist ganz begreiflich, dass ein Akademiker, der von der Bourgeoisie zu uns kommt, schon aus psychologischen

Gründen sich immer auf die radicaler scheinende Seite schlagen wird. Instinctiv schützt er sich damit vor Argwohn und entspricht auch besser den abstracten Denkgewohnheiten, die die Formel über das reale Leben stellen. Es ist erfreulich, dass Bebel selbst gegen die Anfeindungen der Akademiker aufgetreten ist und erklärt hat, dass dies zur englischen Gewerkschaftspolitik führe. Es war tatsächlich einer der schlauesten Tricks der englischen Liberalen, Misstrauen zwischen die Arbeiter und die Akademiker zu säen. Die Bestimmung, dass nur Arbeiter und bezahlte Gewerkschaftsbeamte an den englischen Congressen teilnehmen können, ist eine wichtige Ursache davon, dass der Socialismus keine Wurzeln fasst. Ueberhaupt beleuchten die englischen Zustände auch die demagogische Phrase, die man in Dresden zu hören bekam, dass dem Arbeiter ein untrügliches Classenbewusstsein innewöhne, nach dem sich die Führer unbedingt zu richten hätten. Warum hat die englische Arbeiterbewegung, die in viel höherem Masse eine solche der industriellen Lohnarbeiter ist, als in Deutschland, keine Socialdemokratie hervorgebracht? Ihr Classenbewusstsein ist nicht geweckt worden, antworten unsere Theoretiker. Wer hat es denn in Deutschland geweckt? War das Classenbewusstsein, das Marx, Lassalle und Engels dem deutschen Arbeiter gaben, das ihrer eigenen Classe? — Jene Phrase steht auf derselben Höhe, wie die, dass nur der Bauer von der Landwirtschaft reden dürfe. Der Arbeiter vermag natürlich das Einzelinteresse besser zu erkennen; das Classeninteresse kann nur der theoretisch Geschulte beurtheilen. Wenn aber ein Arbeiter sich theoretische Schulung angeeignet hat, so ist er ja meistens in *gehobener Lebensstellung* und hat damit nach Bebel das Classenbewusstsein wieder verloren. Die schärfste Kennzeichnung verdient es, dass gerade Kautsky seit einiger Zeit die Fabel verbreitet, die Akademiker seien an und für sich verdächtig und von unsicherer revolutionärer Gesinnung. Gilt dies auch von den russischen Studenten? Hat man sich die italienischen Akademiker *zweimal angesehen*, bevor man ihnen erlaubte, in den Strassen Mailands zu fallen? Ist das Andenken an das herrliche Lied verklungen, das ein französischer Arbeiter dem *Löwen vom Quartier latin* gesungen hat? Verwerflicher, als alle persönlichen Anfeindungen, sind diese Bestrebungen, die der im revolutionären Interesse notwendigen Concentration um die Socialdemokratie zuwiderlaufen. Auch Liebknecht hat mit dieser Nothwendigkeit gerechnet. Er war nicht der Meinung, dass die Arbeiterschaft isoliert den Socialismus erkämpfen würde. Er schrieb wenige Monate vor seinem Tode: »So weit sind wir in Deutschland noch nicht, dass die öffentliche Meinung in den grossen, wirklich welthbewegenden Fragen, oder richtiger in der grossen, welthbewegenden Frage *Socialismus oder capitalistische Reaction?* auf seiten der Socialdemokratie steht. Vorläufig ist dies noch Zukunftsmusik, die freilich, wenn der selbstherrliche Imperialismus mit Voll dampf im Zickzackkurs vorantorkelt, recht bald Gegenwartsmusik sein wird.« Es ist nicht undenkbar, dass die von uns anfangs geschilderte Machtentfaltung unschliesslich eines gewaltsamen Vorgehens enthebt, indem sie den Gegnern die Unmöglichkeit eines Widerstandes zeigt. Jedenfalls ist sie nötig, und wer ihr entgegenarbeitet, beweist, dass ihm eine effectvolle *Bewegung* über dem *Endziel* steht.

Am Schlusse muss ich noch das Geständnis einer kleinen Falschmeldung ablegen. Die Ueberschrift sollte besser heissen *Uebt ihr Revision!* oder *Revidieren wir gemeinsam!* Gerade der Dresdener Parteitag hat gezeigt, wie not der Partei die verstärkte demokratische Erziehung tut, wie die Revisionisten sie fordern. Vielleicht sind aber doch einige Genossen, die einen revisionistischen Artikel nur dann lesen, wenn sie ungeheure Schandthaten in ihm wittern und er ihnen die Sensation revisionistischer Unmoral verspricht, durch diesen Köder verlockt worden, diese Betrachtungen zu lesen. Wir raten ihnen also zum Dank, in sich zu gehen und zu revidieren, was sie in ihrem Innern an Gehässigkeit, Unduldsamkeit und Misstrauen gegen ihre Mitkämpfer finden. Dann wird ihnen diese kleine, Gardinenpredigt nicht schlecht bekommen.

## Vom Classenbewusstsein und vom Classenkampf.

Von  
Paul Kampffmeyer.  
(Berlin.)

In jeder Parteibroschüre, in jedem socialdemokratischen Congressbericht, ja fast in jedem socialistischen Zeitungsblatt stösst der aufmerksame Leser unserer socialdemokratischen Literatur auf zwei inhaltsschwere Worte: *Classenbewusstsein* und *Classenkampf*. Würde man eine Statistik über die Worte aufmachen, die in der socialdemokratischen Presse am häufigsten gebraucht werden, so würden in dieser Statistik die Worte *Classenbewusstsein* und *Classenkampf* obenan stehen. Angesichts dieser Tatsache sollte man meinen, eine völlige Uebereinstimmung über die Begriffe beider Worte müsste in der Socialdemokratie herrschen. Dem ist aber nicht so, dem kann auch nicht so sein. Die tiefklaffendsten Unterschiede entdecken wir in den Auffassungen der streitbarsten Theoretiker und Praktiker des Classenkampfes über diesen Kampf selbst. Der *radicale* socialistische Parvus musste sich auf dem Stuttgarter Parteitag im Jahre 1898 von Liebknecht folgende Sünde wider den Geist des Classenkampfes vorwerfen lassen: »Parvus hat,« so führte Liebknecht aus, »bei der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen den Boden des Classenkampfes verlassen und dazu geraten, der preussischen Bourgeoisie zu ihrer Kräftigung die Hand hinzureichen. Das ist in meinen Augen eine viel grössere und gefährlichere Verirrung, als das Heinesche Kanonenwort.« Auf dem Breslauer Parteitage 1895 begründete Clara Zetkin die Anklage gegen Bebel wegen dessen gröblicher Verletzung des Classenkampfcharakters der socialdemokratischen Partei. Bebel war damals ein warmer Befürworter der Vorschläge der socialdemokratischen Agrarcommission. »Wir müssen die Vorschläge der Commission,« so eiferte Clara Zetkin, »um so entschiedener zurückweisen, als sie nur eine Localisirung jener Strömung in unserer Partei sind, welche vor allem positiv, praktisch sein will und über den Reformeifer den Charakter unserer Partei vergisst, den Charakter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung übersieht, die scharfe Zuspitzung des Classenkampfes in Deutschland. Wir haben gerade gegenwärtig um so mehr Ursache, diese Richtung zurückzuweisen, als sich Genosse Bebel in Sachen der Agrarfrage für sie mit aller Wärme ins Zeug legt.« Die Vertreter dieser Richtung waren der Genossin Zetkin greulich. »Und wenn ich Bebel unter ihnen sehe,« sagte sie wörtlich, »so drängt sich mir unwillkürlich die Stelle aus *Faust* auf den Lippen: »Es tut mir in der Seele weh, dass ich dich in dieser Gesellschaft seh.« Wenn wir erleben, dass der Genosse, der noch wochenlang nach dem Frankfurter Parteitag als Saulus gegen die gekennzeichnete Richtung zu Felde gezogen ist, in der Agrarcommission sein Damascus gefunden hat, so können wir nicht entschieden genug erklären: Die Socialdemokratie geht nicht nach Soiensass. Halten wir an dem revolutionären Charakter unserer Partei fest!« Liebknecht wurde von dem Führer der *Jungen*, Wildberger, heftig gescholten, weil er von einem *Hineinwachsen* des heutigen Staates in den Zukunftsstaat gesprochen hatte. Das revolutionär-socialistische Blut Wildbergers geriet in Wallung, weil dieser Process organischen Hineinwachsens im schärfsten Widerspruch mit der Marx'schen Lehre von der Zuspitzung der Classenkämpfe zu sein schien. »Stellen wir nicht alle unsere Forderungen,« hatte Liebknecht in Halle gesagt, »sinnerhalb des heutigen Staates? Und wo fängt der heutige Staat an? Wo hört er auf? Ist eine Grenzlinie zu ziehen zwischen dem heutigen Staat und dem sogenannten Zu-

*kunftsstaat* — um einmal das viel missbrauchte Wort zu gebrauchen? Gehen beide nicht in einander über?« Rücken wir von Liebknecht nun ein gewaltiges Stück fort, weit, weit nach links hinüber zu Hans Most. Dieser anarchistisch-revolutionäre Classenkämpfer griff in seiner Flugschrift gegen den *Stimmkasten* die Liebknechtschen Ideen über den Parlamentarismus vom Jahre 1869 wieder auf und richtete sie überhaupt gegen den politischen Kampf des Proletariats, vor allem gegen die Wahlbeteiligung. Folgende Wendungen Liebknechts haben gerade zündend auf Hans Most gewirkt: »Die socialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muss ihn stürzen, um ins Leben zu treten. Keit: Friede mit dem heutigen Staat! Und weg mit dem Cultus des allgemeinen und directen Wahlrechts!« Das Wort *Classenkampf* entbindet bei Most immer einen wahren Feuerstrom von revolutionären, gegen den *Stimmkasten* gerichteten Kraftworten, die jenen Kasten schier zu einem winzigen Aschenhäuflein zu verbrennen scheinen. Der *Stimmkasten* ist nach Most eine wahre Pandorabüchse. Ihm entflieht der Volksbetrug und die Bestechung der Massen. Aus der *Internationalen Bibliothek* und der *Freiheit* von Most gewinnen wir einen ganz anderen Begriff vom *Classenkampf*, als aus dem Züricher *Socialdemokrat*.

Der Anarchist, der *unabhängige* Socialist, der *revolutionäre* Socialist, der *Revisionist* — sie alle rennen hart gegeneinander, wenn sie ihre Urtheile über den Classenkampfcharakter bestimmter socialistischer Theorien oder Actionen abgeben sollen. Das Wort *Classenkampf* ist eben, wie wir oben betonten, sehr inhaltschwer. Es schliesst durchweg das ganze socialpolitische Glaubensbekenntnis der verschiedenen socialistischen Richtungen ein. Und dennoch stimmen alle Richtungen bei der Entwicklung ihrer Classenkampftheorien in der Ueberzeugung überein, dass die eigenartigen Classeninteressen der Arbeiterschaft sich nur im Kampf mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft oder mit Gruppen dieser Gesellschaft und mit dem bürgerlich-capitalistischen Staate durchsetzen können. Ueber die Kampfesführung selbst aber gehen die Ansichten der socialistischen Richtungen sehr auseinander. Die Kampfesführung hängt von den stets wechselnden socialpolitischen Machtverhältnissen ab, von den Ideen der einzelnen Richtungen über die Fortentwicklung dieser Verhältnisse und schliesslich von der eigenartigen Wertung, die sie den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen angedeihen lassen. Diese Momente wirken ausschlaggebend auf die Bildung der Classenkampftheorien in den Köpfen der Socialisten ein.

Die Begriffe *Classenbewusstsein* und *Classenkampf* stehen gleichsam in innigster Blutgemeinschaft mit einander. Ein classenbewusster Arbeiter ist ein Arbeiter, der sich seiner Classenstellung in der bürgerlichen Gesellschaft bewusst ist. Aus der Erkenntnis dieser Stellung folgert der Arbeiter die Notwendigkeit eines Kampfes seiner Classe gegen die ihn ausbeutenden Classen, kurz des Classenkampfes. Der Proletarier sieht in seiner betäubenden socialen Lage zuerst einzelne Arbeitsgenossen, dann ganze Gruppen derselben. Er schreitet schliesslich zu der Vorstellung fort, dass die Arbeiter als solche, als Classe gemeinsame Interessen haben, und dass sie sich zur Wahrnehmung dieser Interessen zusammenschliessen haben. In einer mit nur wenigen proletarischen Elementen durchsetzten Gesellschaft dämmert dem Arbeiter das Bewusstsein von der Interessensolidarität aller Arbeiter erst sehr langsam auf. Das Classenbewusstsein fliegt dem Arbeiter nicht an, er hat sich dieses erst durch den Verkehr mit seinen Classengenossen, durch Erweiterung seines Wissens etc. zu erringen. Auf dem Dresdener Parteitage erzählte I. Auer das

Werden seines Classenbewusstseins: »Unsere Stärke.« sagte er. »liegt im Classenbewusstsein und in der Classe, aus der wir unseren Anhang recrutieren. Das wurde mir in drastischer Weise klar, als ich als junger Parteigenosse nach Hamburg kam. Was war dort bei den Wahlen das wirksamste Mittel, um Stimmen für uns zu gewinnen? Es war die Frage: Nu segg mal, büschd du nich' ook 'n Arbeiter? Ja. Denn möst ook een Arbeitercandidaten wählen. Ueber die Begriffe *Ehernes Lohn-gesetz*, *Mehrwerththeorie* etc., die ja ihre grosse Bedeutung haben, ist viel schwerer zu reden; die einfache Rede vom Arbeitercandidaten geht dem Arbeiter viel mehr zu Herzen. Das Wort *Arbeitercandidat* haben wir in jenen Jahren in Süddeutschland noch gar nicht gekannt, ich habe es erst in Hamburg kennen gelernt. Da ging es mir so nach und nach auf, was es heisst: *Classenbewusstsein*, was es heisst, die stärkste, zahlreichste Classe im Staatswesen zu verbinden, zu vereinigen und für das, was sie an materiellen Machtmitteln nicht hat, an moralischen Machtmitteln in die Wagschale zu werfen.«

Das Classenbewusstsein des Arbeiters schliesst ein bestimmtes Wissen über seine Classenlage ein. Der Umfang und die Tiefe dieses Wissens ist nicht von vornherein gegeben. Zunächst hat der Arbeiter nur eine dämmernde Erkenntnis von der Zusammengehörigkeit aller Arbeiter, da sie sich alle, wie der Augenschein lehrt, in ähnlichen oder gleichen Lebensverhältnissen befinden. Durch intensives Nachdenken, durch andauerndes Studium der Arbeiterliteratur erfasst der Arbeiter dann das eigenartige wirtschaftliche, sociale und politische Ausbeutungsverhältnis, in das er in der bürgerlichen Gesellschaft hineingezwängt ist. Der Inhalt des Classenbewusstseins gruppiert sich um die Grundvorstellung: die Arbeiter als Classe sind ausgebeutet, und der Inhalt des Classenkampfbegriffs drängt sich ebenfalls um einen principiellen Gedanken: die Arbeiter haben sich als Classe durch einen planmässigen Kampf aus den capitalistischen Ausbeutungsverhältnissen zu befreien. Um diese beiden Grundvorstellungen herum krystallisieren sich ganze Reihen von Gedanken. Sie stellen in einem gegebenen Augenblick den Inhalt des stets sich ausweitenden Classenbewusstseins und der sich umwälzenden Classenkampffideen dar. Den ganzen Inhalt des Classenbewusstseins und der Classenkampffgedanken und nicht nur die beiden vorher dargelegten Grundvorstellungen muss der Socialpolitiker kennen, der in das Wesen der Classenkämpfe eines Zeitabschnittes eindringen will.

Wie eng ist der Rahmen des Classenkampfes im Anfang der deutschen Arbeiterbewegung gewesen! Die Führer wollten zunächst nur aus der einen Körperschaft, aus dem Reichstag heraus zum Volke socialdemokratische Agitationsreden halten. Sie öffnen sich erst nach und nach die Türen zu den Einzellandtagshäusern und zu den Rathhäusern. Sehr verschwommene Ideen wogen in den Köpfen der Führer über den wirtschaftlichen Kampf. Aus den Generalversammlungen der Lassalleaner dringen die leidenschaftlichsten Absagen an die Gewerkschaftsbewegung. Führer der Eisenacher socialdemokratischen Richtung tragen sich mit der Ansicht, Gewerkschaften zu dem Zwecke ins Leben zu rufen, um aus ihnen den Grundstock für Productivgenossenschaften zu gewinnen. Es wächst und wächst nun ständig der Umfang des deutschen proletarischen Classenkampfes. Wenn ihr daher Urtheile vom Standpunct des Classenkampfes heute über bestimmte Actionen der arbeitenden Classe fällt, so sagt genau: mit welcher Form des Classenkampfes ihr an diese Actionen des Classenkampfes herantreten wollt, mit dem Classenkampf der sechziger Jahre des XIX. Jahrhunderts oder mit dem Classenkampf am Beginn des XX.! Legt nicht den ersten besten theoretischen Begriff vom *Classenkampf* als Massstab an

die socialen Erscheinungen einer Zeit an, sondern messt mit dem Classenkampfbegriff eben dieser Zeit! Aus seinen Zeitkämpfen heraus hatte sich Bebel eine klare Vorstellung vom Classenkampf gebildet, und seine Classenkampfvorstellung trat nicht in den Gegensatz zu den eigenartigen Aufgaben der socialdemokratischen Agrarcommission. Der Classenkampfstandpunkt einer politischen Partei verrückt sich mit dem Umfang und Inhalt der Classenkämpfe selbst. In einem gegebenen Moment ist aber in der Partei eine vom Gros der Genossen gebildete, eine Durchschnittsauffassung über den Classenkampf die herrschende, die massgebende!

Aus den Anfängen der deutschen proletarischen Classenkampfbewegung schöpften die Führer der Eisenacher socialdemokratischen Richtungen das Kampfprincip: alle Classen sind gegenüber der Arbeiterclassen nur eine reactionäre Masse. Der Classenkampfgedanke erhielt hier eine sehr einseitige und direct falsche Formulierung. Marx schüttete selbst in seinem Programmbrief eine beissende Lauge von kritischen Bemerkungen über das Wort von der *reactionären Masse*. Er schrieb unter anderem in diesem Programmbrief: »Im *Communistischen Manifest* heisst es: »Von allen Classen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüber stehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Classe. Die übrigen Classen verkommen und gehen unter mit der grossen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Product.« Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Classe aufgefasst — als Trägerin der grossen Industrie — gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Production weisen. Sie bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reactionäre Masse. Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der grossen Industrie, der Production den capitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das *Manifest* setzt hinzu: dass die »Mittelstände revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Uebergang ins Proletariat«. Von diesen Gesichtspunct ist es also wieder Unsinn, dass sie, zusammen mit der Bourgeoisie und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterclassen »nur eine reactionäre Masse bilden«. Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen und Bauern zugerufen: uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reactionäre Masse?«

Ein proletarischer Classenkämpfer sein, das heisst nicht auf die bürgerlichen Gesellschaftsclassen ganz unterschiedslos drauflosprügeln, auch in den Fällen, wo sie culturfortschrittliche Gedanken vertreten, sondern nur auf sie dann einhauen, wo sie die Interessen der arbeitenden Classe verletzen. Wer sich in dem Augenblick dem Bürgertum entgegenstemmt, wo es eine Gasse für die allgemeine staatsbürgerliche Freiheit öffnen will, der versündigt sich direct gegen das Proletariat. Die socialdemokratische Fraction befürwortete daher mit Recht in ihrem Aufruf vom 20. Mai 1897 die proletarische Unterstützung der bürgerlichen Protestkundgebungen gegen die reactionäre Vereinsgesetzgebung mit den Worten: »Wo solche Kundgebungen gegen die Angriffe auf die Freiheit und das Recht des Volks von bürgerlicher Seite ausgehen, unterstützt dieselben! Gegenüber dem Vorgehen der junkerlichen Reaction haben alle gemeinsam zusammenzustehen, da durch das gekennzeichnete Attentat sich alle Bürger eines Gemeinwesens getroffen fühlen, das den Anspruch erhebt, ein moderner Staat zu sein.«

Der deutsche proletarische Classenkämpfer wird in richtiger Wahrnehmung der proletarischen Interessen vielfach Culturaufgaben zu fördern haben, deren Lösung nicht allein dem Proletariat zum Vorteil gereicht. Die allgemeine Hebung der Landescultur ist keine ausschliesslich proletarische Classenfrage. Ein Agrarprogramm, das ohne Verletzung der proletarischen Classeninteressen — darauf liegt der Nachdruck — der allgemeinen Landescultur dient, bedeutet keine Durchbrechung des proletarischen Classenkampfprinzips. Auf dem Breslauer Parteitag betonte Dr. Quarek, dass die Socialdemokratie die hohe und bedeutsame geschichtliche Aufgabe habe, eine von lauterer und weitsichtiger Culturabsichten geleitete Agrarpolitik wieder zu Ehren zu bringen. »Es wäre traurig um den Socialismus als Weltanschauung und politische Richtung bestellt, wenn er nicht auch auf dem Gebiete des Landbaues und der Ackerbaupolitik sich schöpferisch und culturfördernd betätigte, oder wenn die Frage entscheidend wäre, ob wir auf dem Lande augenblicklich Wahlerfolge erzielen oder nicht. Wir arbeiten doch nicht um die Gewinnung von ein paar hunderttausend Stimmen mit allen Mitteln, wie die Junker, sondern um der Zukunft der Menschheit willen, die doch auch ein bisschen von der Zukunft der Landwirtschaft abhängt.« Bebel wies auf demselben Parteitag den Gedanken, dass durch die Förderung der Culturinteressen die Staatsmacht gestärkt würde, mit dem Einwand zurück: »Der Standpunct, die Staatsmacht nicht zu stärken, indem man ihr die Lösung von Culturaufgaben überträgt, ist manchesterlich. Wir müssen diese manchesterlichen Eier-schalen abstreifen.«

Aus dem Gedanken einer ungeschwächten Führung des proletarischen Classenkampfes heraus sind wohl die Vorschläge hervorgegangen, die Mitarbeit der leitenden Genossen an ausgesprochen bürgerlichen Blättern einzuschränken oder ganz zu beseitigen. Die Mitarbeit von Socialdemokraten an bürgerlichen Zeitungen macht diese, so hiess es unter anderm, interessant, sie wirkt nicht überzeugend auf die bürgerlichen Elemente ein und verflacht den Classenkampf. »Die Frage der Mitarbeiterschaft an bürgerlichen Blättern, führte Clara Zetkin auf dem Dresdener Parteitag aus, ist eine Frage der Taktik. Sie hängt zusammen mit unserer Gesamtauffassung, wie wir als Socialdemokraten zur bürgerlichen Gesellschaft stehen. Es scheint, dass in den Kreisen der Genossen, die die Mitarbeiterschaft befürworteten, eine eigenartige Auffassung vorhanden ist über unser Verhältnis zur bürgerlichen Welt überhaupt. Das Ganze läuft im Grunde genommen auf die Frage hinaus: können wir uns mit der bürgerlichen Welt vertragen, können wir sie durch Ueberredung und gute Manieren zu uns herüberziehen, oder müssen wir die bürgerliche Welt überwinden? Das wird ja bei der Frage der Taktik eingehend erörtert werden. Ich will hier nur darauf hinweisen, dass ich die gekennzeichnete Auffassung für irrig halte. Meiner Meinung nach bedingt dies das Wesen des Classenkampfes, das über unsere Taktik entscheidet.«

Die Bourgeoisie muss sich über die socialdemokratischen Bestrebungen schon aus Selbstinteresse unterrichten, und besser ist es wahrlich, anständige socialdemokratische Schriftsteller leiten diesen Unterricht, als bürgerliche gewissenlose Schmierfinken. Vor dem Ausnahmegesetz empfand man in socialdemokratischen Kreisen das Bedürfnis, das Bürgertum durch wahrheitsgetreue Berichte über die socialdemokratischen Parteibestrebungen aufzuklären. Auf dem Gothaer Parteitag im Jahre 1875 schlug Hasenclever vor, man solle objective Berichte vom Parteitag in anständige bürgerliche Blätter, in die *Frankfurter Zeitung* und in die *Vossische Zeitung*, bringen. Bebel stimmte diesen Ansichten bei, und schliesslich wurde der

Antrag von Geib angenommen, dass das Präsidium und die Correspondenzcommission des Parteitags die Blätter zu bestimmen hätten, an die Berichte gesandt werden sollten. Ein Jahr später lärmt eine widerwärtige Press- und Literatendebatte in das Land hinaus. Unsinnige Corruptionsgerüchte waren verbreitet worden, dass der Herausgeber der *Frankfurter Zeitung* mit dem *goldenen Fahrstuhl* in die Parteizeitungen und in die Privatwohnungen einiger Parteigenossen hineingefahren sei. Die offenerzigen Reden von Bebel, Liebknecht und Auer stellten die Corruptionsriecher hart an den Pranger. In diesen Tagen, wo ein Hagel von Verdächtigungen auf den Herausgeber und auf die Redacteurs der *Frankfurter Zeitung* herabfiel, erklärte Vahlteich, ohne den geringsten Widerspruch von seiten der Delegierten des Parteitags zu finden: »Es ist gesagt worden, die *Frankfurter Zeitung* sei ein Bollwerk der Demokratie; diesem stimme er vollständig bei. Er sei sogar der Meinung, dass ohne dies Blatt unsere Parteipresse lange nicht so entwickelt sei, wie es in der Tat der Fall ist. Er habe selbst für die *Frankfurter Zeitung* in früherer Zeit dann und wann geschrieben, weil er das im hohen Grade für im Interesse der Partei liegend fand: er bedaure, dass er es in neuester Zeit wegen Zeitmangels nicht mehr zu tun im stande sei.« Eine Partei, die einmal die Welt erobern will, muss von zahllosen Plattformen herab ihre Grundgedanken verkünden, und sie hat im Interesse der Werbekraft dieser Gedanken darauf zu schauen, dass möglichst wahrheitsgetreu über alle Parteivorgänge in der bürgerlichen Presse berichtet wird. Sind denn die Leser der bürgerlichen Zeitungen nur gesättigte Bourgeois? Welche Angst hatte man einst vor dem glatten Parquet des classenstaatlichen Parlaments, ja, ja, die Vertreter konnten auf ihm ausrutschen. Nun, das Parquet der Redactionssäle ist nicht glatter, als das der Parlamente. Gesetzmacher sind überdies gefährlicher, als armselige Lohnschreiber, jene sind wirkliche Auftraggeber, diese die stets Beauftragten, Commandierten. Zahlreiche Artikel, Berichterstattungen, Feuilletons, wissenschaftliche Correspondenzen in den Arbeiterzeitungen stimmen mit denen der bürgerlichen Zeitungen überein. In den freisinnigen Blättern krakeelt doch nicht nur Eugen Richter, sondern dort sprechen sich auch hervorragende Fachgelehrte, Kritiker, Feuilletonisten aus. Ein grosser Teil der Zeilen bürgerlicher Blätter wandert ja doch alltäglich in die Arbeiterpresse, ohne dass die proletarische Gesinnung der Arbeiter dadurch verbürgerlicht wird. Das ist doch wohl der beste Beweis, dass eben in der bürgerlichen Presse nicht alles bürgerlich ist und dass die ganze Welt eben nicht mit Parteipolitik ausgefüllt ist. Es gibt in der Presse ein riesig ausgedehntes neutrales Gebiet, auf dem zu arbeiten wahrhaftig keine Schande für den Socialdemokraten ist. Nun, man hat leider nicht in Dresden objectiv über das heutige Presswesen referiert, sonst wären nicht wiederholt so windschiefe Ansichten dort über die Presse laut geworden. Ueber das Thema *Der Classenkampf und die Presse* ist noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden.

Die Worte *Classenbewusstsein* und *Classenkampf* sind inhaltschwere Worte. Mit allen Phasen der Classenentwicklung füllen sie sich mit einem neuen Inhalt an. Die Gesamtauffassung des unterrichteten Proletariats des XX. Jahrhunderts über seine Classenlage unterscheidet sich wesentlich von der Auffassung des unentwickelten Arbeiters in den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts. Die geschichtliche Erweiterung des Classenkampfbegriffs lässt sich nicht auf wenigen Zeilen zusammendrängen; denn eine Geschichte dieser Erweiterung schreiben, das heisst eine Geschichte der socialdemokratischen Taktik des Classenkampfs schreiben. Man spreche in den Discussionen nicht so obenhin vom proletarischen Classenbewusstsein und



Classenkampf, sondern man drücke sich concreter aus und rede von dem typischen Classenbewusstsein und Classenkampf des socialdemokratischen Arbeiter- im XX. Jahrhundert.

## Ueber die Grösse und das Wachstum der Bevölkerung im Deutschen Reiche.

Von

Hjelmar Marbot.

(Berlin)

In dem vor kurzem erschienenen Quellenwerk über die Volkszählung 1900, welches als der 150. und 151. Band der *Statistik des Deutschen Reichs* vom reichsstatistischen Amt herausgegeben wurde, finden sich vergleichende Zusammenstellungen über die sieben bisher im Deutschen Reich veranstalteten Volkszählungen, so dass es möglich ist, für die 29jährige Periode, in welche die verschiedenartigsten Wirtschaftconjuncturen fallen, das Wachstum und die Entwicklungstendenz des deutschen Volkes statistisch zu verfolgen. Neben der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im Reiche soll es Aufgabe dieser Darstellung sein, die in der örtlichen Verteilung und Besiedelung des Reiches und seiner einzelnen Teile wahrzunehmenden bedeutenden und interessanten Unterschiede näher zu betrachten.

Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches lässt sich durch mehrere vom reichsstatistischen Amt vorgenommene Arbeiten<sup>1)</sup> über diesen Gegenstand bis auf das Anfangsjahr der ersten ordentlichen Volkszählung in Preussen, welche auf das Jahr 1816 fällt, zurückverfolgen und quellenmässig belegen. Nur für einzelne Bundesstaaten sind rechnungsmässige Ergänzungen erforderlich; die Statistik der Bevölkerungsbewegung, das heisst über Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle, reicht für Deutschland bis 1841 zurück.

Nach den Ausweisen der Reichsstatistik betrug für vier Hauptzählungstermine die Bevölkerung des Reiches:

1816 . . . . .	24,8 Millionen
1855 . . . . .	30,1 ..
1871 . . . . .	41,1 ..
1900 . . . . .	56,4 ..

so dass sie also in dem genannten Zeitraum, um mehr als das Doppelte gewachsen ist. Die stärkste Zunahme fiel in die zweite Hälfte des Jahrhunderts, insbesondere in die letzten 30 Jahre; setzt man nämlich die Bevölkerung von 1816 gleich 100, so stieg dieselbe

bis 1855 auf 145
.. 1871 .. 165
.. 1900 .. 227.

das heisst in den letzten 30 Jahren um nahezu ebensoviel, wie im ganzen voraus genannten Zeitraum des Jahrhunderts. Diese enorme Erhöhung der absoluten Volkszahlen erfolgte natürlich unter Schwankungen; trotzdem ist auch die relative Zunahme nicht geringer geworden, sondern hat sich wesentlich erhöht. Schwankungen äusserten sich in der raschen Volksvermehrung in den ersten Jahren seit 1816, zu Beginn der fünfziger, der siebziger Jahre und seit 1890, andererseits in der

<sup>1)</sup> Vergl. *Die Volkszahl der deutschen Staaten nach den Zählungen bis 1816 in der Statistik des Deutschen Reichs*, 1. Reihe, 37 Bd., Juli-Heft, pag. 1 ff. — *Stand und Bewegung der Bevölkerung des Deutschen Reichs und fremder Staaten in den Jahren 1841 bis 1886*, ebenda, neue Folge, 44. Bd. — *Die Bevölkerung des Deutschen Reichs im XIX. Jahrhundert auf Grund der deutschen und der internationalen Bevölkerungsstatistik* in den *Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs*, 1902, 1. Heft, auch in dem schon angezogenen 1900 erschienenen Quellenwerke als Abschnitt XIV enthalten.

Verlangsamung der Zunahme von 1846 bis 1855, 1864 bis 1871 und 1880 bis 1885. Am grössten unter allen Zählungsperioden des Jahrhunderts stellt sich der Zunahmeprocentatz für die neueste Periode 1895 bis 1900, nämlich auf 1,5% jährlich.

Beim Eingehen auf die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten zeigen, auf den ganzen Verlauf des Jahrhunderts verteilt, nächst Berlin, Bremen und Hamburg in erster Linie industrielle Gebiete, wie das Königreich Sachsen, Rheinland, Westfalen, die beiden Reuss, sodann aber auch die landwirtschaftlichen Gebiete des preussischen Ostens, Ost- und Westpreussen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien, ferner die Provinz Sachsen das rascheste Bevölkerungswachstum. In allen diesen Gebietsteilen war die durchschnittliche Zunahme jedes Jahres, wenn man ein Wachstum der Bevölkerung in geometrischer Progression annimmt, grösser als 1%. Am geringsten war die Vermehrung in Elsass-Lothringen und einigen kleineren mitteldeutschen Staaten — Waldeck, die beiden Lippe, die beiden Schwarzburg, Hohenzollern —, ferner in Württemberg, im rechtsrheinischen Bayern, auch in Baden, endlich im nördlichen Deutschland, in Hannover, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz.

Bei der Betrachtung von Einzelperioden des Jahrhunderts ergibt sich ein etwas anderes Entwicklungsbild; so hatte bis zur Mitte des Jahrhunderts der preussische Osten, ebenso wie Mecklenburg noch eine rasch zunehmende Bevölkerung, während ihr Wachstum in den letzten Jahrzehnten sich langsam vollzog. In anderen Gebieten ging das langsame Volkswachstum in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zu einem stark beschleunigten in dessen zweiter Hälfte über, und zwar besonders in Bezirken mit grossstädtischer und grossindustrieller Entwicklung, also in Berlin, Westfalen, Rheinland, Reuss jüngerer Linie und den drei Stadtstaaten.

Für grössere Zeiträume gleichen sich die tatsächlich vorhandenen Schwankungen einigermassen aus, und erst beim Eingehen auf kleinere Zeitabschnitte werden sie deutlich.

Ein Bevölkerungsrückgang ist nur vereinzelt und in einzelnen Reichsteilen erfolgt, und zwar nur während der Hungersjahre um die Mitte des Jahrhunderts und neuerdings häufiger in landwirtschaftlichen Gebieten, aus welchen eine Abwanderung in die Grossstädte und in die Industriezentren mit ihrer günstigeren Erwerbsoffengelegenheit sich vollzog. Die Grossstädte hinwieder zeigen das andere Extrem raschester Volksvermehrung, wenigstens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, während in der ersten Hälfte auch landwirtschaftliche Gebiete infolge der in jene Zeit fallenden gänzlichen wirtschaftlichen Erschliessung eine schnelle Zunahme aufweisen. In Berlin stieg zum Beispiel in den Jahren 1837 bis 1840, 1843 bis 1846 und 1861 bis 1864 die Bevölkerung jedes Jahr um fast 5%, in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck in einzelnen Perioden um 3 bis 4%. Ausser diesen ganz oder teilweise städtischen Gebieten verzeichnen eine Reihe von grösseren Landesteilen in einigen Zeiträumen eine mehr als 2procentige Jahreszunahme der Bevölkerung.

Die Verschiedenheit des Wachstums der einzelnen Landesteile bringt es mit sich, dass der Anteil der Bundesstaaten an der Reichsbevölkerung sich im Verlaufe des Jahrhunderts beträchtlich verschoben hat. Nach wie vor stellt Preussen mit zwei Dritteln der Reichsfläche das grösste Contingent zur Reichsbevölkerung; dasselbe hat sich aber im Laufe des Jahrhunderts noch wesentlich erhöht. Ebenso hat Sachsen viel gewonnen, während der Anteil der übrigen grösseren Bundesstaaten, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, jetzt geringer ist. Auf die erwähnten sieben Staaten, die 1900 je über 1 Million Einwohner zählten, entfallen zusammen über  $\frac{1}{10}$  der gesamten Reichsbevölkerung. Jetzt stellt Preussen 61,2% zur Bevölkerung auf dem heutigen Reichsgebiete gegen 55,2% im Jahre 1816; Sachsen 7,5% gegenüber 4,8%. Bayerns Anteil ist von 14,5% auf 11,0% gesunken, und ähnliche Rückgänge zeigen die anderen Staaten. Württembergs Bevölkerung, die 1816 viel grösser als die Sachsens war, zählt heute nur etwas über die Hälfte der letzteren.

Die Inventurbestände der Reichsbevölkerung an den Zählungsterminen zeigt folgende kleine Zusammenstellung:

	Einwohner	Zuwachs von Jahrfünft zu Jahrfünft	
		absolut	in %
am 1. December 1871 . . . . .	41 058 792		
„ I. „ 1875 . . . . .	42 727 360	1 668 568	4,06
„ I. „ 1880 . . . . .	45 234 061	2 506 701	5,87
„ I. „ 1885 . . . . .	46 855 704	1 621 643	3,59
„ I. „ 1890 . . . . .	49 428 470	2 572 766	5,49
„ 2. „ 1895 . . . . .	52 279 901	2 851 431	5,77
„ I. „ 1900 . . . . .	56 367 178	4 087 277	7,82

Danach hat die Reichsbevölkerung seit 1871 eine bedeutende Zunahme erfahren, sie hat sich um 15 308 386 Personen oder um 37,28% vermehrt; der höchste Zuwachs ist im letzten Jahrfünft, von 1895 bis 1900, der geringste im Jahrfünft 1880 bis 1885 eingetreten.

Die Entwicklung der Bevölkerung wird äusserlich bedingt durch Geburten, Sterbefälle, sowie Ein- und Auswanderungen. Die beiden letzteren sind aus der Statistik nicht ohne weiteres ersichtlich; ihr Ergebnis, also ihr Gewinn oder Verlust durch Wanderungen, ist lediglich durch Vergleich der Differenz der Bevölkerungszahlen am Anfang und Schluss einer Periode mit dem Geburtenüberschuss während derselben feststellbar.

So zeigen die betreffenden Nachweisungen der Reichsstatistik, dass der Geburtenüberschuss in den einzelnen Zeiträumen durchweg grösser ist, als die Zahl der tatsächlichen Bevölkerungszunahme; er beträgt zum Beispiel für die Periode 1841 bis 1900 28,5 Millionen, wogegen die tatsächliche Zunahme nur 23,7 Millionen aufweist. So gross ist in dieser Zeit der Einfluss der Ein- und Auswanderungen. Also mehr als die heutige Bevölkerung des Königreichs Sachsen sind dem Reiche seit 1841 durch Wanderungen verloren gegangen. Die Auswanderung selbst hat noch höhere Zahlen aufzuweisen, beträgt doch allein die überseeische Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von America seit 1820 5 048 050 Deutsche, wie die amerikanische Statistik ausweist! Ein Teil unserer Auswanderungsverluste wird durch die slavische Einwanderung im Osten wieder ausgeglichen. An dem Wanderungsverlust des Reiches participieren hauptsächlich vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete, während andere Teile wieder Wanderungsgewinne, die allerdings meistens auf Binnenwanderungen beruhen, zu verzeichnen haben. Es sind das die hervorragend industriellen und die grossstädtischen Bezirke; so sind nach Berlin in dem 60jährigen Zeitraum von 1841 bis 1900 eine Million Menschen mehr zu-, als abgewandert, nach Hamburg 339 000, nach dem Königreich Sachsen 337 200, nach dem Rheinlande 221 000, nach Westfalen 193 900.

Alle Gebiete stärksten Bevölkerungswachstums — mit mehr als 1% im Jahre — verdanken die grosse Zunahme ihrer Einwohnerzahl dem Zustrom von aussen, so Berlin und Hamburg vorwiegend, Bremen und Lübeck ungefähr zur Hälfte.

Andererseits haben Gebiete mit ganz geringem Wachstum der Bevölkerung — Ost- und Westpreussen, Pommern, Posen, Lippe, die Rheinpfalz — gleichwohl eine rasche natürliche Bevölkerungsvermehrung gehabt; hier beruht die geringe tatsächliche Vermehrung auf Abwanderung. In anderen Gebieten mit langsamem Wachstum der Bewohnerschaft, wie dem rechtsrheinischen Bayern, Baden, Elsass-Lothringen, Mecklenburg, Oldenburg, ist auch der Geburtenüberschuss gering.

Auch beim Eingehen auf kürzere Perioden der Zeit von 1841 bis 1900 wiederholt sich die eben für den ganzen Zeitraum geschilderte Entwicklung ihrer Tendenz nach, auch in den Perioden der neueren Zeit. Während der einzelnen Perioden sind die absoluten Zahlen für die Bevölkerungszunahme wie auch für den Geburtenüberschuss fast ständig gestiegen; in der Periode 1841 bis 1843 betrug der jährliche Ge-

burtenüberschuss nur 330 000 Menschen, am Ende des Jahrhunderts dagegen 800 000. Wie sehr indessen die Bevölkerungsentwicklung infolge des Geburtenüberschusses und der Wanderungen wechselte, zeigen einige durch besondere Umstände hervorragende Perioden. So ist die bereits erwähnte geringe Volkszunahme in den Perioden 1847 bis 1849 und 1853 bis 1855 zurückzuführen auf niedrige Geburtenüberschüsse und bedeutende Wanderungsverluste während dieser Zeit, in welche bekanntlich auch grosse Teuerung und die politischen Unruhen des Jahres 1848 fielen. Aehnliches gilt von den Perioden 1865 bis 1867, 1868 bis 1871 und 1881 bis 1885.

Andererseits sind die der Bevölkerungsentwicklung besonders günstigen Perioden 1859 bis 1861, 1862 bis 1864, 1872 bis 1875 und 1876 bis 1880 begleitet von hohen Geburtenüberschüssen und nur geringen Wanderungsverlusten. Es sind das Perioden, in denen, wie 1859 bis 1864, sich die Preise auf mässiger Höhe hielten und, wie 1871 bis 1874 — die Zeit zwischen Empfängnis und Geburt zurückgerechnet — die Wirtschaftsconjunctur besonders günstig war, deren Wirkungen auf die natürliche Volksvermehrung und die Wanderungen sich dann auch in den nächstfolgenden Jahren geltend machten. Ein fast ununterbrochenes Ansteigen des Geburtenüberschusses zeigen die Jahre von 1886 bis zum Schluss des Jahrhunderts, selbst anfangs der neunziger Jahre, der Zeit einer wirtschaftlichen Depression.

In jeder Beziehung merkwürdig ist die letzte Volkszählungsperiode. Es ergibt sich bei 10 094 099 Geburten und 6 100 947 Sterbefällen — beides einschliesslich Totgeburten — ein Geburtenüberschuss von 3 993 152 Personen. Demgegenüber ist aber eine tatsächliche Bevölkerungszunahme von 4 037 277 zu verzeichnen; die Differenz dieser Zahlen stellt den Zuwachs dar, den die Reichsbevölkerung von 1895 bis 1900 durch Wanderungen erlangt hat. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Reiches ist ein derartiger Wanderungsgewinn feststellbar; in allen früheren Volkszählungsperioden hat die heimische Volkszahl durch Wanderungen verloren. In der Periode von 1880 bis 1885 verlor das Reich sogar fast 1 Million Personen oder durchschnittlich jährlich  $4,3\frac{0}{100}$  der Bevölkerung durch Wanderungen; der tatsächliche Zuwachs war damals ebenfalls besonders gering, nur  $7\frac{0}{100}$ . Mehr als doppelt so gross war dagegen der Zuwachs von 1895 auf 1900 ( $15\frac{0}{100}$ ). Er ist das Ergebnis eines bisher in dieser Höhe noch nicht erreichten, trotz abnehmender Geburtenhäufigkeit infolge noch stärkerer Verminderung der Sterbefälle eingetretenen Geburtenüberschusses, also das Resultat einer im letzten Jahrzehnt eingetretenen bedeutungsvollen Sterblichkeitsverminderung, sodann Ergebnis des erwähnten Wanderungsgewinns.

In letzterer Beziehung ist nämlich zu bemerken, dass die überseeische Auswanderung aus Deutschland immer geringer wurde — sie sank von 1895 bis 1900 von 37 000 auf 22 000 Personen —, während gleichzeitig die Einwanderung von fremden Bevölkerungselementen in das Reich zunahm. Beide Erscheinungen stehen in engem Zusammenhange mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, den das Reich im letzten Jahrzehnt 1895 bis 1900 genommen hat, und mit der dadurch erhöhten Arbeitsgelegenheit im Inland. Bei Berechnung des Wanderungsgewinns sind übrigens mit Rücksicht auf den Volkszählungstag die zahlreichen Arbeiter, die im Sommer aus Russland, Galizien, Böhmen und Italien zur Arbeit nach Deutschland kommen und am 1. December 1900 wieder in ihre ausländische Heimat zurückgekehrt waren, nicht in Betracht gezogen. Welche Zahlen dabei in Betracht kommen, ist aus einer Notiz der *Berliner Correspondenz* vom 28. November 1900 ersichtlich. Danach gab es beispielsweise in Preussen 1898 rund 48 500 Polen ausländischer Staatsangehörigkeit, die fast alle nur vorübergehend als Saisonarbeiter sich im Inlande aufhielten.

In allen der einzelnen deutschen Bundesstaaten ist seit 1895 eine Zunahme der Bevölkerung eingetreten. Am grössten war sie, abgesehen von den Hansastaaten Hamburg, Bremen, Lübeck, wo sie 12,72 bis 16,14% erreichte, im Königreich Sachsen, dessen Bevölkerung um nicht weniger als 414 528 oder 10,94% gestiegen ist. Die

geringste Vermehrung weisen auf Waldeck (152 oder 0,26%), Reuss ältere Linie (928 oder 1,38%), Mecklenburg-Strelitz (1062 oder 1,05%), Mecklenburg-Schwerin (10 334 oder 1,73%). Innerhalb Preussens zeichnen sich durch hohen Bevölkerungszuwachs aus die Provinzen Westfalen (486 357 oder 18,0%), Rheinland (653 796 oder 12,80%), Brandenburg (286 859 oder 10,17%), Stadtkreis Berlin (211 544 oder 12,61%); eine Abnahme zeigt sich lediglich in der Provinz Ostpreussen (— 10 063 oder — 0,50%).

Während Gebiete wie Berlin, Hamburg, Lübeck und Bremen ihren starken Zuwachs — wie schon bemerkt — hauptsächlich der Zuwanderung von aussen verdanken, weisen das Rheinland, Westfalen und Sachsen neben dieser auch eine starke natürliche Bevölkerungsvermehrung auf und gehören in dieser Beziehung zu den fruchtbarsten Teilen des Reiches. In den östlichen Provinzen ist die geringe tatsächliche Volkszunahme das Ergebnis ausserordentlich starker Abwanderung, denn fast eine halbe Million Menschen hat der preussische Osten an die anderen Reichsteile abgegeben. Das ist aber nur möglich, weil gerade diese mit der fruchtbaren slavischen Bevölkerung durchsetzten Gebiete sich durch ausserordentlich kräftige Bevölkerungsvermehrung auszeichnen. Die Ursachen der durch die Wanderungsbewegung hervorgebrachten verschiedenen Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Reichsteilen liegt zum Teil auch in der verschiedenen Anziehungskraft derselben auf die verschiedenen Geschlechter. Hervorragend industrielle Bezirke, wie zum Beispiel der rheinisch-westfälische, ziehen einen grossen Arbeiterstrom zu sich heran, viele Grossstädte decken aus anderen Reichsteilen ihren Bedarf an Dienstboten, Ladnerinnen, Näherinnen u. s. w.

Zeigt sich nach der bisherigen Darstellung für das Deutsche Reich eine ganz ausserordentlich günstige Bevölkerungsentfaltung, so liegt die Frage nahe, wie es denn mit den anderen Culturstaaten der Welt in dieser Hinsicht bestellt sei. Darüber gibt eine Zusammenstellung Auskunft, die wir hier folgen lassen.

Staat	Die Bevölkerung der wichtigeren europäischen Culturstaaten gegen									Bemerkungen
	Anfang			Mitte			Ende			
	des XIX. Jahrhunderts									
	Jahr	Volkszähl	Dichte	Jahr	Volkszähl	Dichte	Jahr	Volkszähl	Dichte	
Deutsches Reich	1816	24 833 396	46,0	1849	35 130 398	65,0	1900	56 367 178	104,2	a) Geschätzte
Westösterreich	1818	13 380 640	44,6	1850	17 534 950	58,4	1900	25 878 280	85,3	Zahl.
Ungarn	—	—	—	1850	13 191 553	40,9	1900	19 203 531	58,5	b) Einschliesslich
Europ. Russland	—	—	—	1851	52 797 685	10,8	1897	94 215 415	19,3	lich
Russisch Polen	—	—	—	1851	4 852 055	38,1	1897	9 455 943	74,5	Elsass
Finland	1800	832 659	2,5	1850	1 636 915	4,9	1900	2 600 000 <sup>a)</sup>	7,8	Lothring.
Serbien	1834	678 192	14,0	1850	956 893	19,8	1900	2 493 770	47,9	c) Ausschliesslich
Rumänien	—	—	—	1859	3 864 848	29,5	1899	5 912 520	45,1	Elsass
Griechenland	—	—	—	1856	1 062 627	16,4	1896	2 433 806	37,6	Lothring.
Italien	1800	16 124 312	54,4	1848	23 617 153	79,7	1901	32 475 253	106,6	a) Ausschliesslich
Spanien	1803	10 351 075	20,5	1850	10 942 280	21,7	1897	18 089 500	35,9	Elsass
Portugal	1801	2 931 930	31,8	1854	3 499 121	38,0	1900	5 000 000 <sup>a)</sup>	54,8	Lothring.
Schweiz	1837	2 190 258 <sup>a)</sup>	54,8	1850	2 392 740	59,8	1900	3 325 023	83,2	—
Frankreich	1801	27 347 800 <sup>b)</sup>	51,6	1851	34 206 120 <sup>c)</sup>	66,4	1901	38 641 333	72,2	Die Dichte ist überall in Einwohnern pro Quadrat-kilometer angegeben.
Belgien	—	—	128,5	1856	4 529 460	153,8	1901	6 693 810	229,0	
Niederlande	1829	2 613 487	80,3	1849	3 056 879	93,9	1899	5 103 353	156,8	
Dänemark	1801	925 680	24,1	1850	1 470 747	38,2	1901	2 447 441	63,6	
Schweden	1800	2 347 303	6,7	1850	3 482 541	8,5	1900	5 136 441	12,3	
Norwegen	1801	883 440	2,7	1855	1 490 047	4,6	1900	2 231 395	6,9	
England u. Wales	1801	8 892 536	58,9	1851	17 927 609	118,7	1901	32 526 075	212,5	
Schottland	1801	1 608 420	20,9	1851	2 888 742	37,4	1901	4 471 957	55,9	
Irland	1821	6 801 827	63,9	1851	6 552 385	80,2	1901	4 456 546	55,1	

Nach ihr verfügte Frankreich zu Beginn des Jahrhunderts mit über 27 Millionen Einwohnern über die weitaus grösste Bevölkerung unter den europäischen Culturstaaten. Die besonderen Verhältnisse Frankreichs können dieses Land aber auch nur als eine Ausnahme gelten lassen. Alle die anderen Länder — mit Ausnahme des unglücklichen Irland — zeigen eine starke Bevölkerungsentfaltung. Ein Vergleich des Deutschen Reiches mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass seine Bevölkerung relativ fast am stärksten wächst, zumal, wenn man den Vergleich auf Länder annähernd gleicher Grösse beschränkt. Eine Betrachtung der Entwicklung während der ersten und der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zeigt eine ziemlich Gleichmässigkeit der Entwicklung bei Deutschland, Oesterreich, der Schweiz, England, Belgien und den scandinavischen Staaten. Hingegen ist die Volksvermehrung in Italien, Frankreich und Schottland während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts langsamer geworden. In Irland ist die Bevölkerung bis 1850 noch gestiegen und erst seitdem im Rückgang begriffen. Ein beschleunigteres Tempo in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts hat anscheinend die Bevölkerungsvermehrung in den Niederlanden, in Spanien und Portugal angenommen.

Neuerdings findet sich in England und Schottland eine Verlangsamung des Volkswachstums, obschon die Zunahmeraten auch jetzt noch ziemlich hohe sind. In Frankreich ist die Zunahme innerhalb der letzten Decennien so geringfügig, dass sie nahezu einen Bevölkerungsstillstand bedeutet.

Im letzten Jahrzehnt steht Deutschland hinsichtlich der Schnelligkeit seiner Bevölkerungszunahme — mit 1,3% — an der Spitze der wichtigsten Culturstaaten Europas. Nur die Niederlande, ferner Norwegen und die Balkanstaaten registrieren nach ihren Zählungen ein noch rascheres Wachstum. Dann folgen das europäische Russland mit 1,2, die Schweiz mit 1,2, England und Wales, sowie Belgien mit 1,1%. In allen anderen Staaten betrug die Vermehrung im jährlichen Durchschnitt weniger als 1%.

Dort, wo die Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse einen besonderen Verlauf nimmt, zeigt auch die Bevölkerungsentwicklung einen solchen. So ist es zum Beispiel mit den Vereinigten Staaten von America, die als neu erschlossene Gebiete wegen ihrer günstigen Erwerbsgelegenheit eine grosse Zuwanderung von jungen, zeugungskräftigen Elementen aufweisen. Die durchschnittliche jährliche Zunahme in Procenten der mittleren Bevölkerung bewegt sich dort zwischen 2 und 3%, sie überschritt aber zeitweise 3%.

In neu erschlossenen Wirtschaftsgebieten ist die Bevölkerungszunahme oft ganz enorm; so erreichte sie in den westlichen Staaten Americas, in Alaska, Hawaii 1890 bis 1900 die Höhe von mehr als 5% jährlich. Aehnliches war der Fall in Queensland und Westaustralien während der Zeit von 1881 bis 1890. Im letzten Jahrzehnt steigerte die rasche Besiedelung Westaustraliens die Zunahme sogar auf über 11% im Jahre. In anderen Gebieten der neuen Welt freilich ist neuerdings, da hier die Verhältnisse zur Einwanderung nicht mehr so verlockend sind, die Zunahmerate im Rückgang begriffen, so in den atlantischen Staaten und den nördlichen Centralstaaten Americas, ferner in Neusüdwest, Victoria, Queensland. Britisch Indien hatte von 1881 bis 1891 eine Volksvermehrung von fast 1% jährlich, seit 1891 jedoch nur von 0,2%.

Zwei Tatsachen sind es, welche die hier angeführten Zahlen erkennen lassen und welche die neuere und neueste Bevölkerungsentwicklung charakterisieren: erstens die grossen Unterschiede, welche einzelne Länder zeigen, und zweitens die im ganzen, nicht bloss in den Ländern neuerer Besiedelung, sondern auch im alten Europa, vorwaltende starke Bevölkerungszunahme im laufenden Jahrhundert. Es ist, wenn auch von allen prähistorischen Verhältnissen abgesehen wird, selbst für die geschichtlich festgelegte Dauer des Menschengeschlechts nachweisbar, dass die Zuwachsverhältnisse, wie sie in der Neuzeit beispielsweise für Europa festgestellt sind,

eine Abweichung von dem Gesamtdurchschnitt der Entwicklung früherer Jahrtausende darstellen... Verkehrsentwicklung und Culturfortschritte und ein besonders wohlwollendes Verhalten der Naturgewalten gegen den Menschen im XIX. Jahrhundert haben in der Erhaltung des Lebens dazu geführt, dass eine ungewöhnliche Menschenaufstauung gewissermassen in der Art eingetreten ist, dass wir im Begriffe sind, eine Terrasse bedeutend stärkerer Menschenausstattung der Erdoberfläche, soweit solche statistisch controliert wird, zu erreichen.<sup>2)</sup> Und zutreffend bemerkt von Inama-Sternegg: »Es ist im vollen Sinne des Wortes eine neue Zeit, welche — die Wende des Jahrhunderts — anbricht; in dem angeblich alternden Europa scheint eine verjüngende Kraft wirksam zu werden. Die Bevölkerung wächst in allen Ländern in bisher unbekannter, ja ungeahnter Progression. Sie hat sich in den 87 Jahren unseres Jahrhunderts ungefähr verdoppelt, von 175 Millionen im Jahre 1800 auf 350 Millionen im Jahre 1887.«<sup>3)</sup>

Entsprechend den Wandlungen, die im Wachstum der Bevölkerung im verflossenen Jahrhundert eingetreten sind, hat sich die Volksdichte, das heisst das Verhältnis der Besiedelungszahl zur Fläche, verschoben.

Zu Anfang des Jahrhunderts war, abgesehen von Berlin und den Hansstaaten, Elsass-Lothringen mit 88 Menschen auf den Quadratkilometer im Jahre 1816 dichter bevölkert, als jeder andere Gebietsteil des heutigen Deutschen Reichs, dichter selbst als das Königreich Sachsen, während es heute die durchschnittliche Dichtigkeit des Reichsgebiets nur ganz wenig übertrifft. Das Rheinland, heute und bereits um die Mitte des Jahrhunderts nächst dem Königreich Sachsen das dichtest bevölkerte der grösseren Gebietsteile des Reichs, wurde zu Beginn des Jahrhunderts noch von Hessen, der Rheinpfalz, von Altenburg und Württemberg an Volksdichtigkeit übertroffen. Ebenso ist Westfalen im Laufe des Jahrhunderts noch von einem mittlerbevölkerten Gebiete zu einem der dichtest besetzten Landstriche vorgeschritten. Das rechtsrheinische Bayern kam 1816 in seiner Volksdichte dem Reichsdurchschnitt ziemlich gleich, bleibt aber um 1850 und heute erheblich hinter demselben zurück. Mecklenburg war zu Beginn und um die Mitte des Jahrhunderts ungefähr gleich stark besetzt, wie die Provinzen des preussischen Ostens, hat aber in der Folge mit der Bevölkerungsentwicklung in diesen Gebieten, die bis vor einigen Jahrzehnten eine ziemlich kräftige war, nicht Schritt gehalten.

Wie auf der einen Seite zu Anfang, Mitte und Ende des Jahrhunderts Gebiete dichtester Volksanhäufung sich bemerkbar machen — Königreich Sachsen, Schlesien, Braunschweig, Rheinland, Westfalen u. s. w. — gehören auf der anderen Seite heute wie vor hundert Jahren die östlichen, nördlichen und nordwestlichen Gebiete des Reichs, insonderheit Ost- und Westpreussen, Posen, Pommern, Brandenburg ohne Berlin, die heiden Mecklenburg u. s. w., zu den dünnstbevölkerten Gegenden Deutschlands.

Die Aenderungen an den Dichte- und Bevölkerungsverhältnissen sind bei den verschiedenen Teilen des Reichs naturgemäss grösser, als im ganzen Reiche, wo sich die Unterschiede in den grossen Zahlen mehr ausgleichen. Während zum Beispiel die Volksdichtigkeit im Rheinland und Westfalen seit 1816 auf mehr als das Dreifache gestiegen ist, hat sie sich für das gesamte Reichsgebiet seit jener Zeit nur

<sup>2)</sup> Georg von Mayr: *Statistik und Gesellschaftslehre*, II Bd.: *Bevölkerungsstatistik* (Freiburg 1897); pag. 42, 43.

<sup>3)</sup> Karl Theodor von Inama-Sternegg: *Die Entwicklung der Bevölkerung von Europa seit 1000 Jahren* in den *Sitzungsberichten des I. internationalen Congresses für Hygiene und Demographie*, 1887, 26. Heft, pag. 78 ff. — Sundbärg berechnet in seinen *Grunddragen af Befolkningslæren* die Bevölkerung von Europa im ganzen für 1800 auf 187,4 Millionen und für 1900 auf 364,8 Millionen, und zwar für Westeuropa eine Zunahme von 122,5 auf 220,3 Millionen, und für Osteuropa eine solche von 64,9 auf 144,5 Millionen.

verdoppelt und ist, unter Zugrundelegung der im Jahre 1900 auf 540 742,52 Quadratkilometer festgesetzten Reichsfläche, auf 104,24 Einwohner gestiegen.

In dieser Bevölkerungsdichtigkeit wird Deutschland — wenn man von Ländern wie Belgien, Niederlande absieht, deren territoriale Ausdehnung gegenüber der deutschen zu ungleich ist, — von Italien (100,59), Japan (111,23), Grossbritannien und Irland (131,67) und Aegypten (289,65) übertroffen. Hingegen stehen Staaten mit einer der deutschen ziemlich gleich grossen Fläche erheblich gegenüber der Volksdichte Deutschlands zurück; sie beträgt beispielsweise bei Frankreich 72,62 Einwohner auf einen Quadratkilometer, bei Spanien 35,94, bei Schweden 10,82.

Die Erhöhung der Bevölkerungsdichte in den ausserdeutschen Ländern erfolgte in der Weise, wie man sie auch hierzulande beobachtet: stark in dichtbevölkerten Staaten (Aegypten, Grossbritannien etc.), gering in dünnbevölkerten Staaten (Schweden, Norwegen, Bulgarien, Spanien). Eine Abnahme zeigen nur Irland, Britisch Indien, die Vereinigten Staaten von America; im letzteren Fall ist der kleine Rückgang aber mehr ein formeller, beruhend auf dem Hinzutreten von Alaska, die anderen Teile der Union haben ebenfalls eine Erhöhung ihrer Volksdichte erfahren.

Wie üblich, wurde die officiële Darstellung der Bevölkerungsdichte im Reich durch graphische Veranschaulichung unterstützt, diesmal in mehrfacher Art. Die gebräuchliche kartographische Darstellung wurde früher an feste, bei der ersten Volkszählung gebildete Stufen gebunden, welche für diese sehr gut passten. Als nun die gewaltige Bevölkerungconcentration der neueren Zeit einsetzte, zeigte sich die Unzulänglichkeit solcher festen Stufen, weil ein immer grösserer Teil der Fläche und der Bevölkerung in die oberste Stufe hineingedrängt wurde und auf diese Weise mangelhaft zur Darstellung gelangte. Aus diesem Grunde wurde die Beibehaltung der festen Stufen aufgegeben und, da sich die Stufenbildung nach der Dichte selbst als unzureichend erwiesen hatte, auf deren Elemente, das heisst auf die Bevölkerung und die Fläche selbst zurückgegangen.

Das geschah in der Weise, dass die in Aussicht genommene Zehnteilung der Stufenbildung einmal für die Fläche und ein andermal für die Bevölkerung ausgeführt wurde. Zu diesem Zwecke wurden die einzelnen kleinen Verwaltungsbezirke (preussische Kreise, bayerische Bezirksämter u. s. w.) in einer Reihe nach aufsteigender Dichte zusammengestellt und dann die Fläche der einzelnen kleinen Bezirke so lange addiert, bis ein Zehntel der gesamten Reichsfläche erreicht war. Das bildete dann die erste Flächenstufe, deren zugehörige Bevölkerung ebenfalls durch Addition leicht gefunden werden konnte. In gleicher Weise fortgefahren, ergibt sich schliesslich eine zehnstufige Reihe fast gleicher Flächen mit dazu gehörenden Bevölkerungsmengen. Dasselbe Verfahren auf die Bevölkerung angewandt, ergibt eine zehnstufige Reihe fast gleicher Bevölkerungsmengen mit dazu gehörenden Flächen.

Das allgemeine Bild der Besiedelungsverhältnisse, welche in den beiden kartographischen Darstellungen zum Ausdruck kommt, ist dem der früheren Zählungen ähnlich, der stärkeren Bevölkerungszunahme entsprechend jedoch viel prägnanter.

Sehr dicht wohnt die Bevölkerung im Westen und Südwesten des Reichs, sodann im mittleren Deutschland, namentlich im Königreich Sachsen und in dem weiter an Böhmen grenzenden südwestlichen Gebiete Schlesiens. Zwischen den dichtbevölkerten westlichen und centralen Teilen zieht sich in der Richtung von Nordwesten nach Südosten ein dünn bevölkertes Streifen hin, welcher gegen Osten an Ausdehnung zunimmt und im südlichen Oberbayern die lockerste Besiedelung zeigt. Im nördlichen Deutschland dehnt sich ein weites, von Westen nach Osten breiter werdendes, sehr dünn bevölkertes Gebiet aus, das an den Küsten der Nord- und Ostsee an einigen Stellen von dichteren Landstrecken unterbrochen ist.

Das Minimum der Bevölkerungsdichte liegt in dem bayerischen Bezirksamte Garmisch, wo die Dichte nur 16,5 Einwohner auf den Quadratkilometer beträgt.



Hier und in dem gebirgigen Teile Oberbayerns schmälern die Alpen, in einem kleinen Teile des südlichen Badens der südliche Schwarzwald, in einigen Oberämtern Württembergs und in Hohenzollern der schwäbische Jura, in einigen der Oberpfalz der fränkische Jura die dichtere Besiedelung der Bodenfläche. Ähnliches findet sich im Rheinlande in der Eifel, im hessischen Berglande, der Rhön u. s. w.

In den Gebieten stärkster Besiedelung, namentlich in Sachsen und im rheinisch-westfälischen Industriebezirk am Niederrhein, treten die dunklen Punkte, welche die Städte von 20000 und mehr Einwohnern bezeichnen, geradezu nesterweise auf. Nur der dichtest bevölkerte Teil Schlesiens, der sich entlang der österreichischen Grenze zieht, entbehrt der grösseren Städte, seine Einwohnerzahl wird nicht durch eine dicht gedrängte Stadtbewölkerung verstärkt. In den dünn bevölkerten Teilen des Reichs treten aber jene dunklen Punkte nur ganz spärlich auf, und in dem ganzen grossen Gebiet rechts der Oder liegen nur 23 Städte mit je mehr als 20000 Einwohnern.

Die dünne Besiedelung im norddeutschen Tiefland wird fast nur in den Fluss-tälern der Memel, Weichsel, Oder und Weser unterbrochen; das Elbtal ist nordwärts von Magdeburg bis in die Nähe von Hamburg durchaus schwach bevölkert. Die dichtere Bevölkerung an der unteren Elbe setzt sich noch etwas nordostwärts, die an der Weser unterhalb Bremens etwas nordwestwärts sort; im übrigen bilden nur noch die Kreise um Berlin ein Gebiet dichter Bevölkerung in der norddeutschen Ebene.

Ueberhaupt zeigt eine nähere Betrachtung, dass die um die grösseren Ströme Deutschlands herum liegenden Gebiete sich durch dichtere Besiedelung auszeichnen; es ist dies der äussere Ausdruck der Eigenschaft der Flüsse als Culturträger, als welche sie ihren Einfluss über das Land hin verbreiten. Besonders auffallend ist das beim Rhein, der auf seinem ganzen Laufe seinen Segen weithin über das Land strömen lässt.

Im östlichen Teile des Reichs, in Schlesien und den angrenzenden posenschen Bezirken bietet sich auf kleinerem Raum ein weit mannigfaltigeres Bild. Von dem oberschlesischen Kohlenrevier bis zur Lausitz hin finden sich dort Gebiete der stärksten bis zur schwächsten Besiedelung. Ebenso reich an Verschiedenheiten, aber im ganzen lockerer bevölkert, zeigt sich im Süden das rechtsrheinische Bayern, in welchem die höchste Stufe gar nicht vertreten ist.

Das eben geschilderte allgemeine Bild findet sich in den beiden Karten 4 und 5 über Bevölkerungsdichtigkeit wieder, in der ersten nach Flächenstufen angelegten milder im Uebergang von einem zum anderen Gebiete, in der zweiten nach Bevölkerungsstufen viel schroffer hervortretend. Die mittleren Dichten der der Stufenhöhe nach correspondierenden Flächen- und Bevölkerungsstufen zeigen ein ganz verschiedenes Gewicht, welches sich beim Fortschreiten, von der untersten angefangen, zu gunsten der Bevölkerungsstufen ungleich stärker zeigt. Es ist der Ausdruck der Tatsache sehr starker Bevölkerungconcentration hauptsächlich in und um wenige Centren mit besonders hoher Volksdichte. Als solche kennzeichnen sich zum Beispiel im Ruhrkohlengebiet Gelsenkirchen mit 1639,9 Einwohnern auf 1 Quadratkilometer, Bochum mit 1153,5, Essen mit 1049,8, Mülheim an der Ruhr mit 874,0, Dortmund mit 602,7, Hattingen mit 566,8 und andere. Um diese gruppieren sich weitere Bezirke relativ hoher Volksdichte, die aber sehr rasch abnimmt: Hörde 543,2 und Schwelm 456,9, ferner Kreise, welche schon unter die zehnte Bevölkerungsstufe herabgehen, wohl aber noch in der zehnten Flächenstufe erscheinen und das Bild in der nach Flächenstufen gebildeten Karte im Uebergang milder erscheinen lassen: Gladbach 378,4, Mettmann 370,6, Solingen 359,2, Hagen 341,1 und andere. Ganz Ähnliches zeigt sich in Sachsen um Chemnitz und Zwickau, ferner um Berlin, um Hamburg, um Bremen, in Schlesien um Beuthen und Kattowitz und um Waldenburg.

Ein recht augenfälliges Darstellungsmittel der Besiedelungsdichte bietet die vom reichsstatistischen Amt wieder aufgenommene englische Darstellungsmethode, wie sie zuerst von Walpole 1852 angewendet wurde. Zum Zwecke der Darstellung wird für den betreffenden Bezirk die Abstandszahl berechnet, das ist die Masszahl der Entfernung, welche die Einwohner bei gleichmässiger Verteilung über die betreffende Fläche von einander haben. Die Forderung, jeder Einwohner solle bei flächenmässiger Verteilung vom anderen gleich weit abstehen, ist gemäss den Lehren der Geometrie nur erfüllt, wenn die Einwohner in den Ecken eines gleichseitigen Dreiecks oder, anders ausgedrückt, in den Mittelpuncten regelmässiger Sechsecke stehen. Diese Sechsecke bilden zugleich die zu jedem Bewohner gehörende Fläche. Die Wahl des regelmässigen Sechsecks als Begrenzung für das jedem Individuum gehörende Gebiet entspricht zugleich den bekannten Eigenschaften dieser mathematischen Figur, bei vollständiger Flächenausfüllung der in gleiche Stücke zu zerlegenden Fläche mit dem kleinstmöglichen Begrenzungsumfang die Fläche um einen Punct herum in concentrirtester Form zu enthalten, während auch die Entfernungen der Mittelpuncte aneinanderstossender Flächenteile stets gleich sind. Die Masszahl der Seitenlänge solchen Sechsecks hat die Grösse

$$s = \frac{1}{3} \sqrt[4]{3} \sqrt{2h} = 62,0337 \cdot \sqrt{h} \text{ Meter,}$$

während der mittlere Abstand der Bewohner von einander durch die Zahl

$$c = \sqrt[3]{3} \cdot s = 107,44 \cdot \sqrt{h} \text{ Meter}$$

gemessen ist, wenn unter  $h$  die zahlenmässige Massgrösse der zu jedem Bewohner gehörenden Fläche in Hektaren verstanden wird.

Die vier besonders interessanten Fälle sind in dem officiellen Quellenwerke zu einer diagraphischen Darstellung verwertet worden. Ausser dem Reich im ganzen sind des Gegensatzes halber der dünnstbevölkerte Bezirk Mecklenburg-Strelitz und der dichtestbevölkerte — Hamburg und Bremen ausgenommen — Regierungsbezirk Düsseldorf zur Darstellung gebracht worden. Das vierte Bild stellt die Dichteverhältnisse in der Reichshauptstadt Berlin dar.<sup>4)</sup>

Aus der nach der geschilderten Methode hergestellten Tabelle geht unter anderm hervor, dass sich die industriellen Bezirke von den landwirtschaftlichen sowohl bezüglich der Bevölkerungsdichte, als auch der gegenseitigen Nähe der Bewohner sehr scharf unterscheiden. Auf dem Raum, wo in Mecklenburg-Strelitz ein Mensch lebt, leben in Berlin 851,4, worunter allerdings nicht wörtlich die Dichtigkeit des Zusammenwohnens zu verstehen ist, welche auf dem Lande bekanntlich meist viel ärger ist, als in grossen Städten.

Im Lichte dieser Darstellungsmethode erscheinen auch die Grossstädte mit vergleichbaren Beziehungen zwischen ihrer Flächenausdehnung und ihrer Bevölkerung. Berlin ist die dichtestbevölkerte Stadt des Deutschen Reichs; darauf folgen in ziemlich weiten Abständen Essen und Breslau. Bei gleichmässiger Verteilung über die Fläche wurden die einzelnen Personen in Berlin nur 5,89 Meter von einander abstehen, während sie in dem benachbarten Charlottenburg 21 Meter Abstand von einander haben. Die höchsten Abstandszahlen in den Grossstädten zeigen Strassburg mit 24,50 Meter und Mannheim mit 23,29 Meter, das Berlin etwa flächengleich ist. Frankfurt am Main hat auf seiner ein halbes Mal grösseren Fläche als Berlin eine Abstandszahl von 19,22 Metern. Bemerkenswert ist, dass die Abstandszahl des Regierungsbezirkes Düsseldorf (49,35 Meter) schon halb so gross ist, wie die

<sup>4)</sup> Die gleichen Landesteile sind von dem frühern Director des preussischen statistischen Bureaus Dr. Ernst Engel dargestellt worden (in der *Zeitschrift des Königlich preussischen statistischen Bureaus*, 1877, pag. 195—196), so dass ein Vergleich mit diesem Diagramm ermöglicht wird.

Strassburgs; doch ist zu beachten, dass mit wachsender Abstandszahl die Dichte in weit höherem Masse, nämlich im Quadrat, sinkt.

In Bezug auf die neue kartographische Dichtedarstellung ist noch zu bemerken, dass die vom reichsstatistischen Amt eingeschlagene Methode als durchaus zweckmässig angesehen werden kann. Durch sie geht zwar der Zusammenhang mit den früheren Zählungen verloren, aber die Vergleichbarkeit der Verhältnisse bei einer und derselben Zählung wird wesentlich erhöht und verbessert. Um dem erwähnten Mangel abzuhelfen, sollte an der Hand einer dritten oder mehrerer Karten der Zusammenhang mit den vorangehenden Zählungen wiederhergestellt werden, indem zum Beispiel die Zunahmeverhältnisse der Besiedelungsdichte kartographisch zur Veranschaulichung gebracht werden.

Die allgemeinen Ursachen, welche die Bevölkerungsdichte beeinflussen, sind ausserordentlich mannigfaltig.<sup>5)</sup> Dieselben lassen sich einestheils auf rein natürliche, andererseits auf sociale Verhältnisse zurückführen. Wohl ist der Zusammenhang zweifelsohne erkennbar, aber nur soweit erstere in Betracht kommen, kann man einigermassen von Gesetzen der Volksverteilung, namentlich über die ganze Erde, sprechen; denn die socialen Ursachen, welche ungleiche Volksdichtigkeit bedingen, sind selbst nur die Gesamtwirkung so mannigfacher historischer Entwicklung, dass eine Art Gesetzmässigkeit der Erscheinungen schwer zu ermitteln ist.

Als natürliche Ursache tritt in erster Linie die Wärmeverteilung, wie sie durch das Zusammenwirken der Sonnenstrahlung, der geneigten Stellung der Erdoberfläche und der jährlichen und täglichen Revolution der Erde bedingt wird, auf, weiter das entgegengesetzte, der Wärmemangel, durch die Höhe über dem Meeresspiegel bedingt. Auch ein Einfluss des Regens auf die Volksdichte kann aus der Bevölkerungskarte ersehen werden. So ist beispielsweise der ganze breite Streifen von Ostsibirien durch Mittelasien über Persien, Arabien und die Sahara äussert dünn bevölkert. Dass Flüsse die Verdichtung der Bevölkerung begünstigen, haben wir schon an den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland nachgewiesen.<sup>6)</sup> Die Flüsse wirken in dieser Beziehung auf zweifache Weise, indem sie den Boden befruchten und fruchtbares Schwemmland absetzen und andererseits den Verkehr erleichtern, letzteres wenigstens überall da, wo die Culturhöhe die inneren Verkehrsbedingungen geschaffen hat. Der volksverdichtende Einfluss des Meeres zeigt sich in Deutschland fast nur, wo die Fäden des überseeischen Verkehrs zusammenlaufen, also an der Nordsee, an den Flussmündungen und in Ost- und Westpreussen.

Ein allgemeines Gesetz der Bevölkerungsdichtigkeit aufzustellen, erscheint nach dem bisher Angeführten schon ausgeschlossen und ist es auch, weil eben die ganze Culturentwicklung eines Landes und seiner einzelnen Teile hierbei von Einfluss ist. Eine Regelmässigkeit in dem Sinne, dass auf das Wachstum der Bevölkerung ihre Dichte von bestimmendem Einfluss wäre, lässt sich ohne weiteres nicht erkennen, wohl aber geben hier vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse den Hauptausschlag. Nomaden- und Jägerbevölkerung stellt auch für das fruchtbarste Land nur eine dünne Bevölkerung dar; erst im Ackerbau beginnt deren Verdichtung, welche bei ganz oder nahezu gartenmässigem Betrieb eine sehr hohe Stufe erreicht (Provinz Sachsen.<sup>7)</sup> Welche Bedeutung die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die Bonität der Ackerkrume auf die Besiedelungsdichte ausüben, lässt ein Vergleich der Dichten mit den Grundsteuererträgen erkennen. Seit der Aufhebung derselben als Staatssteuern in Preussen nach dem Gesetz vom 14. Juli 1893 werden darüber keine Nachrichten mehr geliefert, es sei deshalb auf die diesbezüglichen Darlegungen in dem amt-

<sup>5)</sup> Vergl. Georg von Mayr: *Die Gesetzmässigkeit im Gesellschaftsleben* (München 1877), pag. 120 ff.

<sup>6)</sup> Vergl. die Karten 4 und 5 im amtlichen Quellenwerke.

<sup>7)</sup> Vergl. die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbestatistik im Kartenmaterial des 119. Bandes zur *Statistik des Deutschen Reichs*.

lichen Quellenwerke der Volkszählung vom Jahre 1885 verwiesen<sup>8)</sup>), wo ein Vergleich mit den kartographischen Darstellungen in dem grossen Meitzen'schen Werke<sup>9)</sup> ausführlich dargelegt ist. Die Dichtegliederung, welche in Preussen heute noch im Princip dieselbe ist, wie früher, zeigt auch jetzt noch im Vergleich mit den Grundsteuerreinertragsnachweisungen<sup>10)</sup> \* die erwähnten nahen Zusammenhänge.

Als noch bedeutenderer Factor tritt die Entwicklung von Gewerbe und Handel auf, wofür die letzte Stufe der Anhäufung in den Grossstädten charakteristisch ist. Ausserdem erfährt selbstverständlich die Dichte durch solche Umstände eine wesentliche Hebung, die, wie das Vorhandensein von Wasserkraften, Kohlen- und Erzlagern, der Entfaltung des Gewerbsfleisses besonders günstig sind. Am Niederrhein verstärkt deren Einfluss noch denjenigen der günstigen landwirtschaftlichen Verhältnisse, in anderen Gegenden, so in Oberschlesien, steht er entschieden im Vordergrunde, überall aber lässt er sich unzweifelhaft nachweisen.

Die zahllosen Zusammenhänge zwischen Volksdichte und Herkommen und Sitte, die vielen Volksstämmen eigentümliche Ansiedelungsart, die geschichtliche Entwicklung der Völker und dergleichen mehr näher zu verfolgen, würde viel zu weit führen, die Anführung möge daher genügen.

Die angestellten Betrachtungen zeigen uns das deutsche Volk in verhältnismässiger Kraft und in einer seltsamen Blüte, wie sie eben nur in einem Decennium eines so fabelhaften Aufschwunges und einer so fabelhaft günstigen Wirtschaftsconjunctur sich zeigen kann, in einer Zeit, wo der Zügel socialistischer Kritik allzu eigensüchtige Gelüste der Reaction gehemmt hat. Wie sich unter der neuen Aera des Hochzolls die Bevölkerungsentwicklung gestalten wird, wird uns das Jahr 1905 oder 1910 zeigen, wenn man bei uns wiederum wird Inventur machen über das Wichtigste und Edelste im Deutschen Reich, über das deutsche Volk.

## Welche Stellung haben die Arbeiter zur Aerztebewegung einzunehmen?

Von

Johannes Timm.

(München.)

Das *Communistische Manifest* spricht davon, dass die Bourgeoisie den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt hat. Das Unnatürliche dieser Tatsache tritt wohl kaum crasser in die Erscheinung, als wenn wir uns die Stellung des Arztes innerhalb der heutigen Gesellschaft vergegenwärtigen. Einzelne Schichten der Gebildeten sind bis zu einem gewissen Grade unabhängig gestellt, so die Richter und die Geistlichen. Welch ein Widerspruch! Der Geistliche, dessen Aufgabe recht eigentlich nur in der Befriedigung von Privatinteressen besteht, ist Staatsangestellter, die grosse Mehrzahl der Aerzte dagegen, die für die Allgemeinheit, für das Wohl des ganzen Gesellschaftskörpers eine eminent wichtige Tätigkeit zu entfalten haben, diese Gruppe hat man zu gewöhnlichen Gewerbetreibenden, zu geistigen Lohnarbeitern herabgewürdigt.

Die moderne Gesetzgebung hat die Consequenzen hieraus gezogen. Sie sagt zum Arzt: Freilich bist du ein Mann der Wissenschaft, entfaltest du eine

<sup>8)</sup> Die Volkszählung im Deutschen Reich am 1. December 1885 in der Statistik des Deutschen Reichs, neue Folge, 32. Bd., pag. 25 ff.

<sup>9)</sup> Vergl. August Meitzen: *Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preussischen Staates nach dem Gebietsumfange von 1864*. (Berlin 1868—1894) Atlas, Tafeln IX—XI.

<sup>10)</sup> *Preussische Statistik*, 146: *Grundeigentum und Gebäude im preussischen Staat*. I. Teil: *Das Grundeigentum* (Berlin 1898), pag. LXX ff. und Tabellen B.

wichtige, vielleicht die wichtigste Tätigkeit, du hast Krankheiten zu heilen und, was noch wichtiger ist, Krankheiten zu verhüten, du sollst forschen und ackern, damit der Gesellschaftskörper gesund bleibt. Dein Beruf ist ein nützlicher und notwendiger. Aber so ideal, ehrwürdig und nützlich deine Tätigkeit für das Allgemeinwohl auch erscheinen mag, auch sie ist ihres Heiligenscheines entkleidet, du bist wie jeder Lohnarbeiter auf den Gelderwerb angewiesen, »der offenen, unverschämten, directen und dünnen Ausbeutung preisgegeben«. Wir können dich deshalb auch nicht als Mann des öffentlichen Wohles betrachten, der gratis in Bedarfsfällen jederzeit seine Tätigkeit zur Verfügung zu stellen hat. Du hast rechtlich denselben Anspruch, wie jeder andere Gewerbetreibende. Gemäss § 144 der Reichsgewerbeordnung heben wir daher auf »die für die Medicinalpersonen bestehenden besonderen Bestimmungen, welche ihnen unter Androhung von Strafen einen Zwang zu ärztlicher Hilfe auferlegen«.

So ist es. Der Arzt ist Gewerbetreibender, Lohnarbeiter; sein idyllischer Beruf zwingt ihn zum Gelderwerb; er hat für die gefühllose *bare Zahlung* zu schaffen. Lange, sehr lange hat es gedauert, bis sich die deutsche Aertztschaft ihrer Stellung bewusst geworden ist. Nicht erst die Krankenversicherungsgesetzgebung, wie irrtümlich ärztlicherseits vielfach behauptet wird, hat die *Lohnfrage* der Aerzte geschaffen. Diese war auch vorher vorhanden. Manche ärztliche Tätigkeit sogar, die früher wegen *Armut* unentgeltlich geleistet werden musste, konnte später, nach Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes, wenn auch in ungenügender Weise, honoriert werden. Aber die Stellung des Arztes an sich war schon vor Erlass des Krankenversicherungsgesetzes die gleiche, wie heute. Nur war oder wollte er sich seiner Stellung nicht bewusst werden. Aus den sogenannten *besseren Ständen* hervorgegangen, in einem ganz anderen Milieu aufgewachsen, als der Arbeiter, sah der Arzt in seinem *Standesbewusstsein* seinen Beruf durch eine gefärbte Brille. Wenn auch damals schon mancher von der Hand in den Mund leben musste, so wurde das gewissermassen als etwas Unabänderliches hingenommen. Socialen Ursachen, die dafür verantwortlich gemacht werden konnten, wurde nicht nachgespürt. Die falsche Scham zwang den wirtschaftlich schlecht Gestellten, sein Ungemach mit sich selbst abzumachen; er, der Gebildete, der gesellschaftlich höher Stehende, durfte doch nicht, profanen Proletariern gleich, auf offenem Markte seine Not ausschreien, wenn sie ihn auch gleich niederzudrücken drohte.

Dann kam das Krankenversicherungsgesetz. Ein Hoffnungsschimmer für die Aertztschaft, sich ein einträgliches Auskommen zu verschaffen. Der Zudrang zum ärztlichen Studium wurde ein gewaltiger. Die Zahl der Aerzte hat sich seit 1876 verdoppelt, während die Bevölkerung nur um 20% zugenommen hat. Gegenwärtig kommt bereits auf 2000 Einwohner ein Arzt, in einzelnen grösseren Städten sogar schon auf 600. Das Angebot von Aerzten steigerte sich bedeutend, während die Nachfrage nicht im gleichen Masse vorhanden war. Angebot und Nachfrage regelten die Ware Arbeitskraft. Die Cassen nahmen — woraus ihnen, nach den ökonomischen Lohngesetzen geurteilt, kein Vorwurf gemacht werden kann — die angebotene Arbeitskraft nach dem Marktwert. Die Aerzte waren aber auch noch dadurch in einem gewissen Nachteil, dass sie, selbst zu freien Gewerbetreibenden gestempelt, vor sich Zunftschranken aufgerichtet fanden. Ihr freier Wettbewerb wurde dadurch eingeengt, dass nur eine gewisse Anzahl ihrer Berufscollagen von den Cassen zur Praxis zugelassen wurde. Vom finanziellen Interesse der Cassen aus betrachtet, wiederum ein ganz einwandfreies Verfahren. Vom Standpunct der Aerzte aus ist aber nicht zu bestreiten, dass die veränderten Verhält-

nisse für deren ökonomische Lage von tief einschneidender Bedeutung waren. Die Lohnfrage wurde mit der Zeit eine brennende für die Aerzte, wie sie andererseits die Abhängigkeit von den Cassenverwaltungen immer mehr als etwas Unwürdiges empfanden.

Alle diese Erscheinungen hatten zur Folge, dass sich die deutschen Aerzte organisierten und, den Arbeitern gleich, versuchten, durch ihre Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Ob diese Bewegung wirklich nur aus socialen Verhältnissen entstanden ist oder nicht vielleicht auch aus einem Machtkitzel, der darin gipfelt, die Krankenversicherung zu zerstören? Diese Frage wird mir vielleicht hier und da entgegengehalten werden. Was den Einwand als solchen betrifft, so wissen wir als organisierte Arbeiter schon aus Erfahrung, wie vorsichtig gerade wir solche hingeworfenen Argumente aufzunehmen haben. Sind nicht die Unternehmer, mit wenigen Ausnahmen, sofort, wenn Arbeiter zu der Waffe des Strikes greifen, bereit, zu behaupten, die Lohnbewegung ziele nur darauf ab, in frivoler Weise die deutsche Industrie zu vernichten? Wenn wir die ärztliche Bewegung objectiv würdigen wollen, so tun wir gut, uns nicht von kleinbürgerlichen Erwägungen leiten zu lassen. Wie bei jeder grossen Cultur-bewegung, so haben wir auch hier den ökonomischen Ursachen nachzugehen.

Ein wirtschaftlicher Notstand ist bei den Aerzten vorhanden. Der ist von keiner Seite bestritten, und die Aerzte selbst haben ein zahlreiches Material zur Beurteilung ihrer Lage der Oeffentlichkeit übergeben. Zum Gegenbeweis hierfür kann man sicherlich nicht die grossen Gehälter und Einnahmen einzelner Personen heranziehen. Wäre das ausschlaggebend, so müsste man in gleicher Weise schlussfolgern: weil einzelne Schauspieler und berühmte Sänger fürstliche Einnahmen haben, ist die Lage der Bühnengehörigen eine glänzende. Es kommt eben darauf an, wie sich die Gesamtlage einer bestimmten Berufsclassen gestaltet.

In Berlin hatten nach Angabe der Aerztekammer in Brandenburg im Jahre 1900 45,5% der Aerzte ein Einkommen unter 3000 Mark, in Charlottenburg sind es nach Professor Dr. Hirschberg im Jahre 1900 47%, die unter 3000 Mark Einnahme hatten. Wenn man bedenkt, dass der Arzt besondere Ausgaben für Wohnung, Bedienung und dergleichen hat, Ausgaben, die durch den Beruf bedingt sind, so stellt sich das Nettoeinkommen noch bedeutend geringer. Aus dieser Darstellung geht schon hervor, dass die Lage der Aerzte im allgemeinen eine keineswegs rosige ist.

Uebrigens wurde bei der Beratung des Entwurfes der Krankenversicherungs-novelle von Abgeordneten aller Parteien zugegeben, dass eine Notlage der Aerzte vorhanden ist. Stadthagen geisselte unter anderm scharf, dass Gemeindeärzte mit Jahresgehältern von 600 bis 1200 Mark angestellt werden. Eine solche Besoldung sei jammervoll; er bedauerte, dass der socialdemokratische Antrag zu § 6, betreffend die Einführung der freien Arztwahl für die Gemeindekrankenversicherung, abgelehnt worden sei. In der Schweiz werde dem Arzt von der Gemeindekrankenversicherung die Minimaltaxe bezahlt, unter allen Aerzten stehe dort den Kranken freie Auswahl zu.

Nimmt man als Einzelercheinung noch den Strafprocess gegen den Curpfuscher Nardenkötter, der als crasses Beispiel die Ausnützung eines Arztes um ein Honorar von monatlich 150 Mark zu Tage förderte, so kann wohl nicht bestritten werden, dass tatsächlich ein Notstand unter den deutschen Aerzten vorhanden ist. Wenn, hierdurch gezwungen, die Aerzte von dem Machtmittel der Organisation Gebrauch machen, um sich bessere Zustände zu erkämpfen, so hat die organisierte Arbeiterschaft dieses Bestreben am allerwenigsten zu

bedauern, ohne dass sie sich mit gewissen Zunftbestrebungen der Aerzte einverstanden zu erklären braucht.

Wer den wirtschaftlichen Kampf an sich als berechtigt anerkennt, kann nicht dagegen sein, wenn er von der Berufsclassen der Aerzte selbst gegen von Arbeitern verwaltete Institutionen, wie eine Anzahl Krankencassen es sind, geführt wird. Es wird vielfach geltend gemacht, die Krankencassen seien Wohlfahrtsinstitute, die den Zweck haben, den Arbeitern zunächst ein ausreichendes Krankengeid zu sichern. Die Krankencassen seien kein industrielles Unternehmen, das Mehrwert erzeuge. Deshalb sei bei den Arztforderungen ein anderer Massstab anzulegen, als bei den Lohnforderungen der Arbeiter gegenüber den Privatunternehmern. Dieser Standpunct wäre nur dann richtig, wenn der Arzt für seine Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege vom Staat honoriert werden würde. Solange der Arzt aber auf Privaterwerb angewiesen ist, wird man es ihm ebensowenig verargen können, dass er sich um seine Besserstellung rührt, als dem in der Krankencassenverwaltung tätigen Beamten, der dies gleichfalls tut: auch von ihm kann nicht verlangt werden, dass er seine Arbeitskraft, weil er in einer gemeinnützigen Institution tätig ist, billiger, als zu den allgemeinen Marktpreisen, zur Verfügung stellt: auch er wird bestrebt sein, und er ist dazu berechtigt, den Marktpreis seiner Ware Arbeitskraft in die Höhe zu treiben.

Als logische Consequenz ergibt sich für den organisierten Arbeiter, insonderheit wenn er sich zur Socialdemokratie bekennt, dass er den ärztlichen Bestrebungen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen hat. Die Einschränkung *nach Möglichkeit* ist mit Absicht gestellt. Es soll damit gesagt sein, dass nicht die Erfüllung aller ärztlichen Forderungen möglich ist. So enthält die mit allen gegen eine Stimme auf dem Königsberger Aertztag angenommene Forderung, dass »Personen mit einem Gesamteinkommen über 2000 Mark weder Cassenmitglieder werden noch bleiben dürfen«, einfach etwas Unmögliches. Es liegt weder im Interesse der Aerzte, noch viel weniger im Interesse der Versicherten, dass einem solchen Verlangen stattgegeben wird. Uebrigens haben die Aerzte schon teilweise von diesem Verlangen Abstand genommen, weil sie sich von seiner Unzweckmässigkeit überzeugt haben.

Möglich und durchführbar dagegen ist die bedingt freie Arztwahl, das heisst der Modus, dass alle Aerzte, die sich für die Cassenpraxis zur Verfügung stellen, zugelassen werden. Berechtigt ist auch die Forderung einer besseren Honorierung, wengleich bei dem gegenwärtigen Stande der Krankenversicherung eine Bezahlung nach der staatlichen Minimaltaxe als undurchführbar erscheinen muss. Berechtigt und notwendig sogar ist die Forderung der Aerzte, an den Verwaltungssitzungen der Cassen teilzunehmen, soweit ärztliche Fragen zur Beratung und Beschlussfassung stehen. Wenn die Aerzte sich auch um die Verwaltungsgeschäfte der Krankencassen bekümmern, so kann das nur von Vorteil sein: sie werden manche Fragen anders beurteilen, als wenn sie davon ausgeschlossen bleiben.

Wohin soll die Durchführung solcher Anschauungen uns bringen? werden mir die für die Finanzen der Cassen besorgten ängstlichen Gemüter entgegenhalten. Sollten es zufälligerweise — was ich nicht annehme — Genossen sein, so erwidere ich folgendes: Auch mein Arbeitsgebiet liegt bekanntlich hauptsächlich in der Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Allein ich bin zu wenig Gegenwartsstaatsanhänger, als dass ich mir allzu grosse Gewissensscrupel darüber mache, wenn Organisationen gewissen Umänderungen unterzogen werden. Für mich steht die Sache so: Sind bestimmte Aertzteforderungen berechtigt, so dürfen Socialdemokraten sich am allerwenigsten ablehnend dagegen verhalten; sie müssen vielmehr bestrebt sein, diesen Forderungen Geltung zu verschaffen.

ohne ängstliche Rücksichtnahme auf das, was werden wird. Der sociale Fortschritt wird durch die Erfüllung berechtigter Aertzteforderungen nicht gehemmt, er wird im Gegentheil dadurch nur gefördert, wenn auch gewisse Formen der Arbeiterversicherung — übrigens nicht bloss durch die Aertztefrage — gesprengt werden.

Ohne Zwicifel bedeutet die Erfüllung der Aertzteforderungen eine höhere Belastung für die Krankencassen. Diese Belastung wird doppelt gespürt werden mit der am 1. Januar 1904 in Kraft tretenden neuen Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die den Cassen nicht unwesentliche grössere finanzielle Verpflichtungen auferlegt. Aber das Gute dieser Wirkung wird sein, dass sie den Anstoss geben wird, mit den zersplitterten Cassenarten und -formen aufzuräumen. Eine grössere Centralisation und die Ausscheidung von hinsiechenden, leistungsunfähigen Cassengebilden wird die Folge sein. Das Heil der Zukunft liegt überhaupt in der Vereinheitlichung der deutschen Arbeiterversicherung. Diese wird zugleich eine grössere Ausgestaltung und eine damit verbundene höhere Leistungsfähigkeit bewirken. Möglich, dass bei dem Widerstande der massgebenden Parteien eine solche, von der Socialdemokratie ständig vertretene Forderung noch nicht so bald durchgesetzt wird. Möglich, dass vorher eine nochmalige Umänderung und Ausgestaltung des Krankenversicherungsgesetzes erfolgt. In welcher Richtung diese auch vor sich gehen mag, das eine steht schon jetzt fest: die Versicherten sind bereits an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, während andererseits die Krankenversicherung bei weitem nicht den berechtigten Ansprüchen einer modernen Socialpolitik entspricht. Ein entsprechender Staatszuschuss, ähnlich wie bei der Invalidenversicherung, ist nötig, damit die Krankencassen ihre weiteren Aufgaben erfüllen können, zu denen auch die Berücksichtigung der Aertzteforderungen zählt. Für einen Staat, der jährlich über eine Milliarde für Militair- und Marineforderungen ausgibt, der über 300 Millionen in seiner chinesischen Abenteuerpolitik verpulvert hat, der den Agrariern und Reichsunmittelbaren mit vollen Händen gibt, spielt es keine Rolle, wenn für die Erfüllung der Aufgaben der Krankenversicherung jährlich 100 Millionen Mark und mehr zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben uns also nicht von engherzigen Erwägungen bei der Beurteilung der Aertztebewegung leiten zu lassen oder uns gar aus übertriebener Angst für die Aufrechterhaltung des Bestehenden in Widerspruch zu setzen mit den Grundsätzen, die von unserer Seite ständig bei Lohnbewegungen verfochten werden. Aus voller Ueberzeugung heben wir bei jedem Lohnkampfe hervor, dass ein höherer Lohn, dass bessere Arbeitsbedingungen die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitsleistung steigern; sollte dies bei dem Arzt, bei dem geistigen Arbeiter anders sein?

Nur kein Ausweichen! Was für den einen richtig ist, kann für den anderen nicht falsch sein. Die Besserstellung des Arztes, seine grössere Unabhängigkeit bedeutet für die Arbeiterklasse in jeder Beziehung einen Gewinn. Die Aertztefrage ist nicht bloss eine Krankencassenfrage. Der Arzt nimmt heute in der ganzen Arbeiterversicherung eine hervorragende Stellung ein. Sein Gutachten ist ausschlaggebend für die Beurteilung der Invalidität nach dem Invalidenversicherungsgesetz, für die Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit bei Betriebsunfällen; bei der Unfallversicherung sind wiederum hauptsächlich ärztliche Gutachten notwendig. Von Wichtigkeit ist sehr oft das Gutachten des zuerst behandelnden Cassenarztes. Wie oft macht man die Wahrnehmung, dass wichtige Feststellungen, die später für den Rentenberechtigten von grosser Bedeutung sind, im Drange der Geschäfte nicht aufnotiert werden und so dem Gedächtnis entfallen! Dazu habe ich keine Zeit,



heisst es dann. Der Verletzte aber oder seine Hinterbliebenen haben dieses Verschulden zu büssen. Und doch kann man eigentlich dem Arzte, der Massenarbeit liefern muss, um auf seinen Lohn zu kommen, hieraus keinen Vorwurf machen.

Die Hebung seiner socialen Lage wird dem gesamten Aerztestand erst die Möglichkeit verschaffen, energischer, als bisher, mitzuarbeiten an der Lösung des volkswirtschaftlichen Problems der Hebung der socialen Verhältnisse der Arbeiterklasse. Bisher sind es immer nur einzelne Pioniere, die das ihnen zur Verfügung stehende Material socialhygienisch durcharbeiten und mit entsprechenden Forderungen hervortreten. Ein ungeheurer Stoß, der für die Durchführung socialpolitischer Massnahmen von Wichtigkeit wäre, geht im Drange nach Erwerb verloren. Hier liegt noch ein grosses Arbeitsfeld brach, das um so eher beackert werden kann, je mehr es die beteiligten Cassenverwaltungen verstehen, im gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit den Aerzten diese zur Mitarbeit zu gewinnen.

Mit diesen meinen Ausführungen will ich dazu beitragen, Aerzte und Arbeiterschaft einander näher zu bringen, Verständnis für die Forderungen der Aerzte zu erwecken und eine gerechte Beurteilung zu ermöglichen. Dabei bin ich mir sehr wohl bewusst, dass von seiten der Arbeiter eine Anzahl berechtigter Einwände erhoben werden kann. Man wird mit einem gewissen Recht betonen, dass der Gebildete, der von dem Proletarier eine gerechte Beurteilung seiner wirtschaftlichen Lage beansprucht, selbst auch mit der gleichen Unbefangenheit die sociale Lage des Arbeiters zu würdigen hat. Wir Arbeitersecretaire wissen am besten, wie oft Aerzte in einseitiger Weise voreingenommen gegen Arbeiter, gegen Invalide und Unfallverletzte sind. Eine grosse Zahl von Aerzten beschränkt sich nicht darauf, bei den Rechtsprechungsinstanzen der Arbeiterversicherung ein objectives Gutachten abzugeben, nein, sie hält sich für verpflichtet, Streitschriften zu gunsten der Berufsgenossenschaften zu verfassen; und das sind zum Teil auch solche Aerzte, die nicht im Solde der Genossenschaften stehen. Wir können mit crassen Fällen dienen, in denen nachgewiesen ist, dass die einseitige Voreingenommenheit gewisser Aerzte schon grosses Unheil angerichtet hat. Was soll man dazu sagen, wenn Aerzte in ihren Gutachten hervorheben, dass durch Minderung der Rente ein *Schwinden des faulen Fettes* erreicht werden kann, und ähnliches mehr? Es wäre natürlich verfehlt, wenn man für solche Auswüchse den gesamten Aerztestand verantwortlich machen wollte, ebenso wie es verfehlt ist, wenn von seiten der Aerzte gewisse Ausfälle einzelner Personen der gesamten Arbeiterschaft zur Last gelegt werden.

Bei der Beurteilung wichtiger socialer Fragen sollen wir uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Wären diese massgebend, so müsste Schreiber dieser Zeilen auf Grund seiner Tätigkeit eine andere Stellung zu der Aerztebewegung einnehmen. Deshalb sind alle Fragen, die mit dem Kern der Sache, ob die Aerztebewegung berechtigt ist oder nicht, nichts zu tun haben, ausser Betracht gelassen. Es handelt sich darum, vom Arbeiterstandpunct aus nachzuweisen, dass die Aerztebewegung eine ebenso berechnete ist, wie die Lohnbewegung der Arbeiter, dass sie, wie diese, eine Culturbewegung von Bedeutung ist und als solche auch gewürdigt werden will.

Zum Schluss muss noch eins hervorgehoben werden. Genosse Dr. Zepler beschuldigte in seiner Broschüre *Die Lage der Aerzte und ihr Verhältnis zu den Krankencassen* die Presse der Socialdemokratie im allgemeinen, dass sie sich bei der Verworrenheit der Sachlage um eine öffentliche Kritik der Aerzteangelegenheiten herumdrücke oder sich nur zu einzelnen Puncten zögernd ausspreche. Mir ist es in meiner Berufstätigkeit nicht möglich, die gesamte Parteipresse

zu verfolgen; ich weiss aber, dass beispielsweise der *Vorwärts* bei Conflicten der Aerzte mit Krankencassen mehrfach entschieden für die Aerzte eingetreten ist. Und die *Münchener Post* hat bei der in München durch Vergleich bedendeten Aerztebewegung von Anfang an eine klare Stellung eingenommen, ohne sich um wichtige Punkte herumzudrücken. Es darf behauptet werden, dass dieser Haltung der Presse sowohl, als auch der klaren Stellungnahme gewerkschaftlich und politisch organisierter Arbeiter es mit zu danken ist, dass München von einem Aerztestrike verschont geblieben ist.

## Die socialistische Bewegung in der polnischen Jugend.

Von

Alexander Wronski.

(Warschau.)

Als ich vor 20 Jahren an einer der süddeutschen Universitäten meine Studien absolvierte, gab es an der ganzen Universität nur einen deutschen Studenten, der sich zum Socialismus bekannte. Ausser diesem kannte ich noch einen solchen Sonderling in München; in Leipzig gab es eine kleine Gruppe socialistischer Studenten, bestehend aus drei Polen — einer von diesen war der grösste polnische Dichter der Gegenwart, Jan Kasprovicz —, einem Bulgaren und einem Deutschen. An anderen Hochschulen gab es vielleicht noch hier und da verstreut einige Genossen, aber im allgemeinen war ein Socialdemokrat eine seltene Ausnahme in der deutschen akademischen Jugend. Seither haben sich die Verhältnisse bedeutend verbessert, ja, Genosse Kautsky kann jetzt sogar von einem specifischen *Socialismus der gebildeten Classen* sprechen; aber auch jetzt ist die grosse Mehrzahl der deutschen Studienstenschaft politisch indifferent oder reactionär, zuweilen selbst klerikal gesinnt.

Ganz anders bei den Polen. Es bekennen sich zwar auch die polnischen Studenten nicht in ihrer Masse zum Socialismus, wie dies zum Beispiel bei den Russen der Fall ist, aber es gibt an jeder Hochschule, die von Polen besucht wird, eine mehr oder weniger zahlreiche Gruppe von polnischen Genossen, und das sogenannte *intelligente* Element spielt auch jetzt, nachdem in Polen bereits eine proletarische Massenbewegung begonnen hat, eine wichtige Rolle im polnischen Socialismus. Im allgemeinen könnte man sagen, dass die Polen in dieser Hinsicht eine Mittelstellung zwischen den Russen und den Deutschen einnehmen und die Verhältnisse da vielleicht mehr denen der romanischen Länder ähnlich sind, wo auch eine starke Verbreitung des Socialismus in den bürgerlichen Schichten zu constatieren ist. Um die Ursachen dieser Erscheinung klarzulegen, bedürfte es einer besonderen sociologisch-historischen Untersuchung; sie können daher hier nur angedeutet werden. Es ist in erster Linie der politische und nationale Druck, der in allen Schichten der Bevölkerung Unzufriedene erzeugt. Alle diese Unzufriedenen gingen früher ins Lager des revolutionären, aufständischen Patriotismus, der, dank der specifischen Verknüpfung unserer politischen und agrarsocialen Aufgaben, immer einen demokratischen Anstrich hatte. Seit dem Bankrott der bürgerlichen Demokratie verwandelten sich diese früheren revolutionären Patrioten in denjenigen Gegenden, wo die Traditionen der Aufstände schwächer waren — wie in Posen — in zahme Chauvinisten; in anderen, hauptsächlich in Russisch Polen und teilweise in Galizien, wurden sie zu Socialisten. Der in Russisch Polen so zahlreiche kleine Adel, aus dem sich die meisten Aufständischen rekrutierten, stellt auch jetzt ein grosses Contingent von *intelligenten* Socialisten. Ihnen gesellen sich Genossen zu, die zur jüdischen Bourgeoisie gehören und bei denen der Hang zum Socialismus durch einen dreifachen Druck, den politischen, nationalen und socialen, erklärt wird.

Im ganzen Bezirk des ehemaligen Königreichs Polen existiert nur eine einzige conservative Vereinigung der Jugend. Es ist dies die *Akademische Leschalle* in Krakau; viele ihrer Mitglieder gehören gleichzeitig zur religiösen *Fraternitas der Sodales Mariani*. Die ganze übrige akademische Jugend ist, abgesehen von den Indifferenten, zur Zeit in zwei Lager gespalten: in die fortschrittliche Jugend, die in der Mehrzahl socialistisch gesinnt ist, und die nationaldemokratische oder schlechtweg patriotische. Das numerische Verhältnis dieser beiden Richtungen lässt sich unmöglich bestimmen; im allgemeinen sind sie wohl gleich stark, wobei in manchen Provinzen die Fortschrittler, in anderen wieder die Nationaldemokraten die Mehrzahl bilden. Um ein Bild des Ganzen zu geben, müssen wir das ganze Gebiet, das von der polnischen Jugend bewohnt ist, in vier Regionen teilen: das Ausland (die Hochschulen Westeuropas), Galizien, Russisch Polen und Preussisch Polen. Von dieser letzten Provinz werden wir am wenigsten zu berichten haben, da dort der Socialismus in die Jugend noch fast gar nicht eindringen ist.

Beginnen wir mit dem heutigen Stand der Organisation.

Noch vor wenigen Zeiten gehörte die ganze polnische Jugend im Auslande zum *Verband der Vereine polnischer Jugend*. Dieser Verband wurde vor 12 Jahren gebildet, und es traten ihm allmählich alle polnischen Studentenvereine der Schweiz, Frankreichs, Belgiens etc. bei. Dementsprechend hatte der Verband als solcher keine ausgeprägte politische Färbung. Es fand aber während der ganzen Dauer seines Bestehens ein fortwährender innerer Kampf um die Suprematie zwischen den Socialisten und den bürgerlichen Demokraten statt. Anfangs, als noch die polnischen Socialisten Gegner der Unabhängigkeit Polens waren und diese Forderung nicht nur nicht in ihr Programm aufnehmen wollten, sondern sogar heftig bekämpften, fanden ihre Ideen keinen Eingang in den Verband. Dieser Zustand dauerte aber eine kurze Weile. Im Jahre 1893 wurde die *Socialistische Partei Polens*, die *Polska Partya Socjalistyczna* (gewöhnlich *P.P.S.* genannt) gebildet, die als ersten Punkt ihres politischen Programms die *Errichtung einer unabhängigen demokratischen Republik* aufstellte, und seit dieser Zeit begann ein Umschwung. Auf dem Genfer Congress des Verbandes (1895) siegten die Socialisten endgiltig. Nach aussen blieb zwar die Organisation unpolitisch, aber der Einfluss der Socialisten zeigte sich im Inhalte der Circulare, die vom Vorstand ausgingen, und der Werke, die herausgegeben wurden — darunter die inhaltreiche und vorzüglich geschriebene *Geschichte der Demokratie in Polen* des Veterans des polnischen Socialismus Dr. B. Limanowski —, im Feiern des Gedenktages der Hinrichtung von vier Genossen in Warschau u. s. w.

Dieser Zustand konnte nicht lange anhalten. Denn factisch bildeten die Socialisten in den meisten Vereinen die Minderheit und gaben diesen nur durch ihre Rührigkeit und ihren Eifer einen socialistischen Anstrich. Die antisocialistischen Elemente erkannten bald ihre Kraft und organisierten sich im geheimen. Auf dem Congress von Zürich (1899) kam es zu einem Krach: die Socialisten wurden besiegt, und sie traten aus dem alten Verbande aus, um einen *Verband der polnischen fortschrittlichen Jugend* zu bilden. Seit dieser Zeit existieren die beiden Organisationen neben einander. In der alten haben die nationaldemokratischen Elemente, in der neuen die Socialisten die Oberhand. Die von der Mehrheit abweichenden Meinungen werden aber in beiden Organisationen toleriert. Der fortschrittliche Verband zählte bei seiner Gründung 120 Mitglieder, jetzt, nach dem letzten Bericht, 250. Die Tätigkeit des Verbandes besteht in Vorträgen, die in den einzelnen Vereinen gehalten werden, in der Verbreitung socialistischer Ideen unter den polnischen Arbeitern im Auslande, in der Herausgabe von Büchern und Broschüren — unter anderen erschien eine von B. Limanowski geschriebene *Geschichte des Aufstandes von 1863*, ferner Bebel's Schrift *Akademiker und Socialismus* —, in der Veranstal-

zung von Versammlungen, in denen zu einzelnen politischen Tagesfragen Stellung genommen wird u. s. w. Ausserdem haben beide Organisationen beratende Stimme bei der Verteilung von Stipendien aus einem circa 500 000 Francs zählenden nationalen Fonds in Rapperswyl. Das wäre ungefähr die Tätigkeit der polnischen Jugend im Auslande.

In Galizien existieren zwei fortschrittliche Vereine der Jugend, *Die Bewegung (Ruch)* in Krakau und *Das gemeinsame Lernen (Wspolna nauka)* in Lemberg. Jeder zählt circa 100 Mitglieder. Beide bestehen aus Studenten und Studentinnen. Ausserdem haben die Fortschrittlichen einen grossen Einfluss auf den starken Polytechnikerverein *Bruderhilfe*, der mehr als 600 Mitglieder zählt. In beiden Hauptstädten existieren auch nationaldemokratische Vereine: in Krakau die *Jugend*, in Lemberg die *Akademische Lesehalle*. Ferner gibt es in Krakau, wie bereits erwähnt, einen conservativen Verein. Alle übrigen Studenten sind mehr oder weniger politisch indifferent. Hier zeigt sich aber auch noch eine neue Erscheinung, nämlich eine Bewegung der Gymnasiasten. Ein guter Teil der 30 000 Schüler der Gymnasien und Realschulen Galiziens — natürlich nur aus den höheren Classen — schliesst sich einer der beiden Richtungen an. Die charakteristischen Züge dieser ganz eigenartigen Bewegung werden wir weiter unten kennen lernen; hier will ich nur noch bemerken, dass die Fortschrittlichen mit einer einzigen Ausnahme — das Jesuitencollegium von Chyrow — in allen Mittelschulen Galiziens Verbindungen haben.

In Russisch Polen — man findet polnische Studenten in grösserer Zahl an den Universitäten Warschau, Kiew, Charkow, Moskau, Odessa und an allen Hochschulen in Petersburg — werden sogenannte *Kreise* oder *Corporationen* gebildet, denen alle Studenten, ohne Unterschied von Gesinnung, angehören. Ausserdem hat aber die *Socialistische Partei Polens* ihre eigene studentische Organisation in dem *Verband der polnischen socialistischen Jugend*. Hier wird die Marke *fortschrittlich* selten gebraucht; gewöhnlich tritt man einfach als Socialist auf. Daneben existiert auch eine nationaldemokratische Organisation. Dass alle diese Verbände geheim sind, versteht sich von selbst. In den Gymnasien Russisch Polens wird in den letzten Zeiten sehr eifrig von beiden Seiten agitiert. Das nationaldemokratische Element hat dort die Oberhand aber hauptsächlich aus diesem Umstande, weil man alles, was nicht socialistisch ist, dazu zählt.

So stellt es mit der Organisation. Was die Presse betrifft, so ist das Hauptorgan der fortschrittlichen Jugend der *Promien (Der Strahl)*. Er erscheint in Lemberg monatlich einmal in der Stärke von drei Druckbogen. Der Inhalt des Blattes ist sehr mannigfaltig, da es sich ebenso mit der Mittelschul-, wie der Hochschuljugend beschäftigt und allen drei Teilen Polens dient. Der *Promien* ist keineswegs ein ausgesprochen socialistisches Organ. Diese Rolle wird den 20 Zeitschriften überlassen, die im directen Dienste der Partei stehen. Der *Promien* aber soll in erster Linie mit allen denjenigen Hindernissen aufräumen, die der Verbreitung des Socialismus unter der Jugend im Wege stehen. Es wird dort der Servilismus bekämpft, der in diesem classischen Lande der Bureaucratie, in Galizien, furchtbar grassiert. Das Strebertum, das im Gymnasium wie auf der Universität von allen Behörden gefördert und unterstützt wird, findet dort seine verdiente Geißelung. Dasselbe geschieht mit den religiösen und socialen Vorurteilen. Der kritische Gedanke wird mit allen Mitteln geweckt und gestärkt; es werden zum Beispiel dort die Schulbücher, die zum grössten Teil nicht nur in Russland, sondern auch in Oesterreich gar nichts wert sind, einer scharfen Kritik unterzogen, ebenso wie alle Bücher, von denen man annehmen kann, dass sie in der Gegend Verbreitung finden. Seit zwei Jahren beschäftigt sich der *Promien* auch sehr eifrig mit der Selbstbildung, ohne die ja ein Zögling des heutigen Gymnasiums einfach ein Ignorant bleiben muss. Zu diesem Zwecke wurden von der Redaction *Ratgeber für solche*,

die sich bilden wollen, ausgearbeitet, in denen die besten und für den Laien passenden Werke aus dem Gebiete der politischen Oekonomie, der Geschichte, der polnischen und internationalen Literatur, der Philosophie, der Naturwissenschaften und dergleichen verzeichnet sind. Daran schloss sich eine gründliche Discussion über die beste Art und Weise, sich selbst, ohne Hilfe des Gymnasiums, zu bilden. Einen breiten Raum nimmt im *Promien* der Kampf mit den Schulbehörden ein. In Russisch Polen kann ein solcher Kampf selbstverständlich keinen praktischen Zweck haben, da die niedrigsten Spitzbübereien des russischen *Pädagogentums* unbestraft bleiben, auch wenn sie veröffentlicht sind; aber in Galizien hat man in dieser Weise schon oft der Jugend geholfen. In vielen Fällen folgte den Entlarvungen des *Promien* ein Disciplinargericht und die Versetzung eines Lehrers, wobei, was höchst charakteristisch ist, noch kein einziges Mal ein Strafverfahren gegen die Redaction eröffnet wurde: so zutreffend waren immer ihre Informationen. Was endlich die politische Richtung des *Promien* anlangt, so steht das Blatt auf einem sehr radicalen, revolutionären, demokratischen Boden. Die humanitären Ideale der polnischen Demokratie der dreissiger und vierziger Jahre werden dem *Opportunismus* und *Chauvinismus* der Nationaldemokraten entgegengestellt. Die Grundsätze des Socialismus werden in vielen Artikeln besprochen, mehr aber von der Gefühlsseite, als vom wissenschaftlichen Standpunct aus. Die socialistische Bewegung und Partei wird da immer als die idealste Strömung der Gegenwart, als ein Drang des arbeitenden Volks, mit dem jede edle Seele sympathisieren muss, dargestellt. Der *Promien* steht in seinem vierten Jahrgang; er wird in 1500 Exemplaren gedruckt, wovon ein Drittel nach Russisch Polen geht.

Eine andere Zeitschrift, an welcher viele junge Kräfte mitarbeiten, ist die in Krakau erscheinende *Krytyka* (*Die Kritik*). Diese ist ein reines Parteiorgan, nur widmet sie ziemlich viel Raum der Literatur. In Russisch Polen erscheinen ausserdem einige locale Blätter, die aber nicht gedruckt, sondern hektographiert werden. So der *Ruch* (*Die Bewegung*) in Warschau, der von den dortigen socialistischen Gymnasiasten herausgegeben wird, und das neugegründete Studentenblatt *Z pola walki* (*Vom Kampfplatz*). Andere kleinere Blättchen erscheinen oft, um bald wieder zu verschwinden, in Petersburg oder in kleinen Provinzstädten. Als Organ der Nationaldemokraten gilt die *Teka* (*Das Heft*). Sie erscheint, wie der *Promien*, in Lemberg und wird stark in Russisch Polen colportiert.

Was das Programm und die allgemeine Richtung der polnischen socialistischen Jugend betrifft, so bekennt sich die grosse Mehrzahl der selben Jugend zu den Grundsätzen der *Socialistischen Partei Polens*, wogegen die nationaldemokratische für die *Allpolnische Uebersicht* und die *Nationale Liga* (die geheime Organisation der Patrioten) schwärmt. Ein wichtiger Unterschied beider Richtungen ist der, dass die nationaldemokratische Jugend die Grundsätze ihrer Partei ohne weiteres acceptiert, wogegen die Socialisten mit der Arbeiterorganisation nur in losen Zusammenhänge stehen. Diese Erscheinung hat ihre Ursache nicht etwa in *programmatischen* oder taktischen Meinungsdivergenzen; denn die meisten Socialisten auf der Schulbank werden mit der Zeit zu tüchtigen und disciplinierten Parteigenossen. Die Ursache liegt darin, dass die Agitation in der Jugend in Form und Inhalt von der proletarischen verschieden ist. Dabei muss man in manchen Kreisen, so bei den Mittelschülern, das Hauptgewicht auf Dinge legen, die mit dem Socialismus nur in indirectem Zusammenhänge stehen, vor allem auf das Wecken des kritischen Geistes etc. Würde man dort einfach mit dem Parteiprogramm anrücken, so wäre der Erfolg sicher viel kleiner. Bei der jetzigen Taktik werden zwar nicht alle Anhänger des *Promien* zu Socialdemokraten, aber sie werden doch sämtlich frei von vielen auf ihren Standesgenossen lastenden Vorurteilen und fühlen zum mindesten keinen Hass gegen den Socialismus, was ja auch für uns einen gewissen Wert hat.

Kommen wir endlich zur eigentlichen Tätigkeit aller dieser Organisationen. Die der Jugend im Auslande haben wir schon genannt. Der Partei nützt diese noch in der Weise, dass sie sich selbst zur künftigen Tätigkeit in Russisch Polen oder Galizien vorbereitet und Geld für verschiedene Parteizwecke sammelt. In Galizien finden wir Socialisten in den — parteilosen — Organisationen der *Volksschule* und der *Volksuniversität*, wo sie Arbeiter- und Bauernschulen ins Leben rufen, Leihbibliotheken organisieren, in Dorf und Stadt Vorträge halten. Die Haupttätigkeit besteht aber in der Selbstbildung. In Galizien zum Beispiel hat man von der früher so üblichen Bildung geheimer Verschwörerorganisationen der Jugend ganz abgesehen; dagegen haben wir jetzt dort auf dem ganzen Lande kleine Gruppen, die eifrig Naturwissenschaften, Geschichte mit specieller Betonung der Revolutionszeiten, Literatur, vornehmlich die in höchstem Grade revolutionierend wirkenden Werke unserer modernen Schriftsteller, dann politische Oekonomie und speciell den Socialismus, Sociologie etc. studieren. In Russisch Polen ist dies noch mehr der Fall. Es gibt dort kein einziges Gymnasium, wo nicht ein oder mehrere geheime Cirkel existierten, mit Bibliotheken, die manchmal einige Tausend Bände stark sind, und regelmässigen Vorträgen. Ich kenne ein Gymnasium, wo sich 13 solcher Cirkel befinden. In den unteren Classen wird mit Geschichte und Literatur begonnen, dann kommt die Naturwissenschaft, endlich die sociale Frage. Auf der Universität sind es meistens Programmfragen, über welche man referiert und discutiert. Ein Teil der Studentenschaft steht auch in directem Dienste der Partei. Sie sind es, die die Gymnasiastenorganisation gewöhnlich leiten und in den Gruppen Vorträge halten. Manche werden zu Arbeitergruppen zugelassen, wo sie als Lehrer für verschiedene Gegenstände wirken. In einer grösseren Stadt befindet sich eine Gruppe, die sich mit der Herausgabe von Büchern beschäftigt: sie sammelt dazu Geldmittel, honoriert die Verfasser oder Uebersetzer, zahlt der Partei für die Verbreitung und verkauft dann selbst die Bücher. Es ist dies die sogenannte *Gesellschaft zur Förderung der sozialen Wissenschaften*. Sie hat bisher eine Geschichte des Bauernkriegs, das Erfurter Programm, ein Werk Sombarts, die verbotenen Gedichte und politischen Artikel Mickiewicz' und anderes erscheinen lassen. Eine andere Gruppe, die aber in keinem directen Zusammenhange mit der Partei steht, hat einen Verlag in Lemberg gebildet und auch manche guten Bücher verlegt, unter anderm Bernsteins *Voraussetzungen des Socialismus*.

Am schlimmsten sieht es in dieser Hinsicht in Preussisch Polen aus. Der Socialismus hat dort in der Jugend noch keinen Eingang gefunden. Die Nationaldemokraten aber haben schon einen gewissen Einfluss erlangt, der sich darin äussert, dass ihre Anhänger anstatt mit dem Biercomment mit polnischer Geschichte und Literatur sich ihre Zeit vertreiben.

Wenn wir zur eigentlichen politischen Action der Jugend kommen, so haben wir da einige wichtige Momente zu beachten. Während der russischen Studentenunruhen von 1899 und 1901 discutirte man in Warschau eifrig die Frage, ob man mit den Russen zusammengehen sollte oder nicht. Die Socialisten waren dafür, die Nationaldemokraten wollten mit den Russen, selbst mit den russischen Revolutionären, nichts Gemeinsames haben. Es hat auch nur die Minderheit demonstriert; gleichwohl führte dies schon zur Schliessung der Hochschulen. Bei der Maifeier und an dem nationalen Gedenktag der Constitution von 1791 beteiligte sich stets eine grosse Anzahl von Studenten an der Demonstration. In Galizien gab es im Schuljahre 1901-1902 eine ziemlich starke Bewegung, hervorgerufen durch die Wreschener Affaire. Die Nachricht von der Tat des Wreschener Pädagogen verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch ganz Galizien. Es wurden in Lemberg Demonstrationen vor dem deutschen Consulate inscenirt, an denen manchmal gegen 15000 Personen teilnahmen. Bis zu einem gewissen Punkte gingen die Socialisten mit den Nationaldemokraten da Hand in Hand. Sie fanden aber bald, dass derartige

Demonstrationen auf die Dauer schädlich wirken können, da sie die Aufmerksamkeit von dem Hauptfeinde Polens ablenken. Deshalb wurde eine Demonstration vor dem russischen Consulate organisiert, an der sich nur fortschrittliche Gymnasiasten und Polytechniker beteiligten. Der russische Adler wurde mit Steinen beworfen, das Consulat mit Kot. Die Demonstranten wurden von Husaren auseinandergetrieben, aber die Wirkung war in ganz Polen enorm, denn seit dieser Zeit hörte das Liebäugeln der russischen Zeitungen, die gegen den *gemeinsamen Feind des Slaventums* hetzten, mit den Polen auf. Eine noch bedeutendere Meinungsdivergenz zwischen den Socialisten und den Nationaldemokraten entspann sich bei folgendem Anlass: Die ruthenische Jugend Ostgaliziens verlangt seit längerer Zeit die Bildung einer eigenen ruthenischen Universität. Im Herbst 1901 verliess sie, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu geben, die Lemberger polnische Universität in der Zahl von mehr als 500 Mann. Nun entstand die Frage, welche Stellung die polnische Jugend dazu einnehmen sollte. Die Nationaldemokraten waren selbstredend gegen jene Forderung; sie sind zwar *im allgemeinen* mit der Gründung einer ruthenischen Universität einverstanden, aber im gegebenen Falle missbilligten sie die Ruthenen. Die Fortschrittlichen dagegen nahmen sehr energisch Stellung für die ruthenischen Forderungen. Sie verteidigten das Princip des Rechts jeder Nation auf freie Selbstentwicklung, auch sahen sie in der Förderung des ruthenischen nationalen Lebens die beste Waffe gegen Russland, das ja innerhalb seiner Grenzen 20 bis 25 Millionen Ruthenen besitzt; sie wollten daher diesem grossen Zwecke gern die paar Ruthenen opfern, die man vielleicht durch die Vermittelung einer polnischen Universität polonisieren konnte. Es wurde eine ganze Reihe stürmischer Studentenversammlungen abgehalten, und erst seit dieser Zeit haben sich feste Bande der Freundschaft zwischen der polnischen und der ruthenischen socialistischen Jugend geknüpft.

Der Kampf mit der bürgerlichen Demokratie, der schon überall, wie wir gesehen haben, entfacht ist, wird wahrscheinlich, neben der Verbreitung und Vertiefung des socialistischen Gedankens, das Hauptmoment in der Tätigkeit der polnischen socialistischen Jugend für die nächste Zukunft bilden.

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben

#### Wirtschaft

Die Bank von England hält zwar an ihrer Zinsrate von 4% — seit dem 3. September — fest. Die deutsche Reichsbank ist jedoch ohne die in Aussicht genomme Disconterhöhung über den anspruchsvollen Quartalsübergang hinweggekommen. Wider Erwarten rasch hat sich der Metallbestand der Reichsbank gehoben. Am 22. August war er um rund 55 respective 5 Millionen unter den correspondierenden Betrag von 1902 und 1901 gefallen; am 7. October ragte er dagegen wieder um 15 respective 20 Millionen über den Betrag der Vorjahre hinaus.

Die Reichsbank kann um so ruhiger in die nächste Zukunft blicken, als gerade in dem Wettorwinkel America die Banken eine wesentliche Verbesserung ihres Standes

erfahren haben. Sie haben alte Aussenstände eingezogen und neue Credite versagt. Darin spricht sich einerseits die Verschärfung der Misère in der Productionssphäre aus; weitere Preisherabsetzungen und Productionseinschränkungen — vor allem auch seitens des Stahltrustes, — Zahlungseinstellungen so vielgerühmter Unternehmungen, wie der *Consolidated Lake Superior*-Gesellschaft, der Rivalen des Stahltrustes, beleuchten die Situation ziemlich grell. Aber das wachsende Misstrauen, welches das Leihcapital mehr und mehr von der Productionssphäre zurückhält, kommt andererseits in den reichlicheren Geldvorräten der Banken zum Ausdruck. Damit sind jedoch auch die europäischen Centralbanken von der Sorge um grosse Goldabflüsse befreit, so dass, wie man hofft, selbst der Jahreswechsel ohne heftigere Wellenschläge des Discontsatzes vorübergehen dürfte.

Eine gewisse Beruhigung hat in Deutschland auch die Sicherung der grundlegenden **Syndikate**, vor allem die so gut wie fertige Erneuerung und Erweiterung des Kohlen-syndikats, gewährt. Die productiven Verbraucher der Cartellerzeugnisse, die Zwischenhändler, wissen nun wenigstens, woran sie sind; zur Zurückhaltung, die sie in der Übergangszeit notgedrungen wahren mussten, haben sie jetzt den alten Grund nicht mehr. Es bestätigt sich hier von neuem die alte Erfahrung, dass die Geschäftswelt stets eine klare Entscheidung vorzieht, auch wenn diese manchem Interesse nicht erwünscht scheint, dass sie dagegen das ewige Hangen und Bängen sehr bald unerträglich findet. Bei den Handelsverträgen werden wir sehr bald die gleiche Erfahrung machen. Selbst die Annahme schlechterer Handelsverträge wird die Geschäftswelt — man gestatte der Kürze wegen den vagen Ausdruck — schliesslich allgemein und gebieterisch verlangen; sie wird geschlossen und einmütig ihre Front gegen diejenigen kehren, deren Politik alles noch auf Jahre hinaus in der Schwebe und in der jetzigen Verwirrung lassen würde. Darin beruht zuletzt die Stärke jeder vertragschliessenden Regierung gegenüber der parlamentarischen Opposition, unter Umständen allerdings auch gegenüber der alten Zolltarifmehrheit.

Nicht ganz ohne Zusammenhang mit der Handelspolitik dürften die Vorgänge auf dem **Petroleummarkt** sein. Wir sprachen das letzte Mal von angebahnten Vereinbarungen der *Standard Oil-Gesellschaft* mit den österreichisch-galizischen Produzenten. Seitdem ist jedoch ein Rivale Rockefellers in Action getreten, nämlich die *Deutsche Bank*. Ein Drahtbericht der *Vossischen Zeitung* aus Wien meldete am 14. October als Ergebnis

	1902-1903
	hl
Production . . . . .	3 382 088
Trinkverbrauch . . . . .	2 334 103
Gewerblicher Verbrauch . . . . .	1 289 123
Export . . . . .	376 435
Bestand am Schluss . . . . .	300 371

Bei der enormen Ziffer von 1901-1902 kommt allerdings die Krisis in der Gesetzgebung mit in Betracht. Trotzdem ist der Rückgang der Vorräte hinfällig, und man wird auf die Preispolitik der *Centrale* gespannt sein dürfen, falls die Bindung in Kraft tritt. Nach den letzten Nachrichten

des Wettstreites: »Die Petroleumraffinerieen werden sich nächste Woche entscheiden, ob sie die Offerte der *Standard Oil Company* wegen Contingentierung des Exportüberschusses an Petroleum und wegen des Absatzes desselben in Deutschland annehmen oder sich für die Annahme der Offerte der *Deutschen Bank* entscheiden, welche den commissionsweisen Verkauf des österreichischen Petroleumüberschusses in Deutschland übernehmen will.« In der Zwischenzeit hat der preussische Handelsminister Möller auch die deutschen Bohrnernehmungen mit Anerkennungen überschüttet und zu verdoppeltem Eifer angespornt.

Die Productionsbeschränkung in der **Spiritusbrennerei** scheint abermals zu gelingen. Man wünscht bekanntlich die Bindung von 92% des Contingentes der landwirtschaftlichen Brennereien zu erreichen. Bis zum 6. October hatten sich 86,11% angeschlossen, und zwar hatten sich beteiligt: Ostpreussen mit 84,64%, Westpreussen mit 85,57%, Brandenburg mit 87,67%, Pommern mit 88,10%, Posen mit 83,14%, Schlesien mit 87,35%, Mecklenburg mit 86,34%, Provinz Sachsen mit 93,36%, Königreich Sachsen 88,15%, Bayern, Württemberg, Baden und Elsass-Lothringen mit 85,03%, Hessen, Rheinland und Westfalen mit 50,91%, Hamburg, Hannover und Schleswig-Holstein mit 55,16%. Dabei hat die *Centrale für Spiritusverwertung* im letzten Jahre durch starke Abstossung von Waren nach dem Ausland und durch die Productionseinschränkung die alten Spiritusvorräte bereits derart gelichtet, dass ihr im Augenblick sogar die rasche Zuführung neuer Ware äusserst willkommen wäre. Die Landwirte halten jedoch mit dem Brennen zurück, solange sie genügend Grünfuter haben. Die letzten Betriebsjahre (1. October bis 30. September) ergaben nach der Reichsstatistik folgendes Bild:

	1901-1902	1900-1901	1899-1900
	hl	hl	hl
Production . . . . .	4 243 890	4 059 121	3 654 549
Trinkverbrauch . . . . .	2 378 557	2 409 598	2 379 886
Gewerblicher Verbrauch . . . . .	1 114 230	1 161 326	1 047 414
Export . . . . .	219 626	187 994	160 004
Bestand am Schluss . . . . .	1 009 826	540 346	320 918

wäre der Erfolg der *Centrale* betreffs der Bindung gesichert.

**Kurze Chronik.** In der Zuckerindustrie herrscht noch viel Wirrwarr. Die geplante Verkaufsvereinigung der Rohzuckerfabriken ist gescheitert, so dass die



Raffinerieen, weil geeint, vollständig Herren der Lage sind. Indes sind das alles Provisorien. — Dass man seinerzeit auch recht daran tat, die angesetzte Einschränkung der Coaksproduction nicht allzu tragisch zu nehmen, ergibt die Septemberübersicht, nach der statt einer 14 procentigen nur eine 4 procentige Reduction stattfand. — Beim rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat hat sich im September, laut der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, bei 26 Arbeitstagen eine Minderförderung (gegenüber der Beteiligungsziffer) von 15,75 % gegen 16,03 % im Vormonat ergeben. Der rechnermässigen Beteiligungsziffer von 5 549 044 oder arbeitstäglich 213 425 t stand eine Förderung von 4 674 938 oder arbeitstäglich 179 800,05 t gegenüber. Die Minderförderung belief sich sonach auf 874 106 oder arbeitstäglich 33 620 t; gegenüber dem September 1902 nahm die Förderung um 518 717 oder arbeitstäglich um 19 950 t zu.

Max Schippel.

## Politik

Die erstmalige Beteiligung der Socialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen erfolgt unter widrigen Umständen. Zunächst ist die Zeit zwischen Reichstagswahl und Landtagswahl so kurz, dass es schwer ist, das Interesse der Wähler in gleichem Masse für die zweite Wahl wachzurufen oder wach zu erhalten, wie für die erste, deren Bedeutung den Wählern nicht mehr erst klar zu machen war. Bei der Reichstagswahl handelte es sich gerade diesmal um eine Generalabrechnung der Arbeiterclassen mit ihren Gegnern, auf die man in Wählerkreisen förmlich brannte. Alle Kräfte concentrirten sich mit grossem Eifer auf die Wahlagitation; es ging eine allgemeine Erregung durch das Volk, die sich nach den Wahlen auslöste und kurze Zeit danach in gleicher Stärke schwer hervorzurufen ist, da die Voraussetzungen wesentlich andere sind. Dazu kommen die inneren Differenzen, die gleichfalls nicht dazu angetan waren, die Wahlagitation zu fördern und zu beleben. Der Verdross und die Verstimmung dämpften im allgemeinen den Eifer, anstatt ihn anzuspornen. Die Gegner aber nützten den Dresdener Parteitagstoff überdies noch in den indifferenten Kreisen zu unserm Nachteil aus. Weiter haben die Landtagswahlen in Sachsen keineswegs begeistert auf die Wahlcampagne in Preussen einwirken können, wenn auch nicht verkannt werden darf, dass die Parteiverhältnisse in Sachsen wesentlich anders gelagert sind, als in Preussen. Man muss jedenfalls damit rechnen,

dass wir in Preussen aus eigener Kraft keine Abgeordneten in den Landtag entsenden können. Wir bilden das Zünglein an der Wage — gewiss eine sehr gewichtige Macht, die aber nicht hinreicht, um uns directen parlamentarischen Einfluss zu erobern. Zu den genannten Schwierigkeiten kommt aber noch eine weitere, die der Wahlagitation auch nicht zu gute kommt. Ganz im Gegensatz zu anderen Actionen ist die Wahlbeteiligung nicht allgemein und einheitlich; fast jede örtliche oder doch provinzielle Organisation untersucht von ihrem particularen Standpunkt aus, ob sich die Beteiligung für sie lohnt. Die Beteiligung ist mehr oder weniger in das subjective Ermessen der einzelnen Parteiorganisationen gelegt — ein eigenartiges Bild innerhalb der sonst stets einheitlich und geschlossen auftretenden socialdemokratischen Partei. Es kann gar nicht ausbleiben, dass auch dadurch das gleich wache Interesse an der Beteiligung nicht erzielt wird, wie wenn die Wahlbeteiligung einheitlich wäre. Trotz aller dieser Gründe aber ist doch zu hoffen, dass unsere Erfolge zufriedenstellend sein werden, da wir ja von vornherein nicht mit allzu hoch gespannten Erwartungen in die Wahlcampagne hineingegangen sind. Was wollen wir? Die Wahlmänner der dritten Classe für uns gewinnen — und dieses Ziel werden wir mit verhältnismässiger Leichtigkeit erreichen. Daran zu zweifeln, liegt nicht der mindeste Anlass vor. Wie wir dann nach den Urwahlen unseren Einfluss auf die Zusammensetzung des preussischen Landtages ausnutzen werden, das ist eine Frage, die wohl ganz und gar von der Haltung der liberalen Parteien abhängen dürfte. Nur so viel muss angesichts der Haltung des grössten Theils der liberalen Presse gesagt werden, dass wir der liberalen Partei gegenüber nicht die Nehmenden, sondern die Gebenden sind. Wir sind dies einmal als die stärkere und grössere Partei, die die dritte Classe, das heisst den allergrössten Teil des Volkes, hinter sich hat. Wir sind dies aber noch im Hinblick darauf, dass uns der Besitz einiger Mandate nicht so wertvoll ist, um den Liberalen nutzlos Concessionen zu machen. Die Ueberhebung eines Theils des Liberalismus der Socialdemokratie gegenüber zwingt uns sogar unter Umständen, diesen Teil einmal unsere Macht fühlen zu lassen, sollten sie nicht noch bis zu den Abgeordnetenwahlen eine andere Taktik, als die bisherige, uns gegenüber rätlich finden.

\*  
Sowohl in Bayern als in Sachsen stehen Wahlrechtsänderungen auf der Tagesord-

nung. In Bayern hat die Regierung den vor kurzem versammelten Landtag einen schon seit längerer Zeit versprochenen sogenannten *Compromissentwurf* vorgelegt. Nach diesem Entwurf soll das directe, gleiche und geheime Wahlrecht eingeführt werden. Die Zahl der Wahlkreise wird vermehrt durch die Festsetzung der Durchschnittswählerzahl eines Abgeordneten auf 38 000. Von dieser Regel werden zu gunsten des platten Landes Ausnahmen gemacht. Die Stichwahlen sollen wegfallen, indem der Candidat gewählt sein soll, der im ersten Wahlgang die relative Mehrheit hat. Am bedenkenlichsten ist die Normierung der Altersgrenze für die Ausübung des Wahlrechts. Während bisher, allerdings bei einem wesentlich ungünstigeren Wahlrecht, dieses Alter 21 Jahre war, ist es im Entwurf auf 25 Jahre hinaufgerückt. Der Entwurf hat schon die erste Beratung in der zweiten bayrischen Kammer hinter sich. Von seiten aller Parteien wurde er beanstandet. Die Regierung zeigte wenig Geneigtheit zu Aenderungen, und man muss nun abwarten, in welcher Gestalt er aus dem Ausschuss, an den die Vorlage verwiesen wurde, an das Plenum zurückkommen wird. Jedenfalls aber hat Bayern schon seinen Entwurf, während in Sachsen die Regierung noch über einem solchen brütet. Unter der unmittelbaren Wirkung des Ausfalls der Reichstagswahlen in Sachsen forderte die öffentliche Meinung sofort eine freiheitliche Regelung des 1896 revidierten Wahlrechts. Sogar die Regierung sah diese Notwendigkeit ein. Aber der erste Schrecken über das Volksgericht ist vorüber, und die Reformbestrebungen werden immer matter und schwächer. Es heisst jetzt, dass die sächsische Regierung zweierlei Arten von Abgeordneten einführen wolle: erstens Vertreter wirtschaftlicher Interessengruppen, zu denen aber Arbeiterorganisationen beileibe nicht zählen sollen, und gleich viel Vertreter, die aus Classenwahlen hervorgehen sollen. Und zwar sollen drei Classen, wie bisher, gebildet werden, von denen jede im Unterschied zum bisherigen Wahlverfahren ihre Abgeordneten direct zu wählen hat. Von 96 Abgeordneten sollen also 48 auf letztere Art gewählt werden, so dass die dritte Classe gerade 16 Vertreter in den sächsischen Landtag entsenden könnte. Oder parteipolitisch ausgedrückt: 16 Socialdemokraten will die Regierung für den Landtag gnädigst bewilligen. Ein derartiges Wahlrecht ist kaum minder verwerflich, als das bisherige, da aus ihm nie und nimmer eine parlamentarische Vertretung hervorgehen kann, hinter der der Wille und

das Vertrauen des Volkes steht. Und eine wirkliche Volksvertretung zu verlangen, muss umsoehr Aufgabe gerade der Arbeiter sein, als ihre Gegner, Parteien wie Regierung, im allgemeinen über Machtmittel politischer und wirtschaftlicher Natur verfügen, die ihnen selbst einer wirklich fortschrittlich zusammengesetzten Volksvertretung gegenüber noch vielfache Ueberlegenheit gewährleisten.

Die Verurteilung zweier *Vorwärts*redacteurs wegen der Enthüllungen über die *Kaiserinsel* hat selbst dort lebhaftes Misstrauen erregt, wo man gewiss keine Sympathie für die Socialdemokratie annehmen kann. Die *Cölnische Volkszeitung* sagt ganz offen, dass es sich hier um einen Tendenzprocess handle. Im Wortlaut liege keineswegs eine Majestätsbeleidigung: nur dadurch, dass man die Tendenz des *Vorwärts* zu Hilfe genommen habe, hätte man zu einer Verurteilung kommen können. Wenn man aber derartig auslege, so gelange man zu sehr bedenklichen Consequenzen. Gewiss, dann ist überhaupt keine Rechtsprechung mehr notwendig. Dann sind diejenigen, die die Macht haben, die allerbesten Richter, indem sie jeden unbequemen Gegner auf Grund einer ihm unterschobenen Tendenz scrupellos verurteilen. Gewiss hat jeder, der Macht hat, das Bestreben, seinem Gegner Tendenzen und Absichten unterzulegen, die von des ersteren Standpunct aus zweifellos verwerflich sind. Aber es heisst jede geordnete Gemeinschaft unmöglich machen, wenn die Gesinnungsriecherei ein erlaubtes Mittel ist. Jeder Mensch soll nach den Aeusserungen und Handlungen beurteilt werden, die von ihm vorliegen, und nicht nach Absichten, zu denen er sich nicht bekennt und die man ihm objectiv nachzuweisen ausser stande ist. Macht man vor dieser Schranke der Beurteilung nicht Halt, so gerät man auf die abschüssige Bahn der Willkürlichkeit.

Richard Calwer.

### Socialpolitik

Die Notwendigkeit einer tiefgreifenden *socialhygienischen Gesetzgebung* schärft uns das soeben bei Gustav Fischer in Jena erschienene Werk *Gesundheitsgefährliche Industrien*, Berichte über ihre Gefahren und deren Verhütung, insbesondere in der Zündhölzchenindustrie und in der Erzeugung und Verwendung von Bleifarben, ein. Das Werk ist im Auftrage der *Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* herausgegeben und von Herrn Professor Dr. Stephan Bauer, dem Director des *Internationalen Arbeitsamtes* in Basel, eingeleitet

worden. Wir unterrichten uns aus dem Werk über die Verhältnisse der gesundheitsgefährlichen Industrien der alten und der neuen Welt. An der Hand der ausgezeichneten Berichte von Fachgelehrten springen wir von den Zündholzfabriken Russlands zu den Productionsstätten Neuseelands hinüber. Einige Berichte stellen sich als eine grosszügige Erhebung über alle gesundheitsgefährlichen Industrien eines ganzen Landes dar. So hat der Fabrikinspectionsadjunct Dr. E. Vogelsanger einen sehr lehrreichen Bericht über die hygienischen Fabrikverhältnisse der Schweiz verfasst. Er verbreitet sich über die Gefährdung der Arbeiter nach Industriezweigen, über die Verarbeitung von Häuten, Leder, Haaren, Horn, über die chemische und chemisch-physikalische Industrie, über die Papierfabrikation und polygraphische Industrie, über die Metallverarbeitung, über die Industrie der Steine und Erden, über Glasfabrikation, über die Salinen, über Drogerieen, über die Tabakindustrie. Ueber die Bekämpfung der gesundheitlichen Gefahren in den deutschen Phosphorzündholzfabriken und bei der Darstellung und Verwendung des Bleiweisses schöpfen wir reiche Belehrung aus den gründlichen Berichten des Regierungsrats Dr. Hölzer-Berlin und des Professors Dr. Th. Sommerfeld.

Im Gebiete der sozialen Hygiene wurzelt auch die soeben von Herrn Dr. Fürst-Hamburg und Dr. Jaffé-Hamburg, herausgegebene *Monatsschrift für sociale Medicin* (Jena, Gustav Fischer). Die neue Zeitschrift erinnert an den programmatischen Gedanken, den Dr. Salomon Neumann-Berlin im Jahre 1847 in seiner Schrift *Die öffentliche Gesundheitspflege und das Eigentum* entwickelte, dass die Medicin in ihrem innersten Kern und Wesen eine sociale Wissenschaft sei. Der jugendliche Stürmer und Dränger Rud. Virchow wird dann als ein epochemachender Bahnbrecher der sozialen Medicin in der neuen Zeitschrift dargestellt. Der Zeitschrift wäre im Interesse ihrer Fortentwicklung zu wünschen, dass sie ganz in die Fusstapfen dieses leidenschaftlichen, grundstürzenden Socialreformers vom Jahre 1848 tritt. Die Bedeutung eines harmonischen Zusammenwirkens von Arzt und Nationalökonom für die Befruchtung der sozialen Medicin erfasst sehr gut Dr. Friedrich Kriegel-Berlin. Eigentümlich berührt es uns, dass sich in der ersten Nummer der *Monatsschrift für sociale Medicin* der streitbare Leipziger wirtschaftliche Aerzteverband sofort breit macht. Die grossen Aufgaben der sozialen Medicin und die augenblicklichen Standesinteressen der Aerzte

können unter Umständen sehr hart zusammenstossen.

\*

In der socialpolitischen und juristischen Presse erheben sich jetzt zahlreiche Stimmen für eine **Vereinheitlichung der deutschen Arbeiterversicherung**. In der *Deutschen Juristenzeitung* vermisst Herr Amtsgerichtsrat Hoffmann jeden organischen grossen Zug an der Krankencassennovelle vom Jahre 1903. Sie trage durchaus den Charakter des zusammenhanglosen Details, des Flickwerks an sich. Es müsse endlich eine Einheit des Personenkreises in Kranken- und Invalidenversicherung geschaffen werden. Herrn Amtsgerichtsrat Hoffmann schwebt die Begründung localer Versicherungsinstitute vor, die neben den Functionen der Krankencassen auch die der Invalidenversicherungsanstalten erfüllen. Eine nicht unverdächtige reactionäre Seite tragen seine Vorschläge zur Schau: er betont, dass die zu schaffenden Einrichtungen schon durch die Art ihrer Organisation jeden politischen Missbrauch ausschliessen müssten. Unter dem Feldgeschrei *Die Arbeiterversicherungseinrichtungen werden zu politischen Zwecken ausgebeutet!* wurde ja auch bei der Beratung der letzten Krankencassennovelle der Kampf gegen die Selbstverwaltung der deutschen Krankencassen geführt. Und ein kritisches Lüftchen genügte schon, um das von Herrn Amtsgerichtsrat Hoffmann aufgerichtete Anklagematerial gegen die Krankencassenverwaltungen umzublasen. In der *Arbeiterversorgung* macht Herr Regierungsrat Dr. Zacher einen geschickten Vorstoss zugunsten der Vereinheitlichung der deutschen Arbeiterversicherung. Der Herr Regierungsrat lässt uns tief in die Misère der deutschen Arbeiterversicherung blicken: in das Chaos von Versicherungseinrichtungen. Wir haben in Deutschland 23 000 Krankencassen — darunter ganz lebensunfähige Zwergcassen unter 100 Mitgliedern. Jede dieser Cassen erfreut sich eines umständlichen Verwaltungsapparates. Die Unfallversicherung hat — ganz abgesehen von der Mitwirkung von 425 *Ausführungsbehörden* — mit ihren 113 Berufsgenossenschaften und 930 Sectionen neben einer grossen Beamtenschaft, deren Gehälter über 5 Mill. M. jährlich erfordern, rund 7000 Vorstandsmitglieder und 20260 örtliche Vertrauensmänner aufzuweisen. Die Invalidenversicherung ruht in den Händen von 31 Landesversicherungseinrichtungen und 9 besonderen Casseneinrichtungen. Das Verwaltungspersonal dieses Versicherungszweiges setzt sich aus 3000 Beamten, aus circa 1000 Vorstands- und Ausschuss-

mitgliedern und 12 380 Beisitzern bei den unteren Verwaltungsbehörden zusammen. Die Verwaltung besitzt 5000 Markenverkaufsstellen und über 7000 Beitragseinzugsstellen. Die jetzige uneinheitliche deutsche Arbeiterversicherung setzt ungefähr ein Verwaltungspersonal von kaum weniger als einer Viertelmillion Personen in Tätigkeit, und dennoch sind nur gegen 13 Millionen Arbeiter und Betriebsbeamte und 5 Millionen Unternehmer — und zwar nur gegen Unfall — versichert. Der territorialen Organisation der Versicherung wird wohl die Zukunft gehören. Die ständige Auflösung und Neubildung der Berufe in unseren Tagen der technischen Revolutionen lässt eine berufliche Organisation der Arbeiterversicherungseinrichtungen als unzweckmässig erscheinen. Wir deuteten an anderer Stelle schon die Richtung der Fortentwicklung unserer Arbeiterversicherungseinrichtungen an: die leistungsfähige allgemeine Ortskrankencasse müsste sich zu einer localen, alle Zweige der Arbeiterversicherung umspannenden Gesamtversicherungseinrichtung auswaschen. Vor allem dürfte aber bei einer tiefgründigen Reform der Arbeiterversicherung niemals die Demokratisierung der Versicherungsinstitute vergessen werden. Die sociale Versicherung hat bereits heute schon den engen Rahmen einer *Nurarbeiterversicherung* gesprengt. Wir müssen folgerichtig auf eine Versicherung der gesamten Bevölkerung lossteuern. Eine derartige, die zahlungsfähigen Elemente der Gesellschaft eingliedernde sociale Versicherung kann an eine befriedigende Lösung der Arztfrage und zahlreicher socialhygienischer Fragen gehen. In Italien hat der Socialpolitiker L. G. Profumo in Genua in seinem Werk *Die Arbeiterversicherung in der socialen Gesetzgebung* einen Wegweiser für den künftigen Gang der socialen Versicherung errichtet: die Concentration der finanziellen Mittel der Versicherungseinrichtungen und die Decentralisation der Verwaltung.

Die heutige Rechtsprechung in Arbeiterversicherungssachen hat in dem Arbeiterscretair Heiden-Frankfurt a. M. einen strengen Kritiker gefunden. Er rügt in der *Deutschen Krankencassenzeitung* an unseren Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung: 1. die Ueberlastung der Schiedsgerichte mit Berufungen, 2. die häufige Besetzung der Posten der Vorsitzenden mit jungen, den Arbeiterverhältnissen fremd gegenüberstehenden Assessoren, 3. die ungenügende, fast bedeutungslose, rein decorative Mitwirkung der Beisitzer in den Spruchsitzungen, 4. die viel-

fach oberflächliche, nur auf das ärztliche Gutachten fussende Begründung der Urteile, 5. die mitunter sehr mechanische Abschätzung der Folgen der Unfallverletzungen durch die Schiedsgerichte. Die Frage einer richtigen Bemessung der Folgen der Unfallschäden hat bereits Dr. Winter im April-Heft der *Socialistischen Monatshefte* lichtvoll erörtert.

Gehen wir nun auf die bemerkenswertesten Vorgänge der letzten Zeit auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung über, so sehen wir in der **Krankenversicherung** an zahlreichen Orten ein erfreuliches planmässiges Zusammenwirken der verschiedensten Cassenformen zum Zweck einer socialen Ausgestaltung der Krankenversicherung. Die im September in Breslau geschaffene Vereinigung aller Cassenverbände Deutschlands hat auf Antrag H. Sydows, des Herausgebers der *Deutschen Krankencassenzeitung*, den Namen *Centrale für das deutsche Krankencassenwesen* erhalten. Die *Centrale für das deutsche Krankencassenwesen* will in erster Linie eine Organisation der verschiedensten Cassenformen am Ort, die Begründung localer Centralcommissionen anregen. Sie strebt ferner den Zusammenschluss der Verbände der einzelnen Cassenformen, der provincialen Cassenvereinigungen etc. zu einer sich über Deutschland erstreckenden Cassenorganisation an. Diese Organisation, diese *Centrale* documentiert die innere Zusammengehörigkeit der Krankencassenmitglieder ganz Deutschlands auf dem periodisch einzuberufenden allgemeinen deutschen Krankencassencongress. In Stuttgart, Königsberg i. Pr., Hannover treten sehr tatkräftige Bestrebungen unter den Ortskrankencassenmitgliedern hervor, die eine Vereinigung der einzelnen Ortskrankencassen in eine allgemeine Ortskrankencasse ins Auge fassen. Socialpolitische Bahnen schlug die allgemeine Ortskrankencasse in Gera ein. Sie veranstaltete eine Wohnungsenquête, die sich über die Wohnungsverhältnisse von 177 Personen erstreckte. Diese Enquête zeigte die Hausungsverhältnisse der Geraer Krankencassenpatienten in einem wesentlich günstigeren Lichte, als die der erkrankten Cassenmitglieder Berlins, Strassburgs, Kiels etc. Eine gesundheitsgefährliche Ueberfüllung der Wohnungen wurde auch in Gera da und dort constatirt. Etwa 21 % der Cassenpatienten hatten kein Bett zur alleinigen Benutzung.

Die **Invalldenversicherung** Deutschlands spiegelt sich in ihren einzelnen Arbeitsgebieten sehr anschaulich in den amtlichen Nachrichten und Mitteilungen wieder, die

einige Landesversicherungsanstalten und Casseneinrichtungen über ihre Tätigkeit herausgeben. Die *Mitteilungen der Norddeutschen Knappschaftspensionscasse Halle a. S.* erscheinen bereits im 13. Jahrgang. Die Nr. 13 dieses Jahrgangs enthält interessante Abhandlungen über das Heilverfahren bei der Hanseatischen Landesversicherungsanstalt und über die Statistik der Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Casseneinrichtungen in den Jahren 1898 bis 1902. Die *Amtlichen Nachrichten der Landesversicherungsanstalt Hannover* enthalten in Nr. 4 vom 12. September 1903 eine Zusammenstellung der Aufwendungen für Renten und Beitragserstattungen der 31 Versicherungsanstalten und der 9 Casseneinrichtungen im Jahre 1902. Zur Aufklärung der Arbeitgeber und Versicherten über die Versicherungsgesetzgebung bringen die *Amtlichen Nachrichten* interessante Gerichtsentscheidungen.

Das Heilverfahren ist von der Invalidenversicherungsanstalt des Grossherzogtums Hessen in den letzten zwei Jahren recht erheblich ausgedehnt worden. Im Jahre 1902 übernahm diese Invalidenversicherungsanstalt das Heilverfahren in 1258 Fällen. Diese Anstalt wetteifert mit den social fortgeschrittensten Landesversicherungsanstalten in der Krankenfürsorge für lungenleidende Versicherte. Das Heilverfahren gereicht besonders der industriellen Bevölkerung zum Segen. Von den in Heilbehandlung genommenen Versicherten der Invalidenversicherungsanstalt des Grossherzogtums Hessen waren in der Industrie und dem Gewerbe 65,5%, in dem Handel und Verkehr 8,2, in der Land- und Forstwirtschaft nur 3,9% tätig. Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau hinkt auf dem Gebiete des Heilverfahrens sehr hinter der Invalidenversicherungsanstalt des Grossherzogtums Hessen her. Bei viel höheren Einnahmen gibt diese Anstalt absolut weniger für das Heilverfahren aus, als die Invalidenversicherungsanstalt des Grossherzogtums Hessen. Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau verausgabte 183572 M. für das Heilverfahren und nahm für diesen Posten 34980,62 M. ein. Diese Landesversicherungsanstalt hat wiederholt sehr scharfe Kritiken über sich von seiten der *Freien Vereinigung von Ortskrankencassen im Regierungsbezirk Wiesbaden* ergehen lassen müssen, weil sie dem Heilverfahren nicht die nötige Förderung angeeignet liess. Der Vorstand dieser Anstalt hat bedauerlicherweise die Eingabe der genannten *Freien Vereinigung von Ortskrankencassen* abschlägig beschieden, welche

die Landesversicherungsanstalt zur Errichtung einer eigenen Heilstätte aufforderte. Eine Tat dieser Anstalt verdient nur die Beachtung des Socialpolitikers: ihre Unterstützung der Walderholungsstättenbewegung.

Bei der Durchführung der **Unfallversicherung** spielt das Vertrauensarztssystem eine sehr verhängnisvolle, häufig getadelte Rolle. Wer sich die lohnende Mühe nimmt und die Berichte unserer deutschen Arbeitersecretariate durchblättert, der findet dort ein grosses Sündenregister über die Vertrauensärzte zusammengestellt. Jüngst beschäftigte sich nun der Berufsgenossenschaftstag in Bremen mit der Vertrauensarztfrage. Er versuchte festzustellen: 1. dass Beweise für die im Reichstag erhobenen schweren Angriffe gegen die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften nicht erbracht seien; 2. dass die Behauptung, wonach die Berufsgenossenschaften Vertrauensärzte anstellten, um die Rechte der Versicherten zu beeinträchtigen, beziehungsweise wonach die Berufsgenossenschaften diese Aerzte zu ungunsten der Versicherten zu beeinflussen suchten, eine irrivole, unbegründete Beschuldigung sei; 3. dass vielmehr die Anstellung beziehungsweise Zuziehung von Aerzten, die mit den Unfallsachen vertraut seien, in vielen Fällen geeignet erscheine, die Zahl derjenigen verletzten Arbeiter zu vermehren, welche ihrer Erwerbsfähigkeit wieder zugeführt werden könnten; 4. dass die Aufgaben der Vertrauensärzte vielseitig seien und in der Begutachtung der Erwerbsfähigkeit der Verletzten nur eine, und zwar keineswegs die wichtigste, dieser Aufgaben zu erblicken sei; 5. dass ferner nur ein Teil der Berufsgenossenschaften Vertrauensärzte angestellt habe und dass von diesen Aerzten zum Teil gar nicht einmal verlangt werde, in ihren Attesten die Einbusse an Erwerbsfähigkeit nach Procenten anzugeben; 6. dass eine Abhängigkeit der Vertrauensärzte in den meisten übrigen Fällen schon deshalb ausgeschlossen erscheine, weil die Zahl der gegen Gehalt angestellten sehr gering sei, die Honorierung vielmehr in der Regel je nach den Leistungen auf Grund der üblichen oder vereinbarten Sätze erfolge und die Tätigkeit für die Berufsgenossenschaften fast ausschliesslich eine nebenamtliche sei; 7. dass auch die Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamts keinen Anhalt für so schwere Anklagen biete. — Bei der nächsten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern müsste einmal ein Reichstagsabgeordneter aus den diesjährigen Berichten der deutschen Arbeitersecretaire das

ganze Anklagematerial über das Institut der Vertrauensärzte zusammenstellen, und dann dürften sich die Berufsgenossenschaften selbst von der Notwendigkeit, dieses Institut durch eine andere Einrichtung zu ersetzen, überzeugen.

Die Unfallverhütungsmassnahmen der Berufsgenossenschaften würdigen wir besonders in den *Socialistischen Monatsheften*. Soeben hat uns die Nahrungsmittelindustriberufsgenossenschaft den sehr eingehenden gediegenen Jahresbericht für 1902 über die Tätigkeit ihrer technischen Beamten zugestellt. Im verflossenen Jahr revidierten die Aufsichtsbeamten 1108 Katasterbetriebe mit 17917 Vollarbeitern, und zwar 498 Betriebe zum ersten Male, 293 zum zweiten, 162 zum dritten, 76 zum vierten Male etc. Ordnungsmässig befunden wurden nur 164 Katasterbetriebe. Die infolge der Betriebsrevisionen angeordneten Schutzvorrichtungen und Massnahmen wurden in der Form sogenannter *Auflagen* den Betriebsunternehmern besonders mitgeteilt. Dieser Erinnerung, dieser Auflagen gab es also bei 1108 revidierten Katasterbetrieben 9484. Zahlreiche Strafen — in einem Falle 750 M. Geldstrafe — wurden über nachlässige Unternehmer wegen Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften verhängt. Wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung erfolgten in 2 Fällen Bestrafungen. Einen grossen Raum des Berichts füllen die interessanten Ausführungen der Herren Berichtserstatter E. Bauer und G. Urban über technische Schutzvorrichtungen zur Verhütung der Unfälle aus. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass die Fahrstuhlverordnungen des Berliner Polizeipräsidiums in Bezug auf die Unfallverhütung geringere Anforderungen stellen, als die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft. Das Berliner Polizeipräsidium gab der Berufsgenossenschaft der Nahrungsmittelindustrie die Zusage, dass an die zuständigen Organe eine Anweisung, welche die weitergehenden Unfallverhütungsforderungen der Berufsgenossenschaft berücksichtigt, ergehen werde. Zur Verhütung der Unfälle soll der Jahresbericht — diese wichtige Anordnung ist sehr beachtenswert — in den Kreisen der Meister und Aufsichtsbeamten cursieren, damit diese die Arbeiter im Interesse einer umsichtigen und tatkräftigen Unfallverhütung über die Unfallgefahren aufklären und die Schutzvorrichtungen in stand halten können. Die sächsische Holzberufsgenossenschaft liess im verflossenen Jahr 198 Betriebe revidieren, in Ordnung wurden nur 45 Betriebe befunden. Die Revision der Betriebe muss, wenn sie

ihren Zweck erfüllen will, ihre Tätigkeit ganz gewaltig ausdehnen; denn von 2081 Maschinenbetrieben und 1403 Handbetrieben wurden eben nur 198 revidiert. Die Strassenbahn- und Kleinbahnberufsgenossenschaft hat im Jahre 1902 Unfallverhütungsvorschriften eingeführt. Zur Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften werden ehrenamtlich ernannte Betriebsleiter und berufsmässige technische Aufsichtsbeamte angestellt werden.

Ueber Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen verbreitet sich sehr eingehend der uns zugesandte Bericht des *Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens und verwandter Bestrebungen* in Hessen-Nassau. Der Bericht enthält eine Rede des Herrn Stadtrat Dr. Flesch über die Aufgabe der socialen Museen. Bei Gelegenheit der Frankfurter Unfallschutzausstellung im October 1901 regte Stadtrat Flesch bei den Ausstellern die Uebergabe der weniger wertvollen Ausstellungsobjecte, an ein in Frankfurt a. M. zu gründendes sociales Museum an. Seit längerer Zeit ist dieses Museum bereits eröffnet, und der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich dankbaren Herzens der wertvollen Anregungen, die er von diesem socialen Museum empfing. Ein reichhaltiges Material über das Gesamtgebiet der Arbeiterversicherung, über den Arbeiterschutz, über die Arbeiterbewegung, über den gemeinnützigen Wohnungsbau etc. findet dort der forschende Socialpolitiker zusammengestellt. »Die Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen«, so führte Dr. Flesch über die Aufgaben der socialen Museen aus, »sind das Experiment in der Volkswirtschaft. Experimente müssen aber planmässig gemacht werden. Soll das sociale Experiment wirklich fruchtbringend werden, so genügen nicht isolierte Arbeiten innerhalb einzelner Betriebe; es bedarf der Vorkehrungen zur Sammlung der Erfahrungen, die da und dort gemacht wurden, zur Vergleichung und zur Nachprüfung. Eine solche Organisation zur Erprobung und Vorbereitung des Fortschritts in unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung soll das sociale Museum sein. Es existieren bereits sociale Museen in Wien, München, Berlin, New York, Moskau u.s.w. Die socialen Museen wenden sich an alle: sie geben dem Gelehrten das wissenschaftliche Material zum Studium der socialen Fragen in die Hand, sie zeigen dem Arbeiter, was auf sozialem Gebiete bereits getan ist und was noch getan werden kann. . . . Und wenn draussen«, so schloss Stadtrat Flesch seine Rede, »ein wirkliches sociales Museum neben die bereits vorhandenen wissenschaftlichen

und künstlerischen Sammlungen getreten ist, dann wollen wir an die Tür das schöne Wort Lassalles schreiben *Der Wissenschaft und den Arbeitern.*« *Paul Kampffmeyer.*

### Sociale Communalpolitik

Die bayrische Regierung hat im Landtage einen Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer Grundwertabgabe, eingebracht, dessen Ziel es ist, den unverdienten Wertzuwachs unüberbauter Grundstücke zu besteuern. Die Grundwertabgabe soll nur in solchen Gemeinden zur Erhebung kommen, in denen die Bodenpreise entweder im ganzen Gemeindebezirke oder in Teilen desselben eine zur natürlichen Ertragsfähigkeit der Grundstücke ausser Verhältnis stehende Höhe erreicht haben. Nur unüberbaute Grundstücke oder solche, die diesen gleich zu achten sind, sollen besteuert werden. Von den zu einer überbauten Fläche gehörigen und mit dieser in Zusammenhang stehenden Hofräumen, Gärten, Lagerplätzen und dergleichen soll in der Regel keine Grundwertabgabe erhoben werden. Wenn jedoch diese unüberbauten Flächen nach den örtlichen Verhältnissen ungewöhnlich grosse sind, so ist die gesamte überbaute und unüberbaute Fläche zur Besteuerung heranzuziehen. Die Abgabe wird aber nur soweit erhoben, als sie bei Mietssteuerobjecten den einfachen Betrag der veranlagten Haussteuer übersteigt. Auch solche überbaute Flächen, bei denen die bauliche Ausnutzung mit Rücksicht auf ihren Bauplatzwert eine unverhältnismässig geringe ist, sollen der neuen Abgabe unterworfen werden. Befreit von ihr sollen dagegen sein: erstens die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Strassen, Wege, Plätze, Bahnhöfe und Eisenbahnanlagen, die öffentlichen Park- und Gartenanlagen und Begräbnisplätze, sowie zweitens Grundstücke, welche den gleichen Zwecken, wie die gesetzlich von der Haussteuer befreiten Baulichkeiten, oder den Zwecken der öffentlichen Arbeiterversicherung oder zur Erbauung von Kirchen unmittelbar zu dienen haben, ferner Grundstücke, die sich im Besitz gemeinnütziger Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereine befinden, wenn sie nachweislich zur Errichtung gesunder und billiger Kleinwohnungen für minder Bemittelte bestimmt sind, schliesslich die nicht bereits erwähnten im Eigentum des Staates, der Gemeinden, der Districts- und Kreisgemeinden befindlichen Grundstücke.

Bei der Einführung der Grundwertabgabe liess sich die Regierung von dem Gedanken leiten, dass die bestehende Grundsteuer für

Grundstücke, für die nicht mehr die landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit, sondern andere preissteigernde Factoren den Wertmesser bilden, im Verhältnis zum Werte des Besteuerungsobjectes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Besitzers zu gering sei. Es erschien ihr daher geboten, die bestehende staatliche und communale Belastung durch eine neue Steuer zu verstärken. Von der Grundwertabgabe sollen nicht nur solche Grundstücke ergriffen werden, die offensichtlich Speculationsobjecte und Bauplätze sind, sondern auch solche Flächen, die einen aussergewöhnlichen Wertzuwachs aufweisen, vielleicht aber noch landwirtschaftlich oder gärtnerisch benützt werden. Bei diesen ist eben die bestehende Grundsteuer gleichfalls unzulänglich. Eine Unterscheidung zwischen offener und stiller Speculation ist praktisch aber nicht durchführbar.

Die Erhebung der Grundwertabgabe soll nicht dann schon eingeführt werden, wenn einzelne Grundstücke einen aussergewöhnlichen Wertzuwachs aufzuweisen haben. Voraussetzung ist, dass die Bodenpreise innerhalb einer ganzen Gemeinde oder in Teilen der Gemeinde eine zur natürlichen Ertragsfähigkeit des Grundstückes ausser Verhältnis stehende Höhe erreicht haben. Diese Voraussetzung ist nach dem Entwurf in Gemeinden mit mehr als 15000 Einwohnern in der Regel als gegeben anzunehmen, ist aber vorher ausserdem noch durch die Gemeindevertretung und die Behörden der inneren Verwaltung festzustellen. Das Rentamt hat nämlich die Bodenpreise und den Umfang der für die Abgabe voraussichtlich in Betracht kommenden Grundflächen im allgemeinen zu ermitteln und die Erhebungen der Gemeindevertretung, in den Gemeinden, die einer Kreisregierung nicht unmittelbar unterstellt sind, auch der Districtsverwaltungsbehörde, zur Aeusserung mitzuteilen. Die Magistrate haben sich im Benehmen mit den Gemeindebevollmächtigten, in den Gemeinden mit Landgemeindevorfassung der Gemeindeausschuss beziehungsweise links des Rheines der Gemeinderat, zur Sache zu äussern. Die Verhandlungen sind dem Finanzministerium vorzulegen, das dann in Verbindung mit dem Staatsministerium des Innern über die Einführung der Grundwertabgabe und den Zeitpunkt, mit dem die Abgabepflicht zu beginnen hat, beschliesst. Das Finanzministerium, gleichfalls in Verbindung mit dem Ministerium des Innern, setzt in den Gemeinden, in denen eine Grundwertabgabe zur Erhebung kommen soll, eine bestimmte Wertgrenze fest, die nach Massgabe der örtlichen Verhältnisse

verschieden ist. Alle Grundstücke, deren Wert unter dieser Wertgrenze bleibt, sollen von vornherein von der Grundwertabgabe befreit sein. Daraus ergibt sich, dass landwirtschaftliche Grundstücke, die, wie zum Beispiel Weinberge oder Hopfengärten in ausgezeichneten Lagen oder besonders ertragreiche Wiesen, einen relativ hohen Wert haben, nicht schon deshalb, weil sie teurer als andere Grundstücke bezahlt werden, der Grundwertabgabe unterliegen. Die Preisbildung, die der Entwurf im Auge hat, muss vielmehr unabhängig von der landwirtschaftlichen Bonität durch andere Umstände, namentlich durch die vermehrte Bautätigkeit oder das Eingreifen der Speculation beeinflusst sein. Das kann natürlich ebenso gut in kleineren Orten, wie in grösseren Städten eintreten. Die Grundwertabgabe stellt deshalb nach der Ansicht der Regierung nicht ausschliesslich eine weitere Belastung der städtischen Bevölkerung dar.

Die Grundwertabgabe beträgt 1 M. vom Tausend des im Wege der Schätzung ermittelten Verkehrswertes. Ein Schuldabzug soll nicht stattfinden. Der Staat zieht die Steuer ein. Der Ertrag soll nach Abrechnung von 10 % für Veranlagungs- und Erhebungskosten zur Hälfte dem Staate, zur anderen Hälfte den Gemeinden zufließen.

Wie der Finanzminister in seiner Begründungsrede sagte, ist die Steuer mit Rücksicht auf die Natur der Grundwertabgabe und die Art ihrer Veranlagung zunächst für den Staat in Anspruch genommen worden — auch eine echt ministerielle Begründung! Die neue Grundwertabgabe ist also keine communale, sondern eine staatliche Steuer, wie dies durch die Art ihrer Einführung, Veranlagung etc. bewiesen wird. Gerade an diesem Punkte setzte die Kritik im bayrischen Landtag mit Recht ein. So übereinstimmend die Redner der verschiedenen Parteien mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden waren, so übereinstimmend tadelten sie, dass den Gemeinden nur die Hälfte des Reinertrages der Steuer zufließen solle. Der socialdemokratische Abgeordnete Segitz behandelte diesen Punkt besonders ausführlich. Er wies darauf hin, dass gerade die Gemeinden durch ihre Aufwendungen, wie Strassenbahn, Canalisation etc., den Wert des Grund und Bodens steigern. Dabei wüchsen die Aufgaben der Gemeinden von Jahr zu Jahr, immer neue Lasten würden ihnen aufgebürdet, ohne dass ihnen auch neue Einnahmen zuflössen. Da könnte ihnen nun durch die neue Grundwertabgabe eine reichfließende Steuerquelle erschlossen werden, allerdings unter der Voraussetzung, dass der

Steuersatz wesentlich gegenüber dem, des Entwurfes erhöht würde. Der Abgeordnete Segitz wies ferner darauf hin, dass die Grundwertabgabe auch in Orten mit weniger als 15 000 Einwohnern, wie zum Beispiel in den nicht einverleibten Vororten der Grosstädte, durchaus angebracht sei, da hier die Terrainspeculation mindestens den gleichen Umfang angenommen habe. In der Discussion wurde noch auf einen weiteren schweren Mangel des Gesetzes hingewiesen: das Fehlen jeder Progression. Diesem Mangel wird dadurch nicht abgeholfen, dass alle fünf Jahre und bei besonderen Verhältnissen auch in kürzeren Zwischenräumen eine Revision der Grundwertabgabe stattzufinden hat. Es wird auf diese Weise wohl das schnellere Anwachsen des Grundwertes erfasst; der socialpolitisch wertvolle Grundsatz aber, den grösseren Besitz, also auch den grösseren Speculationsbesitz, schwerer zu belasten, bleibt unverwirklicht. Alles in allem haben wir es in dem bayrischen Geszentwurf mit einem jener schwächlichen Versuche zu tun, den Pelz der Bodenspeculation zu waschen ohne ihn nass zu machen. Das eine Promille, mit dem die Bodenwerte belastet werden sollen, wird den Speculanten nicht wehe tun, von ihnen aber ganz sicher auf die zukünftigen Mieter abgewälzt werden. Die Grundwertabgabe verstösst eben gegen den wichtigsten Satz, der für die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses gilt, sie belastet sämtliche Grundstücke, soweit sie als Bauplätze in Betracht kommen, anstatt den Wertzuwachs des einzelnen Grundstückes jedesmal dann zu fassen, wenn er durch einen Besitzwechsel etc. offensichtlich wird.

\*

Der *Verein für Socialpolitik* will über die rechtlichen und socialen Grundlagen der **Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der deutschen Städte** Erhebungen anstellen und hat dafür *leitende Gesichtspunkte* aufgestellt. Es handelt sich bei diesen Untersuchungen um eine doppelte Aufgabe. Es soll für die einzelnen Gebiete respective Städte gezeigt werden, welche wirtschaftlichen Verhältnisse, welcher Wohlstand, welche Hilfsquellen und Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sind und den Hintergrund der socialen Erscheinungen im städtischen Leben bilden. Es soll dann zweitens nachgewiesen werden, wie die rechtlich bestehende Verfassung und Verwaltung der Stadt sich unter dem Einflusse dieser wirtschaftlichen Zustände und socialen Classen, dieser socialen Gegensätze und ihrer Kämpfe, gestaltet hat. Es wird sich weiter aber auch darum handeln, zu zeigen,



wie die grossen principiellen Fragen der städtischen Rechts- und Verfassungsgeschichte und ihre historisch und geographisch verschiedene Lösung, wie zum Beispiel strenge oder lose Unterordnung unter die staatliche Obergewalt, verschiedene Wahlsysteme, Verwaltung durch bezahlte Beamte oder durch ehrenamtliche Notable, wirken und in Zusammenhang stehen mit den socialen Zuständen respective auf diese und ihre Folgen umgestaltend einwirken können. Damit sind den Bearbeitern hochinteressante, aber auch nicht leichte Aufgaben gestellt. Ihre Lösung ist nicht möglich, ohne dass sie die politische Parteigeschichte des Landes, wie der einzelnen Städte zur Darstellung bringen. Die Beurteilung derselben setzt einen bestimmten politischen Standpunct der Bearbeiter voraus. Ein solcher wird auch in den *leitenden Gesichtspuncten* den Bearbeitern suggeriert. Zunächst wird die Behauptung aufgestellt, dass die Selbständigkeit der Städte gegenüber einer centralen Regierung in ihrem Innern eine oligarchische Classen- und Vetternherrschaft erzeugt habe, die nur im schweren Kampfe durch die emporkommende Staatsgewalt von 1680 bis 1850 hätte beseitigt werden können. Der Liberalismus und Radicalismus des XIX. Jahrhunderts hätte dann mit Recht gegen die weitgehende staatliche Bevormundung gekämpft, aber darin gefehlt, dass er das eigentliche Geheimnis guter Selbstverwaltung in der vollsten Unabhängigkeit gegenüber der Regierung gesehen habe. Wir können hier nicht nachweisen, wie durchaus schief, ja geradezu falsch dieser historische Ueberblick ist. Es sei hier nur darauf hingewiesen, wie sich die leitenden Grundsätze im Fortgang selbst in den schärfsten Gegensatz zu dieser Auffassung setzen. Nachdem ein Wort E. Meiers zustimmend citirt worden, dass eigentlich alle Selbstverwaltung leicht zur Classenherrschaft werde, wenn nicht die staatliche Controle es hindere — als ob nicht alle Verwaltung in einem Classenstaat Classenherrschaft wäre — wird der deutschen Gesetzgebung des XIX. Jahrhunderts das Lob ausgesprochen, dass sie sich von der darin ausgesprochenen Maxime habe leiten lassen. Und in welcher Weise? Indem sie »ein erhebliches Mass der Staatscontrole der Gemeinden beibehielt, vor allem den Gemeinsinn der Bürgerschaft zu heben suchte, Stadtvertretung und Stadtmagistrat in richtige Verbindung bringen wollte, überwiegend aber den Einfluss den Hausbesitzern und reicheren Classen durch das Wahlrecht sicherte«. Das heisst doch nichts anderes, als dass die deutsche Gesetzgebung die

Selbstverwaltung dadurch hinderte, Classenherrschaft zu werden, dass sie privilegierte Classen schuf und ihnen den vorwiegenden Einfluss sicherte! Dann fällt aber den *leitenden Gesichtspuncten* wieder ein, dass der Einfluss der Hausbesitzer von Socialpolitikern als geradezu verhängnisvoll für die Stadtverwaltung bezeichnet wird, und so schreiben sie denn: »es wird hauptsächlich zu erörtern sein, wie weit der letztere Umstand günstig oder ungünstig gewirkt hat«. Das eine können sich aber die Bearbeiter doch daraus abstrahieren, dass die weitgehende staatliche Controle über die Gemeindeverwaltung, wie sie in Deutschland vorhanden ist, für sie als zweckmässig und richtig gelten soll. Ganz das Gleiche trifft auch auf die Ausführungen über das Gemeindegewahlrecht zu, mit dem sich die *leitenden Gesichtspuncte* dann beschäftigen. Einerseits »hat ein abgestuftes Gemeindegewahlrecht den guten Sinn, den grösseren Steuerzahlern und den Gebildeten, sowie den dauernden Elementen der Bürgerschaft einen erheblichen Einfluss zu sichern, das Parteitreiben und das Demagogentum zurückzudrängen«, andererseits kann es auch zu Classenmissbräuchen aller Art führen. Aber die stille Vorliebe für das abgestufte Gemeindegewahlrecht drängt auch aus dem anscheinend so objectiven Abwägen des *Einerseits-andererseits* hervor.

Der Plan der Bearbeitung rollt dann in 7 Abschnitten die gesamte Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der deutschen Städte auf: Stadtgebiet, Vertretung der Bürgerschaft, Gemeindevorstand und Gemeindebeamte, Verhältnis des Gemeindevorstandes zu der Gemeindevertretung, Heranziehung der Bürger zu den anderen städtischen Ehrenämtern, Verhältnis der Stadt zu den umliegenden Landgemeinden, Verhältnis der Städte zu der Staatsregierung. Soll die Untersuchung des *Vereins für Socialpolitik* mehr sein, als eine trockene Sammlung und Darstellung des Materials, so kann es sich nur um eine Bearbeitung desselben nach bestimmten politischen Grundsätzen handeln. Und wenn die Bearbeiter von dem Leiter der Untersuchung nicht nach der Uebereinstimmung mit seinem oder irgend einem bestimmten politischen System ausgewählt werden, so muss die Enquête zu einer Sammlung der widersprechendsten Urteile werden. Geschieht es aber, so muss die Untersuchung durch diese Einseitigkeit überall da Widerspruch erregen, wo gerade in einem anderen politischen System das Heil erblickt wird.

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hatte sich am 23. September mit der Neuordnung des Schulgeldes zu beschäftigen. Wir haben schon in einer früheren Rundschau die Versuche des Magistrats geschildert, eine Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen durchzusetzen. Die Magistratsvorlage war dem Finanz- und dem Schulausschusse überwiesen worden, deren Anträge nunmehr zur Verhandlung kamen. Von seiten des socialdemokratischen Vertreters war der Antrag gestellt worden, eine Abstufung des Schulgeldes nach Steuerstufen vorzunehmen. Die Gründe, mit denen die Commission diesen Antrag ablehnte, verdienen es, hier erwähnt zu werden. Nach Angaben des Magistratsvertreters hält die Staatsbehörde daran fest, dass eine Bemessung des Schulgeldes nach Steuerstufen sich mit dem Communalabgabengesetz nicht vertrage, dass vielmehr nur eine Berücksichtigung Unbemittelter zulässig sei. In Crefeld habe man infolgedessen eine Degression des Schulgeldes bei Einkommen von 3600 M. abwärts vorgenommen. Der Commission erschien es nun als eine Beleidigung des mittleren Bürgertums, die Eltern bis zu einem Einkommen von 3600 M. als Unbemittelte zu bezeichnen und zu behandeln, und sie zog es daher vor, lieber ganz auf die Abstufung des Schulgeldes zu verzichten. Dabei hing sie diesem Verzicht das Mäntelchen um, dass es auch bei dem Crefelder System unmöglich sei, die hohen Vermögen höher heranzuziehen. Da die Commission den Antrag des Magistrats auf Vereinheitlichung und Erhöhung des Schulgeldes nicht annehmen wollte, selber aber nicht Besseres vorzuschlagen hatte, so blieb es bei den alten Verhältnissen und Ungleichheiten.

**Kurze Chronik.** Der Rat der Stadt Leipzig hat dem *Verein für Arbeitslosenversicherung* für die nächsten drei Jahre je 5000 M. Beihilfe und mietfreie Expeditionsräume zugesagt. — Die Dresdener Stadtverordnetenversammlung hielt an ihrem Beschlusse, den städtischen Arbeitern die Mitgliedschaft bei Consumvereinen zu verbieten, fest. — Das Gemeindecollgium in München hat den socialdemokratischen Antrag, den unrentablen Sonn- und Feiertagtarif der elektrischen Trambahn wieder aufzuheben, abgelehnt. — Die Stadt Sonneberg hat das Gaswerk um 600 000 M. angekauft. — Der Bericht des chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Dresden für 1902 constatirt, dass trotz 10 jähriger intensiver Controle nicht die mindeste Besserung der Milch zu verzeichnen sei;

selbst mehrfach ertappte Fälscher zahlen anstandslos die auferlegten Geldstrafen und pantschen auf gut Glück ruhig weiter! — Herr Max May macht uns darauf aufmerksam, dass bei der Besprechung der Heidelberger Wohnungsuntersuchung (*Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 790—791) ein Irrtum untergelaufen ist. Die von der Sparcasse erbauten Häuser sind nicht vierstöckig, sondern zweistöckig; es handelt sich dabei um 6 Häuser, die auf jeder Etage zwei abgeschlossene Wohnungen haben.  
Hugo Lindemann.

### Socialistische Bewegung

In Olten wurde am 4. October ein Parteitag der schweizerischen Socialdemokratie abgehalten. Von besonderem Interesse war die Discussion über das Militairwesen; der Referent, Genosse Gustav Müller-Bern, ist Artilleriemajor der Miliz. Er sowohl als Greulich betonten, dass die schweizerische Demokratie es wert sei, von socialistischen Wehrmännern mit der Waffe in der Hand verteidigt zu werden. Müller schloss mit den Worten: »Wir wollen ein schlagfertiges, tüchtiges Volksheer auf der Grundlage des Milizsystems, aber fort mit militairischen Auswüchsen und nieder mit dem volksfeindlichen Scheinwesen des Militarismus!« Nach ihm referierte Rapin-Lausanne über dasselbe Thema in französischer Sprache. Die einstimmig angenommene Resolution über das Militairwesen lautet:

»Die socialdemokratische Partei kämpft für eine Gesellschaftsordnung, die, wie sie die Classengegensätze innerhalb eines Volkes aufhebt, auch die Ursachen der feindlichen Beziehungen zwischen den Völkern beseitigt; sie erklärt sich daher als Anhängerin des internationalen Friedens, der internationalen Schiedsgerichte, der allgemeinen Abrüstung und als Gegnerin des Militarismus, solange diese Grundsätze nicht verwirklicht sind. Unter dem Zwange des gegenwärtigen Zustandes anerkennt die socialdemokratische Partei die Notwendigkeit der Organisation der Wehrkraft des Landes. Dieselbe soll beruhen auf dem Milizsystem und auf einer Militairverfassung, in welcher die Rechte und Pflichten des Staates und der Bürger genau festgestellt werden. Daraus ergeben sich für die socialdemokratische Partei folgende Forderungen: 1. Das eidgenössische Militairbudget darf jährlich in Friedenszeiten das Maximum von 20 Millionen Franken nicht übersteigen. 2. Sobald die ausserordentlichen Auslagen für das Militairwesen für ein Jahr den Betrag einer Million Franken übersteigen, unterliegt die Bewilligung derselben der

Volksabstimmung. Diese beiden Vorschläge sind sofort auf dem Wege der Volksinitiative anzubegehren. 3. Die Ausrüstung, Ausbildung und Organisation des Heeres sind unseren Verhältnissen anzupassen nach folgenden Grundsätzen: Beschränkung der Ausbildung auf das für den Ernstfall Notwendige; Verkürzung der gesamten Dienstzeit, aber Concentration derselben auf die ersten Jahre der Dienstpflicht; Bekleidung und Ausrüstung durch den Bund und einzig nach den Anforderungen des Feldes bestimmt; gleichmässige Ernährung der Officiere, Unterofficiere und Soldaten; Abschaffung der Militärjustiz in Friedenszeit; Eintreten des Staates bei Unbemittelten für die ökonomischen Folgen des Militärdienstes; Demokratisierung des gesamten Heerwesens, aber mit ständiger Besetzung der obersten Heeresleitung und der höchsten Commandostellen — Generalstabdienst und Divisionscommandos Lebensberuf —; Kampf gegen den Missbrauch der in der militairischen Hierarchie jedem einzelnen Vorgesetzten verliehenen Gewalt, die tatsächlichen und moralischen Misshandlungen der Soldaten, die Paradespielereien in der Ausbildung und Bekleidung, alle die Auswüchse, die bei dem Begriff *Militarismus* zusammengefasst werden; die Verwendung des Militairs zu Polizeidiensten bei Strikes und Aussperrungen ist unzulässig.«

**Kurze Chronik.** In Reims tagte der Congress des *Parti socialiste de France* (Guesdisten und Blanquisten). Der neue Programmentwurf wurde zwar, als zu viele *innerhalb der capitalistischen Gesellschaft ja doch nicht durchführbare* Reformen enthaltend, lebhaft kritisiert, schliesslich aber mit einigen Aenderungen einstimmig angenommen. Eine unter den Delegierten veranstaltete Sammlng zu gunsten des Organs der Partei, des Wochenblattes *Le Socialiste* ergab 350 fr. — Anlässlich der Reise des Czaren nach Oesterreich fanden in Wien und Prag massenhaft besuchte socialdemokratische Protestversammlungen statt. — In Ungarn wurden am 28. September 38 socialdemokratische Volksversammlungen abgehalten; jene in Budapest war über 10 000 Teilnehmer stark. In all diesen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, welche das allgemeine, gleiche, directe und geheime Wahlrecht fordert. — Die spanische Socialdemokratie veranstaltete eine Urabstimmung über die Frage eines Bündnisses mit den Republikanern; 50 Kreise stimmten dagegen, 26 dafür, 2 enthielten sich. Mit Ja stimmten unter anderen Madrid und Barcelona. —

In Tammerfors fand vom 30. August bis zum 2. September der Parteitag der finländischen Socialdemokratie statt. Zur Partei gehören 59 Vereine mit rund 10 000 Mitgliedern. Die russische Regierung liess den Congress ungehindert tagen, da sie, ähnlich wie seinerzeit in den baltischen Provinzen das Volk gegen Adel und Bürgertum, die Finen gegen die Schweden auszuspüren versucht. Der Parteitag beschloss, den Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht aufzunehmen, und forderte die Arbeiter und die redlichen Elemente aller Stände zur Teilnahme auf; für den äussersten Notfall wird mit dem Generalstrike gedroht: in der gegenwärtigen Lage Finlands ein seltsamer Einfall, auch wenn Finland nicht überwiegend ein bäuerlich-agrarisches Land wäre. — In mehreren Stadtgemeinden Dänemarks fanden Communalwahlen statt: die Socialdemokraten erzielten schöne Erfolge. — Von den vier neugewählten Socialdemokraten im norwegischen Storting ist einer, Genosse J. Berge, ein katholischer Priester. — Das October-Heft der *Independent Labour Party News* wendet sich mit beissender Schärfe gegen die *Social Democratic Federation*; es wirft ihr vor, dass sie, um Hyndmans Wahl ins Parlament durchzusetzen, in unwürdiger Weise um die Gunst der Liberalen bettelt. »Nie in unserer Geschichte ist das rote Banner so in den Kot gezogen worden.« — Beim deutschen Parteivorstand ist ein Schreiben der socialistischen Kirche Neuseelands eingetroffen, worin die deutschen Genossen zu ihrem Wahlsieg beglückwünscht werden. — Die etwa vor Jahresfrist gegründete *New Zealand Socialist Party* hat ihren ersten Wahlerfolg hinter sich: bei den Gemeinderatswahlen in Wellington, der Hauptstadt Neuseelands, stellte sie zwei Candidaten auf, wovon einer mit starker Mehrheit gewählt wurde. Gleichfalls in Wellington fand eine Disputation zwischen der *New Zealand Socialist Party* und dem Discutierclub der Victoria-Hochschule statt. Die These der Socialisten lautete: *Das wahre Heilmittel für die Kämpfe zwischen Capitalisten und Arbeitern ist der Collectivismus*. Drei Richter waren bestellt; sie fällten den Spruch, dass die Socialisten ihre These bewiesen haben. — In Britisch Columbia, dem westlichsten Staat des canadischen Bundes, wurden zwei Socialisten und ein *Labour man* in den Landtag gewählt. — Zwischen der russischen Partei der socialistischen Revolutionäre und der revolutionären ukrainischen Partei (*R. U. P.*) wurde ein Bündnis zu gegenseitiger Hilfe-

leistung abgeschlossen; die russische Partei der socialistischen Revolutionäre verbreitet dort, wo sie unter der ukrainischen das heisst ruthenischen Bevölkerung Verbindungen hat, die Schriften der *R. U. P.* — Der georgische Genosse Noah Geordania, der zu drei Jahren Verschiebung nach dem nord-ostrussischen Gouverneme Wjatka verurteilt worden war (also nach einem Gebiet mit sehr rauhem, für einen Südländer schlechthin mörderischem Klima), ist glücklich entflohen.

*Ladislau Gumpłowicz.*

### Gewerkschaftsbewegung

Zu den alljährlichen Veröffentlichungen, die über das Wirken der deutschen Gewerkschaften zuverlässige Aufschlüsse geben, gehören die durch die *Generalcommission* bearbeiteten **Strikestatistiken**, deren neueste für 1902 in Nr. 38 des *Correspondenzblattes* erschienen ist. Allerdings gibt sie kein vollständiges Bild dieses Wirkens auf dem Gebiete der Lohnbewegungen; ein gut Teil der letzteren, in zahlreichen Organisationen sogar der grössere Teil, vollzieht sich in äusserlich friedlichen Formen, ohne dass es dabei zur Arbeitseinstellung kommt, und an Bedeutung sind viele dieser Lohnbewegungen, wie zum Beispiel die jüngste erfolgreiche Tarifbewegung der Buchbinder in den 3 Hauptorten des Berufs, den meisten Strikes sicherlich überlegen. Es kann daher mit Freude begrüsst werden, dass die *Generalcommission* eine Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Strikestatistik nach seiten der friedlichen Lohnbewegungen hin zu erreichen sucht. Die Strikestatistik des Jahres 1902 hat ergeben, dass die Strikes an Zahl und Umfang dem Vorjahr gegenüber wieder zugenommen haben, hinsichtlich der Dauer aber etwas zurückgeblieben sind. Gezählt wurden 861 (289 Angriffs- und 572 Abwehr-) Strikes mit 55713 Beteiligten, 3224 Wochen Gesamtdauer und 2 237 504 M. Gesamtkosten (gegenüber 727 Strikes mit 48522 Beteiligten, 3283 Wochen Gesamtdauer und 2 515 888 M. Kosten im Jahre 1901). Diese Zunahme der Strikes fällt aber lediglich auf die Gruppe der Abwehrstrikes, während die Zahl der Angriffsstrikes absolut wie relativ zurückging (von 291 auf 289 oder von 40 auf 33,6% aller Strikes). Die lebhaftere Strikebewegung ist also zumeist auf Provocationen der Unternehmer zurückzuführen, und zwar vor allem auf Lohnreduktionen (64 Fälle mehr), Massregelungen (19 Fälle mehr), Aussperrungen (21 Fälle mehr) und Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Arbeitsbedingungen (25 Fälle mehr). Indes ist die Beteiligungsziffer auf seiten der An-

griffsstrikes gestiegen (von 22761 auf 32659), woraus ersichtlich ist, dass die Gewerkschaften sich bei ihrem angriffsweisen Vorgehen auf wenige grössere Gruppen beschränkten, also die Chancen des Erfolges vorsichtiger abwogen.

Unter den Ursachen der Strikes treten die Lohnfragen am meisten hervor. Lohn-erhöhung allein oder verknüpft mit Arbeitszeitverkürzung führte zu 235 von 289 Angriffsstrikes, und Lohnreducierung verursachte 213 der 436 Abwehrstrikes, bei welchen noch die Massregelungen (60) stärker in Frage kommen. Der Kampf wurde also überwiegend um die Lohnhöhe geführt; doch darf nicht unerwähnt bleiben, dass die scharfe Zuspitzung der principiellen Gegensätze in der grossen Zahl der ausgesperrten Arbeiter (8460) zum Ausdruck gelangt.

Hinsichtlich der Erfolge der Strikes wird berichtet, dass 350 Strikes (47,2%) vollen Erfolg und 156 (19,5%) teilweisen Erfolg hatten, während 296 (36,9%) erfolglos endeten. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang der völlig und teilweise erfolgreichen Strikes zu verzeichnen, der Anteil der erfolglosen Strikes stieg von 32,6 auf 36,8%. Auch war dieser Anteil im Jahre 1902 grösser, als im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1902 (28,8%). Diese ungünstige Verschiebung ist nicht bloss hinsichtlich der Abwehr-, sondern auch der Angriffsstrikes eingetreten. Es ist der Stand der ungünstigen Conjunctur, der in diesen Zahlen deutlich zum Ausdruck kommt.

Die meisten Strikes kamen vor in den Berufen der Maurer (176 mit 15 892 Beteiligten), Holzarbeiter (124 mit 3175 Beteiligten) und Metallarbeiter (122 mit 9561 Beteiligten). Grössere Teilnahme weisen noch auf die Strikes der Textilarbeiter (30 mit 5293 Beteiligten) und Bauarbeiter (25 mit 6305 Beteiligten). — Die Summe der verlorenen Arbeitszeit ist für 749 Strikes, 48 153 Strikende festgestellt; sie beträgt 964 317 Tage; der hierdurch verlorene Arbeitsverdienst wird auf 3 759 350 M. beziffert.

Die Zahlen der gewerkschaftlichen Strikestatistik weisen erhebliche Abweichungen gegenüber denen der amtlichen Statistik auf. Dies ist schon daraus erklärlich, dass bei ersterer nur die Strikes und Aussperrungen in den der *Generalcommission* angeschlossenen Verbänden gezählt sind, während die amtliche Statistik auch die in anderen Organisationen, sowie die gänzlich organisationslosen Strikes ermittelt. Auch führen die unterschiedlichen Zählungsmethoden zu zahlreichen Abweichungen. Daneben aber ergibt sich aufs neue, dass

die amtliche Statistik keineswegs von allen Strikes unterrichtet ist und über zahlreiche Strikes Angaben enthält, die mit den zuverlässig geführten Listen der Gewerkschaften nicht übereinstimmen. Die Mangelhaftigkeit des amtlichen, aus polizeilichen Ermittlungen stammenden Materials wurde bereits durch einen vorjährigen Vergleich der *Generalcommission* schlagend nachgewiesen. Diese Mängel können aber nicht ausbleiben, solange die amtliche Statistik weniger rein statistischen Zwecken dient, als vielmehr unter dem Gesichtspunct der Materialbeschaffung für neue Strikeverfolgungsgesetze zusammengestellt wird. Es wäre dringend zu wünschen, dass die Reichsregierung mit dieser gehässigen Tendenz endgiltig bricht und eine wahrheitsgemässe Strikestatistik, frei von polizeilichen Nebenabsichten, unter Mitwirkung der Strikeinteressenten schafft.

\*

Das bedeutendste Ereignis auf gewerkschaftlichem Gebiete war der vom 7. bis zum 13. September in Leicester tagende **britische Gewerkschaftscongress**. Drei Fragen standen im Mittelpunkt der Verhandlungen des selben: die Zollfrage, die Schaffung einer unabhängigen Arbeiterpartei und die Frage des Gewerkschaftsrechts. Beim ersten Punct handelte es sich um einen Protest gegen Chamberlains zollpolitische Pläne, die einen Bruch mit Englands bisheriger Freihandelsstellung herbeiführen sollen. Der Congress discutierte nicht lange darüber, sondern erteilte Chamberlain eine nach Form und Inhalt unverblümete Absage. So sehr diese Art der Erledigung der Popularität des Freihandelsgedankens in England entspricht, so hätten doch die gegenwärtigen industriellen Verhältnisse Englands eine eingehendere Erörterung verlangt, nicht, weil dann das Urteil einer Begünstigung der Zollpolitik entsprochen hätte, sondern, weil dann die wirklichen Ursachen der Ueberflügelung Englands auf dem Weltmarkt aufgedeckt und andere Wege zur Heilung von innen heraus gezeigt werden mussten. — Für die Schaffung einer unabhängigen Arbeitervertretung sprach sich der Congress mit 200 Delegierten gegen 92 und mit 506 000 gegen 285 000 Stimmen aus. Ein Zusatzantrag, dass die Candidaten nur berufstätige Arbeiter oder bezahlte Angestellte ihrer Gewerkschaft sein dürfen, wurde abgelehnt. In der Frage des Gewerkschaftsrechts sprach sich der Congress entschieden gegen die richterlichen Entscheidungen der letzten Jahre aus und verlangte die Wiederherstellung der früheren Immunität der Gewerkschaften gegen Schaden-

ersatzansprüche. Das parlamentarische Comité des Congresses wird beauftragt, alle Parlamentscandidaten um ihre Stellung zu dieser Sache zu befragen und danach die Stimmparole auszugeben. — Eng mit dieser Angelegenheit verknüpft ist die Untersuchung der Regierung über die Gewerkschaftsfrage, wofür eine Commission eingesetzt ist, der kein einziger Gewerkschafter, dafür aber lauter Gewerkschaftsgegner angehören. Der Congress beschloss, dass kein Arbeitervertreter Zeugnis vor dieser Commission ablegen darf. — Weitere Beschlüsse des Congresses beziehen sich auf den Schutz der Bergarbeiter, der Eisenbahner, auf die Wohnungsfrage, auf den gesetzlichen Achtstundentag, auf Schiedsgerichte für internationale Streitigkeiten zwischen Staaten, auf die Erweiterung der Fabrikgesetzgebung und Fabrikinspection und auf den Ausgleich gewerblicher Streitigkeiten durch Einigungsämter. In einer Resolution wurde gegen die türkischen Greuel in Macedonien protestiert; ein Protest gegen die Greuel in Kischinew wurde nicht zugelassen. Zum Secretair wurde Sam. Wood wiedergewählt. Auf dem Congress waren 250 Gewerkschaften mit 1 500 000 Mitgliedern durch 460 Delegierte vertreten.

\*

Von sonstigen Congressen und Verbandstagen verdient ein internationaler Hutmachercongress in Brüssel Erwähnung, der sich mit der Ausgestaltung des internationalen Zusammenwirkens beschäftigte, besonders für Strikefälle.

Zwei regionale Gewerkschaftsconferenzen in Deutschland, die der oberschlesischen und der sauerländischen Gewerkschaften, verdienen Erwähnung, die beide mit der Regelung der Agitationsverhältnisse und der Arbeitersecretariate sich befassten. Die oberschlesische Conferenz musste um ihrer Sicherheit vor Polizeihicanen willen auf galizischem Boden, in Oswiecim, tagen. Die sauerländische Conferenz, die in Plettenberg stattfand, beriet über die Neuaufbringung der Mittel für das Iserlohner Arbeitersecretariat, dem durch Uebertritt der neutralen Industriearbeitervereine zu den Gewerkschaften die Grundlagen entzogen waren. *Generalcommission* und Metallarbeiterverband werden die Seibsthilfe wirksam ergänzen.

Von den Verbandstagen einzelner Berufe sind die der Bildhauer und der Stuccateure zu erwähnen. Der erstere, der am 20. September in Berlin statt-

fand, war als ausserordentlicher einberufen, um die finanzielle Sanierung des unter den Wirkungen der Krise durch gesteigerte Unterstützungsausgaben bedrängten Verbandes herbeizuführen. Unter Ablehnung jeder Staffelbeiträge wurde ein Beitrag von 65 Pf. pro Woche eingeführt und das Unterstützungswesen neu geregelt, indem besonders an der Unterstützungsdauer einige Abstriche gemacht wurden. — Der Verbandstag der Stuccateure (Cöln, 5. October) beschloss unter anderm eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, sowie den Abschluss eines Cartellvertrags mit dem Maurerverband zwecks Regelung gemeinsamer S rikeinteressen. Die Einführung von Tarifverträgen mit Arbeitgebern wurde als erstrebenswert anerkannt, doch soll die gegenseitige Bindung nicht über 3 Jahre hinaus erfolgen.

Die *Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften*, jene Gruppe localistischer Organisationen, die den Centralverbänden gegenüber einen feindlichen Standpunkt einnehmen und deren Zweck vornehmlich die Erhaltung des Organs *Einigkeit* ist, hielten ihren 6. Congress vom 14. bis 16. September in Berlin ab. Die Gruppe zählt in 17 Fachvereinen etwa 11 500 Mitglieder, zumeist in Berlin und Umgebung; einige gewerkschaftliche Bedeutung haben nur die Verbände der Maurer, Zimmerer und Möbelpolierer. Die Cassenverhältnisse weisen einen rapiden Rückgang auf, und besonders der als Rückgrat der Vereinigung geschaffene Garantiefonds für Strikes hat völliges Fiasco gemacht. Da der Lebenszweck dieser Organisation die Befehdung und Zersplitterung der Gewerkschaftsverbände ist, so empfanden es ihre Leiter um so unangenehmer, dass der socialdemokratische Parteivorstand, principiell auf dem Boden der Verbände stehend, eine Einigung der beiden Organisationsgruppen anzubahnen versucht. Sie scheuten sich nicht, böse Miene zum guten Spiel zu machen und so absurde Forderungen zu stellen, dass es unmöglich ist, sie überhaupt ernst zu nehmen. Sie verlangen die Gewährleistung ihrer unabhängigen Existenz und die Auflösung der Verbände in autonome Localgruppen, also die Vernichtung der Organisationsarbeit zweier Jahrzehnte. Darüber zu streiten, verbietet die Vernunft.

Vom Gebiete der *Lohnkämpfe* beansprucht noch immer der Crimmitschauer Textilarbeiterstrike das meiste Interesse. Seit Mitte August sind gegen 8000 Arbeiter

und Arbeiterinnen ausgesperrt; sie halten sich nicht bloss gegen alle polizeilichen Chicanen, sondern auch gegen Entbehrungen, die angesichts der Tatsache, dass die Organisation der Textilarbeiter noch wenig gefestigt ist, bei dem langsamen Ergebnis der Unterstützungssammlungen nicht ausbleiben. Was diese Massen aufrecht erhält, ist das Bewusstsein, dass das Mass der gegenwärtigen Ausbeutung nicht mehr zu ertragen ist. Sie halten an der Forderung des Zehnstundentages fest, weil derselbe angesichts der intensiven Arbeitsweise in dieser Industrie notwendig ist. Ebenso entschieden aber lehnen die Fabrikanten jedes Entgegenkommen ab, und der *Centralverband deutscher Industrieller*, dem der Strike gerade jetzt während der Erörterungen über den Zehnstundentag für Arbeiterinnen recht ungelogen kommt, hat es sich angelegen sein lassen, die Baumwollspinnereibesitzer in einer Vertreterversammlung noch besonders *scharf zu machen*. Der Crimmitschauer Zehnstundenkampf wird zweifellos in den Verhandlungen der kommenden Reichstags-session eine hervorragende Rolle spielen. — Wie die Crimmitschauer Textilherren, so gedachten auch die Berliner Metallindustriellen die Arbeiter durch eine Massenaussperrung lahmzulegen, falls ein am 8. September begonnener Strike der Gürtler und Metalldrücker nicht am 28. September beendet sei. 14000 Arbeiter der zum Metallindustriellenverband gehörigen Betriebe sollten entlassen werden. Die Strikeleitung machte ihnen aber einen Strich durch die Rechnung, indem sie mit den meisten nicht organisierten Firmen einen Tarifvertrag vor dem Einigungsamte schloss, demzufolge die meisten Forderungen der Arbeiter — 9stündige Arbeitszeit, Mindestlohn von 50 Pf. für Gürtler und 60 Pf. für Metalldrücker und 25% Zuschlag für Ueberstunden respective 10 Pf. für Hausarbeit — bewilligt wurden. Der Metallindustriellenverband hatte sein Eingreifen damit begründet, dass die Forderungen der Arbeiter das Kündigungsrecht der Arbeitgeber aufhoben. Aber gerade diese Forderung, die übrigens nichts anderes, als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden, verlangt, ehe Entlassungen wegen Arbeitsmangel platzgreifen sollen, haben die übrigen Arbeitgeber im Tarifvertrag anerkannt. Die Aussperrung des Metallindustriellenverbandes ist nun gänzlich ins Wasser gefallen. Statt 14000 waren nicht mehr als 3000 zu gleicher Zeit arbeitslos, und durch Bewilligungen des Tarifs vermindert sich deren Zahl fortwährend. Einige Grossfirmen beteiligten sich überhaupt nicht daran. Zu-

Aufbringung der Unterstützungsmittel beschlossen die Berliner Metallarbeiter nun die Erhebung einer Steuer von 5% des Arbeitsverdienstes, wodurch die Organisation in der Lage ist, den Strike ohne fremde Beihilfe durchzuführen. Der selbst heraufbeschworene Kampf aber verursacht den Unternehmern solchen unermesslichen Schaden, dass sie wohl endlich einsehen werden, wie zweischneidig auch ihre Massenaussperungstaktik ist. Das Bedeutsamste in diesem Kampfe aber ist die Einführung der Tarifverträge in die Metallindustrie. Mitten im Lager der *Scharfmacher* ist damit eine Standardart aufgepflanzt, die die Anerkennung der Gewerkschaften als Macht in Krieg und Frieden verkündet. Solche Standarten werden hoffentlich bald auf der ganzen Linie wehen. — Die Omnibuskutscher in Berlin mussten einen zweiwöchigen Strike als verloren preisgeben, nachdem der grosse Zuzug von Arbeitswilligen, darunter besonders auch Reservisten, jede Weiterführung aussichtslos machte. — Die Chemigraphen und Kupferdrucker haben mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag geschlossen, durch welchen zur Zeit die  $8\frac{1}{2}$  und nach 3 Jahren die  $8\frac{1}{4}$  stündige Arbeitszeit anerkannt und ein Mindestlohn von 24 M. für Chemigraphen und 30 M. für Kupferdrucker eingeführt wird. Unter den übrigen Bedingungen ist besonders die wertvoll, dass die Arbeitgeber sich verpflichten, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen, und die Gehilfen, nur bei organisierten Principalen arbeiten. Das ist praktisch nichts anderes, als das Obligatorium der gewerkschaftlichen Organisation.

\*

Von den **Unternehmerorganisationen** ist zu berichten, dass der *Innungsverband deutscher Baugewerksmeister* auf seiner Jahresversammlung zu Stettin zur Tarifgemeinschaftsfrage eine etwas entgegenkommende Haltung einnahm, indem er die Zweckmässigkeit solcher Verträge bedingt anerkannte. In der Behandlung der Wohnungsreformbestrebungen stellte er sich völlig auf seiten der Bodenspeculanten und Hausagrarien, indem er sich gegen die Begünstigung gemeinnütziger Bauvereine erklärte.

\*

**Kurze Chronik.** Der Bergarbeiterverband konnte am 26. September den Grundstein zum Bau seines eigenen Hauses in Bochum legen. Das Organ dieses Verbandes hat gegenwärtig eine Auflage von 70000 erreicht, eine Wirkung seines herzhaften Eintretens für die Interessen der Bergarbeiter, besonders auch gegen die Gefahren der Wurmverseuchung. — Am 26. September

starb in Leipzig einer der ersten Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Richard Härtel, der Begründer des Buchdruckerverbandes. Auf seine Anregung wurde 1862 der *Fortbildungsverein der Buchdrucker und Schriftgiesser* in Leipzig ins Leben gerufen, den Härtel von 1863 bis 1868 leitete. Die Schöpfung des Verbandes (1866) war ebenfalls sein Werk, und von 1868 bis 1879 war er dessen Präsident; den Rest seines Lebens widmete er der Redaction des *Correspondenten*. Härtel war eine organisatorische Kraft; er hat sich als Leiter des 1873er Strikes bewährt und sich in seinem 41jährigen Wirken für seine Berufsorganisation die Liebe seiner Collegen und die Achtung der Principale errungen. — Im Schiffszimmererverband wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt, da die Zustimmungenden die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht hinter sich hatten. — In Leipzig wurde ein Arbeitersecretariat ins Leben gerufen und 2 Secretaire dafür angestellt. — Ein Secretariat mit staatlicher Subvention soll demnächst in Coburg errichtet werden. *Paul Umbreit*

### Genossenschaftsbewegung

Das neue Heim des **Dresdener Consumvereins Vorwärts**, dessen Herstellung die Arbeit mehrerer Jahre kostete, steht nunmehr vollendet da. Ein stattlicher Gebäudecomplex, erhebt es sich auf dem circa 10000 qm grossen Grundstück an der Rosenstrasse. Einer ausführlichen Beschreibung in Nr. 36 des *Wochenberichts* entnehmen wir folgende Details:

In dem an der Vorderfront gelegenen Flügel befinden sich die schönen, hellen geschmackvoll ausgestatteten Comptoirräume, die Schalter, ein Sitzungssaal und die Wohnungen für die Angestellten des Vereins. Dahinter erstreckt sich das im Innern 15 m breite und 70 m lange Lagerhaus, dessen 6 Stockwerke durch 2 Treppen und 3 elektrisch betriebene Fahrstühle verbunden sind. Dieses Gebäude beherbergt auch die Butterei, die eine wöchentliche Leistungsfähigkeit von 80 Ctr. Butter hat, und die Kaffeeösterei mit ihren Röst-, Auslese- und Abwiegmashinen.

Die Bäckerei hat ein besonderes Gebäude inne. Sie ist mit 7 modernen Dampfdoppelbacköfen, sowie mit all jenen Vorrichtungen — Mehreinigungs-, Teigknet- und Mischmaschinen, Wasserregulator, automatische Wage — ausgestattet, die eine Verarbeitung des Mehles zu Brot auf durchaus mechanischem Wege gestatten. Es wird hier in 3 Schichten zu je 8 Stunden gearbeitet. Die zur Zeit in Betrieb befindlichen

5 Oefen liefern wöchentlich 1300 Ctr. Brot. Ueber der Bäckerei liegt die mechanische Wäscherei. Im Maschinenhause haben 2 Dampfkessel mit 2 Dampfmaschinen und 2 Dynamos à 50 Pferdekraft Aufstellung gefunden. Garderobe- und Speiseräume, sowie Wasch- und Badeeinrichtungen für das Personal, ein grosser Pferdestall und Remisen vervollständigen das Ganze.

Die Herstellungskosten des Unternehmens belaufen sich auf rund 1 600 000 M., wovon etwa die Hälfte für die Erwerbung des Baugrunds verausgabt werden musste.

Der Dresdener *Vornwärts* ist mit seinen 23 000 Mitgliedern der drittgrösste deutsche Consumverein. Er hatte im letzten Geschäftsjahre einen Umsatz von  $5\frac{3}{4}$  Mill. M. In seinen Verkaufsstellen und Werkstätten beschäftigt er ein Personal von 294 Köpfen.

\*

Der am 26. und 27. August in Danzig abgehaltene 44. Genossenschaftstag des *Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* zeigte uns den Verbandsanwalt, Herrn Dr. Crüger, am Ziel seiner Wünsche. Er ist jetzt wirklich Alleinherrscher geworden, dem gegenüber auch die leiseste Opposition verstummt. Mochte Dr. Crüger nun im Laufe seiner langen und häufigen Reden versuchen, die Kreuznacher Gewalttat nochmals zu rechtfertigen, oder mochte er sich programmatisch über das Verhältnis des *Allgemeinen Verbandes* zu den anderen Genossenschaftsorganisationen äussern, wobei diese allesamt sehr schlecht wegkamen, am schlechtesten natürlich der neue *Centralverband deutscher Consumvereine*, mochte er die Grundeigentümer und Hausbesitzer gegen die *moderne* Baugenossenschaftsbewegung in Schutz nehmen oder mochte er erklären, dass die auf dem Boden des *Allgemeinen Verbandes* stehenden Consumvereine Freunde des Kleinhandels seien und ihm nach Kräften nützen wollten, niemand unter den 400 Delegierten, auch keiner der anwesenden 22 (!) Consumvereinsvertreter wagte ein Sterbenswörtchen einzuwenden.

Dieselbe musterhafte Ruhe bei den übrigen *Verhandlungen*! Sie gestalteten sich meist so, dass irgend eine Autorität ein Referat hielt, worauf dann die vorgelegte Resolution angenommen wurde. So sprach Dr. Alberti-Wiesbaden gegen die neuerlichen Bestrebungen, den Creditgenossenschaften das Recht auf Pflege des Sparcassenbetriebes unter der Bezeichnung *Sparcasse* zu entziehen. Regierungsassessor Dr. Siller wandte sich gegen das von verschiedenen Seiten angeblich im Interesse des Kleinhandels ge-

forderte Verbot der Dividendenverteilung seitens der Consumvereine. Ferner sprach sich der Verbandstag auf Antrag des Anwalts für eine einheitlichere Gestaltung der Buchführung, Bilanzveröffentlichung, Inventuraufnahme etc. aus.

Zur Statistik des Verbandes hatten diesmal 1435 Genossenschaften, darunter 899 Credit-, 20 Handwerker-, 11 Productiv-, 173 Bau- und 332 Consumgenossenschaften berichtet. Letztere hatten 306 721 Mitglieder und 69 Mill. M. Umsatz. Im vorigen Jahre berichteten noch 638 Consumvereine mit 630 785 Mitgliedern und 155 Mill. M. Umsatz. Die für den Schluss dieses Jahres zu erwartenden Aufkündigungen werden die obigen Zahlen noch erheblich weiter einschränken. Die 899 Creditgenossenschaften zählten 534 000 Mitglieder und hatten insgesamt für 2493 Mill. M. Credite gewährt.

\*

Ein weit erfreulicheres Bild boten die Verhandlungen des am 27. und 28. August abgehaltenen 19. Genossenschaftstages des *Allgemeinen Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften*. In ihnen pulsierte frischer, rechter Genossenschaftsgeist, ein lebendiges Kraftgefühl, das der Lösung immer neuer Aufgaben entgegen drängt. Mit Stolz konnte der Anwalt, Regierungsrat Haas, in seinem Berichte auf die 20jährige Entwicklungsgeschichte seines Verbandes hinweisen. Damals eine Gründung von 10 kleinen Verbänden mit insgesamt 278 Genossenschaften, steht derselbe heute mit seinen 27 Unterverbänden und 10 165 Genossenschaften als die mächtigste deutsche Genossenschaftsorganisation da. Von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren es 17 165 in Deutschland gibt, umfasst der genannte Verband nach dem im letzten Jahre erfolgten Anschluss dreier Provinzialverbände weit über die Hälfte. Leider sind, wie der Anwalt mitteilte, die Aussichten auf eine Vereinigung mit dem Neuwieder Raiffeisen-Verband vorläufig als gänzlich gescheitert zu betrachten. Der Umsatz der Centralcassen des Verbandes hat sich von 1280 Mill. M. im Vorjahre auf 1623 Mill. M. im Berichtsjahre erhöht. Die Centralbezugs- und Absatzgenossenschaften haben für 51 (35) Mill. M. Ware bezogen, der Gesamtverband für circa 70 Mill. M. Auch der gemeinsame Absatz landwirtschaftlicher Producte hat sich gehoben. Als neues Unternehmen stellte der Verbandsanwalt die Erziehung einer Genossenschaftsschule zur Heranbildung von Beamten und Agitatoren in Aussicht.



Das Arbeitsprogramm des Genossenschaftstages war ein sehr reichhaltiges. Wir heben daraus hervor den Beschluss, den Handel mit Nichtgenossen, das heisst die Zulassung derselben zu den Vorteilen des gemeinschaftlichen Ein- und Verkaufs, in Zukunft gänzlich zu unterlassen. Ferner die Stellungnahme gegen die schon im vorigen Abschnitt erwähnten Bestrebungen auf Einschränkung des genossenschaftlichen Sparcassenbetriebs. Ebenso verwahrte sich der Verband gegen die Versuche des Zwischenhändlerturns, den gemeinsamen Warenbezug der Genossenschaften zu unterdrücken. Es wurden auch verschiedene Statutenänderungen vorgenommen, deren wichtigste die Umänderung des Namens des Verbandes in *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* ist.

Endlich haben wir noch über zwei **Consumvereinsunterverbandstage** zu berichten. Am 16. August tagte in Halberstadt der Verband mitteldeutscher Consumvereine, der Ende vorigen Jahres von einer Anzahl Consumvereine gegründet wurde, die sich von dem zu Crüger haltenden provinzsächsischen Verbandsverbande losgelöst hatten. Nach dem Berichte seines Directors Assmann hat sich der Verband sehr gut entwickelt: er zählt heute bereits 70 Vereine mit circa 600000 Mitgliedern. Zu der jetzt viel erörterten Frage der Angestelltenversicherung nahm der Verbandstag durch eine Resolution Stellung, die den Consumvereinen die Verpflichtung auferlegt, ihre nicht gesetzlich versicherungspflichtigen Angestellten, sowie deren eventuelle Witwen und Waisen durch Gründung einer Pensionscasse oder durch Versicherung bei einer Privatgesellschaft vor Krankheit, Alter und Not zu schützen. Ueber den gemeinsamen Wareneinkauf sprach der Geschäftsführer der *Grosseinkaufsgesellschaft* Lorenz-Hamburg. Als Verbandsdirector wurde Assmann einstimmig wiedergewählt.

Auf dem am 16. August in Barmen abgehaltenen Verbandstag des Verbandes der Consum- und Productivgenossenschaften in Rheinland und Westfalen stand gleichfalls die Versicherungsfrage auf der Tagesordnung. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit zunächst in den einzelnen Vereinsverwaltungen zur Erörterung zu bringen, um dann auf dem nächsten Verbandstag weiter darüber zu beraten. An Stelle des nach Harburg scheidenden bisherigen Verbandsdirectors Brinkmann-Elberfeld wurde Markus-Barmen gewählt.

Auch der *Centralverband deutscher Consumvereine* respective dessen Vorstand hat sich in letzter Zeit eingehend mit der Frage der Versicherung der Genossenschaftsangestellten beschäftigt. Er dürfte auch die geeignete Instanz zur Lösung dieser mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verknüpften Aufgabe sein. Auf dem constituierenden Genossenschaftstag in Dresden im Mai dieses Jahres war dem Vorstand ein Antrag zur Berücksichtigung überwiesen worden, der die Errichtung einer gemeinsamen **Versicherungscasse für die Angestellten der Consumvereine** forderte. Der Vorstand hat nunmehr einen Fragebogen ausgearbeitet und diesen an die Verwaltungen der deutschen Consumvereine verschickt. Es wird darin um eine vorläufige Aeussersetzung über die Beteiligung an einer eventuell zu gründenden derartigen Casse und die Zahl der in Betracht kommenden Angestellten und deren Angehörigen ersucht.

Bis jetzt haben sich 70 Vereine mit 698 Angestellten in zustimmendem Sinne geäußert.

Der **dänische nationale Genossenschaftsverband**, der eine Zusammenfassung der Centralorganisationen der verschiedenen Genossenschaftsarten darstellt, hielt am 25. und 26. September seinen ersten Congress in Kopenhagen ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Verbandsausschusses, Folkethingsmitglied Blem, bestehen heute in Dänemark 900 Consumvereine mit 150000 Mitgliedern und einem Jahresumsatz von 30 bis 33 Mill. M. Davon werden 20 Mill. durch die Grosseinkaufsgesellschaft bezogen, die somit bereits das grösste Handelsunternehmen Dänemarks ist. Die Zahl der Genossenschaftsmolkereien beläuft sich zur Zeit auf 1046 mit ungefähr 148000 Mitgliedern. Sie producieren jährlich 150 Mill. Pfund Butter. Dazu kommen 27 grosse Genossenschaftsschlächtereien mit 66000 Mitgliedern. Sie schlachteten im verlossenen Jahre 777000 Schweine im Werte von 50 Mill. M. Die Eierexportvereinigung umfasst jetzt 475 Kreise mit 31000 Mitgliedern und einen Jahresverkauf von 4 $\frac{1}{2}$  Mill. M. Diese Zahlen bedeuten, dass das kleine Land auf dem besten Wege ist, seine gesamte Bauernbevölkerung genossenschaftlich zusammenzufassen und dieselbe weiterhin mit der städtischen Consumentenschaft in genossenschaftliche Beziehung zu bringen. Die **Grosseinkaufsgesellschaft der Consumvereine**, die in 10 Städten Warenlager besitzt, hat, wie bereits früher be-

richtet, auch schon den Weg zur Eigenproduction beschritten. Sie betreibt eine eigene Chocoladen- und Bonbonfabrik, Tabakfabrik und Kaffeerösterei.

Die Verhandlungen des Congresses betrafen die Frage der Errichtung von Sanatorien für brustkranke Genossenschaftler. Die definitive Beschlussfassung darüber wurde den einzelnen Genossenschaftsverbänden überlassen. Ferner wurde über Abwehr der Angriffe auf das Genossenschaftswesen seitens des Handelsstandes discutirt. Der letzte Vortrag behandelte das Geldwesen der Genossenschaften. Als Ziel wurde die Errichtung einer eigenen Bank ins Auge gefasst, die sich auf die Sparcassen der einzelnen Genossenschaften zu stützen habe.

Die internationale Zusammengehörigkeit der Genossenschaftsbewegung trat auch auf diesem Congress zutage. Die englischen, schwedischen, norwegischen, finländischen und deutschen Consumgenossenschaftsverbände hatten Vertreter nach Kopenhagen entsandt. Der deutsche Vertreter Heinrich Kauffmann überbrachte die Grüsse des jungen *Centralverbandes deutscher Consumvereine* und der *Hamburger Grosseinkaufsgesellschaft*. Er wies auf die verheissungsvollen Anfänge des internationalen Güteraustausches hin. Ferner betonte er die Notwendigkeit der Schaffung enger Austauschbeziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Verwertungs- und den städtischen Consumentenorganisationen.

**Kurze Chronik.** Der Berliner Spar- und Bauverein, der bereits Aniedelungen in der Sickingen-, Proskauer- und Stargarderstrasse, Ulmen- und Eschenallee in Westend, ferner ein 4 Morgen grosses Terrain in Tempelhof, auf dem 250 Wohnungen errichtet werden sollen, besitzt, hat nunmehr wieder 2 neue Grundstücke erworben: eines für den Bau von 1000 Wohnungen in Westend zum Preise von 845 000 M. und ein zweites am Nordufer, das für 200 Wohnungen berechnet ist. — Am 16. August wurde in Cottbus eine Einkaufsvereinigung für die Lausitz gegründet, der sich bis jetzt 17 Consumvereine angeschlossen haben. — Neue Consumvereine wurden errichtet in: Langensalza, Eppstein, Seehausen, Rostock, Laage und Tessin (Mecklenburg). — Die *Genossenschaft der Zuckerrfabriken und Raffinerieen für Kleinhändler* hat jetzt in Barby bei Magdeburg einen sehr günstig gelegenen grossen Bauplatz zur

Errichtung ihrer ersten Zuckerrfabrik angekauft. Man hofft schon Anfang nächsten Jahres mit der Fabrikation beginnen und dann den Zucker um 3 Pf. pro Pfund unter dem Marktpreis herstellen zu können. — Auch die Gründung einer kleinhändlerischen Grosseinkaufsgesellschaft wird für die nächste Zukunft bevorstehend gemeldet; da heisst es für die Consumvereine sich dazu halten, um sich nicht überflügeln zu lassen. — Der 4. Congress der socialistischen Genossenschaften Frankreichs, der vom 15. bis 17. August in Rouen tagte, empfahl den Consumvereinen die Unterstützung der Productivgenossenschaften. Er beschloss ferner die Gründung einer genossenschaftlichen *Solidaritätskasse*, zur Unterstützung von in Not oder Schwierigkeiten geratenen Genossenschaften. — Der jetzt 98 Vereine umfassende *Verband der Arbeitererwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs* hielt am 15. und 16. August seinen Verbandstag ab. Es wurde beschlossen, das Verbandsorgan 14 tällig erscheinen zu lassen und über ganz Oesterreich hinweg Einkaufsvereinigungen zu gründen. — Am 23. August hielt der niederländische Frauengenossenschaftsbund im Haag seinen 1. Verbandstag ab. Er zählt jetzt in seiner älteren Amsterdamer 132 und in der 1 Jahr alten Haagischen Abteilung 119 Mitglieder. Das Organ des niederländischen Genossenschaftsbundes ist zugleich das des Frauenbundes; die betreffende Abteilung soll von jetzt ab selbständig durch eine Vertreterin des Frauenbundes redigiert werden. — Eine im September in Glasgow abgehaltene grosse Versammlung von Gewerkvereins- und Genossenschaftsdelegierten nahm in schärfster Weise Stellung gegen die Chamberlainsche Protectionpolitik, die die Art von Schutz verglichen wurde, die der Wolf dem Schafe angeeignet lässt. — Der Credit-, Land- und Baugenossenschaft von Lincoln, die bereits den Schlachthof dieser Stadt hergestellt hat, ist jetzt der Bau eines Hauptpostamtes übertragen worden.

Gertrud David.

### Frauenbewegung

Im Hause des Gehenkten darf man nicht vom Strick und in Hamburg, der freien Reichsstadt, nicht von der Prostitution reden. Das hat der *Verband fortschrittlicher Frauenvereine* gelegentlich seiner Tagung vom 27. September bis zum 3. October erfahren, als er zur Besprechung obigen Themas auf preussisches Staatsgebiet auswandern musste.

Dies Vorgehen der hamburgischen Staatsverwaltung ist die glänzendste Rechtfertigung des Verbandes, der sich gleichzeitig für die gute Reclame bedanken darf. Aber auch sonst dürfen die Verhandlungen ernste Beachtung beanspruchen. Zwar wird immer noch viel geredet; aber hinter den Reden und aus ihnen heraus krystallisiert sich das Verständnis für die treibenden Kräfte des socialen und Wirtschaftslebens. Und sind die daraus sich ergebenden Forderungen auch einstweilen noch die mark- und knochenlosen Gebilde der *Theorie*, so wird und muss unausweichlich für die Consequenzen der Tag kommen, an dem sie mit wirklicher Einsicht in die Bedingungen des Kampfes und die Stellung der Parteien den Kampf um die politischen Rechte aufnehmen, die allem anderen erst Wesenheit und Nachdruck zu geben vermögen. — Von besonderer Bedeutung war das Referat von Fräulein Lüders über *Mutterschaftscassen und Arbeiterinnenorganisationen*. Es kam zu den auch schon früher von anderen Seiten erhobenen Forderungen einer Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes auf mindestens 8 Wochen nach der Entbindung, Einbeziehung der Heimarbeiterinnen, Dienstangestellten und ländlichen Lohnarbeiterinnen, Ersatz für den Lohnausfall durch eine staatliche Versicherung, die alle Einkommen unterhalb einer gewissen Grenze (3000 M.) als versicherungspflichtig erfasst. In der Discussion verlangte Fräulein Dr. Augspurg eine staatliche Leistung, die insgesamt 18 Monate umschliessen soll. Angesichts der deutschen Geburtenfrequenz heute mit einer solchen Forderung kommen heisst denn doch die realen Macht- und Verhältnisse ganz bedeutend verkennen. — Aus den übrigen Referaten ist die Forderung eines besseren Schutzes des unehelichen Kindes und seiner Mutter hervorzuheben. Die Alimentationspflicht soll schärfer umgrenzt, der Kreis der Pflichtigen weiter ausgedehnt werden. Ferner soll an Stelle des heutigen Vaterrechts ein Elternrecht constituirt werden, bei dem auch die Mutter das Kind dadurch legitimieren kann, dass sie die Verantwortung für dasselbe übernimmt. Von grosser Bedeutung war ferner die Behandlung der Sittlichkeitsfrage, zu der drei Referate erstattet wurden, auf die noch zurückzukommen sein wird. Endlich ein öffentlicher Vortrag über *Wohnungsfrage und Sittlichkeit*. — Als Verbandsarbeiten werden neu aufgenommen: die Alkoholfrage, die Kleiderreformfrage, die politische Betätigung der Frau, der Schutz des unehelichen Kindes und seiner Mutter. Ferner sollen Centralstellen

für Waisenpflege, für die Sittlichkeitsfrage und zur Förderung der Arbeiterinnenorganisation errichtet werden.

Zur gleichen Zeit, wie der *Verband fortschrittlicher Frauenvereine*, tagte in Cöln der *Allgemeine deutsche Frauenverein*. Auf seiner Tagesordnung standen, neben den Berichten der Commissionen und Curse, eine Anzahl öffentlicher Vorträge, von denen besonders die über *Moderne Sittlichkeitsprobleme* und über *Frauenlöhne* hervorzuheben sind. Sehr bedeutsam war auch der Vortrag *Die Frau als Bürgerin*. Helene Lange will, dass die Frau, die schon Bürgerpflichten die Fülle übernommen habe, von der Rechtsordnung des öffentlichen Lebens auch als Bürgerin anerkannt werden solle. Aber ihr ist nicht die Erringung des politischen Stimmrechts die Hauptsache, sondern, für heute wenigstens, ein immer weiteres Eindringen in die Geschäfte der Gemeinde, die Schulverwaltung u.s.w. In dieser Richtung geht auch ein Antrag des Vorstandes, der besagt: »Der *Allgemeine deutsche Frauenverein* wolle sich in der nächsten Geschäftsperiode die Aufgabe stellen, für die unbeschränkte Zulassung der Frauen zu den Pflichten und Rechten der communalen Verwaltung, insbesondere auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege und der communalen Schulverwaltung, zu wirken.« Dieser Antrag wurde zum Beschluss erhoben, ebenso ein anderer, der eine energische Tätigkeit in der Sittlichkeitsfrage und besonders der Bekämpfung der venerischen Erkrankungen verlangt. Als wichtigste Forderungen sind hier zu erwähnen: die geheime Anzeigepflicht des Arztes, Ausdehnung des § 300 auf die Beamten der Krankencassen, die Erhöhung des Schutzalters auf 16 Jahre, die Strafbarkeit der Gefährdung durch venerische Ansteckung. Beachtung verdient ferner die Tätigkeit der Frauen im Kampf der Schule gegen den Alkoholismus.

Daneben fanden in den Monaten September und October einige *Tagungen von Localvereinen und confessionellen Vereinigungen* statt, wie des *Deutsch- evangelischen Frauenbundes*, der in Bonn über die Wohnungs-, die Arbeiterinnen- und die Volkserziehungstrage verhandelte. Auch ist die Gründung eines katholischen Frauenbundes gelegentlich der Tagung des *Charitasverbandes* in Frankfurt a. M. zu melden. Der Verband der norddeutschen Frauenvereine versammelte sich in Bremen, der der ostdeutschen in Bromberg. Ueber das Bedürfnis, sociale und wirtschaftliche Fragen in confessio-

nellen Rahmen zu behandeln, kann der nicht urteilen, der solchem Empfinden fremd gegenübersteht. Die mehr localen Tagungen haben meines Erachtens neben der Verständigung über örtlich begrenzte und verschiedene Aufgaben hauptsächlich den Zweck, dass sie einen Resonanzboden für die Ideen der führenden Geister schaffen und die Lauen und Gleichgiltigen den Interessen der Frauensache gewinnen helfen.

\*

*Die Mädchen- und Frauengruppen für sociale Hilfsarbeit* zu Berlin versenden soeben ihren Jahresbericht und eine Denkschrift, die anlässlich des zehnjährigen Bestehens den Werdegang und die Aufgaben des Unternehmens würdigt. Die *Gruppen*, die allmählich aus einer losen Vereinigung zu einer festen Organisation geworden sind, wollen junge Mädchen für alle Zweige der öffentlichen Wohlfahrtspflege schulen und verwenden. Sie verfolgen diese Aufgabe mit schönem Gelingen und verfügen heute über 486 Mitglieder, die überall, in der Armen- und Waisenspflege, in der Fürsorgeerziehung, in Anstalten aller Art u.s.w., als Helferinnen willkommen sind.

\*

Die weiblichen Delegierten zum *socialdemokratischen Parteitag* in Dresden haben sich in reger Weise an den Verhandlungen beteiligt, mindestens soweit dabei positive Arbeit geleistet wurde. Viel Erfreuliches lässt sich allerdings nach dieser Seite nicht berichten, und wenn die Genossinnen etwas gelernt haben, so, wie man es nicht machen soll und dass es der Würde einer so gewaltigen Partei, wie den Forderungen, die eine gute Sache an alle ihre Parteigänger stellt und stellen muss, wenig entspricht, wenn man über der eigenen kleinen Person die grosse Sache vergisst, der man verpflichtet ist. Solange es noch eine Mutter gibt, die aus Ueberarbeit Heim und Kinder verwahrlosten lassen muss, solange die Arbeiterschaft noch nicht das Recht hat, über die Bedingungen ihrer Arbeit mitzubestimmen und sich zur Wahrung ihrer Rechte zu vereinigen, sind Disputationen über höfisches Ceremoniell vielleicht ebenso unangebracht, wie Auseinandersetzungen über das Endziel, die Katastrophentheorie oder gar persönliche Gehässigkeiten. Hätte man die Vicepräsidentenfrage an sich herankommen lassen, so hätte man den bürgerlichen Parteien Gelegenheit gegeben, sich zu blamieren, und aus der Chamade wäre eine Fanfare geworden.

Der Antrag der Leipziger Frauen, das Verbot der Kinderarbeit und die Verkürzung

der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen betreffend, wurde in sachgemässer Weise von Genossin Ihrer begründet. Ausserdem wurde die Frage des Frauenstimmrechts discutirt und eine Resolution angenommen, die vom nächsten internationalen Socialistencongress zu Amsterdam fordert, die Stellungnahme des Proletariats zur Frage der vollen politischen Gleichberechtigung der Geschlechter nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu betätigen.

\*

**Kurze Chronik.** In der *Frauenrundschau* bespricht Dr. Fritz Winter eine begrüssens- und nachahmenswerte Neuerung des österreichischen Finanzministeriums: durch die *Beiträge zur Statistik der Personaleinkommensteuer* wird es ermöglicht, die Einkommensverhältnisse der Frauen in Oesterreich von denen der Männer gesondert darzustellen. In der Folge wird sich diese Methode zweifellos als ein wichtigstes Auskunftsmittel über Stand und Bedingungen der Frauenarbeit und\* daran zu knüpfende Forderungen erweisen. — Die Leiterinnen der englischen Frauengenossenschaftsgilde haben in den ärmsten Gegenden Consumvereine und Settlements gegründet, um auf diese Weise Propaganda für den Genossenschaftsgedanken zu machen. — Bei einer Rundfrage, die Reglementierung betreffend, haben von 337 französischen Aerzten 175 sich als Gegner bekannt und 107 als Freunde; 48 wollen eine reformirte Reglementierung, 7 äusserten sich unbestimmt. — Dem Frauenstimmrecht ist in der auf einer amerikanischen Reise plötzlich gestorbenen dänischen Frauenrechtlerin Kristine Fredericksen eine eifrige Vorkämpferin entrissen worden. — In Holland treten die Radicales, die Liberalen und die Socialisten officiell für das Frauenstimmrecht ein. — Die *Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitermenschen-schutz*, die am 10. und 11. September in Basel getagt hat, nahm einen Antrag Millebrand-Berlepsch an, das Verbot der gewerblichen Frauennachtarbeit betreffend. Der schweizerische Bundesrat soll um Anregung einer internationalen Regierungskonferenz ersucht werden, um eine entsprechende Action in die Wege zu leiten. Auch soll eine bezügliche Denkschrift ausgearbeitet, und schliesslich soll, im Verfolg dieser Angelegenheit, eine Enquête über den Stand der gewerblichen Heimarbeit in den verschiedenen Ländern veranlasst werden. — In Arad wurde eine Dame zum zweiten Arzt des städtischen Spitals, in Wien eine

solche von der allgemeinen Arbeiterkrankencasse für die ambulatorische Behandlung weiblicher Cassenmitglieder angestellt. — Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich sind in Deutschland 25% Frauen im Erwerbsleben tätig, in England 27%, in den Vereinigten Staaten dagegen nur 14,3%. Im wirtschaftlich rückständigen Oesterreich und in Italien aber müssen 47 respective 40% der Frauen mit-erwerben. — Nach dem Altenburger Fabrik-inspectionsbericht ist man mit der Tätigkeit der Assistentin ausserordentlich zufrieden. — In Württemberg ist die Anstellung einer zweiten weiblichen Hilfskraft der Gewerbeaufsicht für die nächste Zeit vorgesehen; die Anstellung wird zunächst probeweise und gegen Tagegeld erfolgen. — In Quebeck (Canada) ist das Schutzalter in gefährlichen Betrieben für Knaben auf 16 und für Mädchen auf 18 Jahre erhöht worden. — Als Leiterin der St. Lucas Sparbank ist eine Negerin ernannt worden; es ist dies der erste derartige Fall und darum doppelt zu begrüßen. — Der Parteitag der finländischen Socialdemokratie forderte ein wirksames Arbeiterinnenschutzgesetz und die Anstellung weiblicher Fabrik-inspectoren; ebenso wurde das Wahlrecht in Staat und Gemeinde für alle 21jährigen finischen Frauen verlangt. — Von 1896 bis 1902 ist in der Schweiz die Zahl der Töchterfortbildungsschulen, Koch-, Haushaltungs-, Dienstbotenschulen u.s.w. von 114 auf 214 gestiegen; die Gesamtkosten beliefen sich auf 1 Mill. fr. Das ist anerkennenswert und, wenschnon nur Anfang, vorbildlich für andere Länder, wo's nicht so ist.

Henriette Fürth.

## Wissenschaft

### Naturwissenschaften

Ueber Energie und Entropie hat vor einiger Zeit Dr. Felix Auerbach, Professor an der Universität Jena, einen interessanten Vortrag gehalten, der dann unter dem Titel *Die Weltherrin und ihr Schatten* bei Gustav Fischer in Jena erschienen ist. Ausgehend von der ziemlich geläufigen Vorstellung von der Erhaltung des Stoffes und dem auch noch recht bekannten Satze von der Erhaltung der Energie sucht Auerbach das Wesen der Entropie und ihr Gesetz für weitere Kreise klarzulegen, ohne irgend welche physikalische und mathematische Vorkenntnisse vorauszusetzen.

Die Aufgabe ist nicht ganz leicht, aber dürfte gelungen sein. Es lässt sich annehmen, dass ein Leser der Schrift, wenn

er zum Schluss kommt, im wesentlichen die Auffassung der Physiker über die Bedeutung der Entropie teilen wird. Wer selbst auf lehrbuchmässigem Wege zu der Auffassung gelangte, kann bestimmter nicht darüber urteilen. Jedenfalls ist es vollkommen gelungen, die Wichtigkeit des Naturgesetzes von der Entropie hervorzuheben.

Auerbach zeigte, dass gerade das Entropiegesetz die Frage beantwortet, welches Princip dem Naturgeschehen zu Grunde liegt. Er macht klar, dass das Erhaltungsgesetz gerade nicht das massgebende dafür ist, denn diesem wird vollkommen genügt, wenn gar nichts geschieht.

Er lehrt den Leser suchen nach einem leitenden Gesetz, welches die Veränderungen in der Natur bestimmt, und behütet ihn, bei der Erkenntnis befriedigt auszurufen, dass alle Veränderungen im Rahmen der Erhaltung von Materie und Energie sich bewegen. »Es ist also eigentlich recht sonderbar, wenn man auf die Frage nach dem Grundgesetz aller Veränderungen in der Natur antwortet: Stoff- und Energiemenge ändern sich nicht; es ist etwa so, wie wenn ich auf die Frage nach den Wandlungen, die Robert Mayer in seinem Leben durchgemacht habe, antwortete: er hiess immer unverändert Robert Mayer...«

Das Gesetz der Veränderung wird dann nach und nach zur Deutlichkeit gebracht an bekannten Erscheinungen, wie denen, dass alles nach unten fällt, aber freiwillig nicht zurück, dass das Wasser bergunter läuft und Sand und Geröll mit ihm, dass ein Ausgleich erstrebt wird, dass aber das Umgekehrte nicht geschieht, oder doch nur ausnahmsweise, und dass dann eine andere Veränderung von der Natur eines Ausgleichs als Bedingung dafür erscheint.

Dieselbe Neigung der Natur wird erkennbar im Gebiete der Wärme bei dem Ausgleich der Temperaturen.

In anderer Form oder Ausdrucksweise erscheint dieses Streben zum Ausgleich als ein Streben zur Zerstreuung concentrirter Energie. Ein Glas heissen Wassers wird in eine Wanne voll kalten Wassers gegossen. Der Wärmeinhalt der beiden Wassermengen zusammen ändert sich nicht — Erhaltungsprincip — aber die Wärmemenge, die vorher in dem Glase concentrirt war, ist jetzt durch die ganze Wanne zerstreut, die Zerstreuung ist ein natürlicher Vorgang, eine Wiederansammlung der Wärme, eine Zusammenhäufung in einem kleinem Teile des Wassers tritt von Natur nicht ein

Eine andere Beleuchtung derselben Sache: Die Wärme im Glas könnte eine Maschine treiben, die zerstreute Wärme in der Wanne kann es nicht. Das ist eine mechanische Entwertung.

Solche mechanische Entwertung von Wärme höherer Temperatur muss immer stattfinden, damit ein Teil solch hochtemperierter Wärme sich in Arbeit verwandeln kann. Die Summe von Wärme und Arbeit vor und nach der Verwandlung ist dieselbe — Energieprincip —, aber die Anwendbarkeit der Energie vor- und nachher ist verschieden, ist durch die Verwandlung verringert — Entropieprincip. — Im ideal günstigen Falle spaltet sich die heisse Wärmemenge in eine Menge mechanischer Energie, die beliebig und ohne Rest verwandelbar, anwendbar ist, und eine kühlere Wärmemenge, die garnicht verwandelbar ist. Bei Dampfmaschinen ist die ideale, praktisch unerreichte Verwendbarkeit 20 bis 30 %. Mittels der 20 bis 30 % Bewegungsenergie könnte man die Spaltung der heissen Wärmemenge im idealen Grenzfalle rückgängig machen — durch eine ideale Eismaschine. Bis zum Augenblicke der Erzeugung der Bewegungsenergie ist also die Entropie theoretisch noch nicht vergrößert, sondern nur gleich geblieben, es ist nur die Abspaltung des nutzbaren Energieteiles, die Reindarstellung der Reactionsfähigkeit bewirkt; sowie aber die nutzbare Arbeit irgend etwas nützt, Baumwolle spinn, Tuch webt, Korn mahlt, elektrisches Licht macht, galvanisch Kupfer reinigt, ist der Ausgangszustand der Umwandlungsfähigkeit nicht mehr herstellbar. Dabei ist etwas constant geblieben, die Energie, etwas hat abgenommen, die Fähigkeit der Energie, sich zu äussern; das Gegenteil, die Unfähigkeit sich zu äussern, hat zugenommen, die Energie ist reactionslos in das Innere der Dinge gebannt, daher der Ausdruck *Entropie, Nachinnenkehrung*. Eine Eismaschine, welche einer niedrig temperierten reactionslosen Wärmemenge mehr Reactionsfähigkeit zuzusetzen vermöchte, als der Dampfmaschine zugeführt wird, die sie treibt, gibt es nun nicht, grundsätzlich nicht. Es gibt nämlich keinen Naturvorgang, der die gegebene Reactionsfähigkeit steigert. Diese Erkenntnis liefert als Folge ein physikalisches Gesamtbild der Welt mit dem Gesetze:

Die Entropie nimmt im grossen ganzen fortwährend zu; die Entropie strebt einem Maximum zu. Das ist der *Satz von weltumfassender Bedeutung*, der das Naturgeschehen bestimmt.

»Die Energie bleibt constant, die Entropie wächst. Die Sonne leuchtet, aber die Schatten werden länger und länger. Ueberall Zerstreuung, Ausgleich, Entwertung. Die Kohle verbrennt zu Asche, aus der nie wieder Kohle wird, die Berge stürzen ab und bauen sich nicht wieder auf, die Wärmequellen strahlen aus und haben keine Gelegenheit, sich wieder zu ergänzen. Muss nicht der Zeitpunkt kommen, wo alles Entropie . . . ist? . . . Der Zustand aber, der alsdann eintritt, kann kein anderer, als der allgemeine Stillstand alles dessen, was Leben, was geschehen heisst, sein. . . .

Glücklicherweise gibt es Erwägungen, welche dieser Perspective ihre Trostlosigkeit nehmen, und von diesen Erwägungen steht die folgende in erster Reihe.

Ausgleichsprozesse können nur stattfinden, wo Gegensätze vorhanden sind; und je stärker die Gegensätze, desto heftiger, je schwächer die Gegensätze, desto sanfter wird der Ausgleich sein. Aber durch den Ausgleichsprozess selbst werden ja die Gegensätze fortwährend gemildert. So sehen wir ein, dass jener Weltprozess, dessen Tendenz so traurige Perspective eröffnet, sich allmählich mehr verlangsamt, dass er gegenwärtig jedenfalls schon viel ruhiger geworden ist, als in der Sturm- und Drangperiode der Natur . . . . . sein Ende liegt in unabsehbarer Ferne.«

Es ist nicht nur das naturwissenschaftliche Interesse, welches die Besprechung der Auerbachschen Schrift in diesen Heften veranlasst; die Schrift hat auch ein erhebliches socialwissenschaftliches. Was dem Physiker als *Entwertung, Zerstreuung von Energie*, als *Verbrauch von Spannung* und *Allern der Natur* erscheint, ist das etwa dasselbe, was der Gesellschaftsforscher *Entwicklung, Fortschritt, Milderung der Gegensätze* nennt? Es ist nicht nötig, Beispiele für die Veränderung in der Form des Ausgleichs in der früheren und jetzigen Behandlung socialer Differenzen, auswärtiger und innerer, zu nennen. Nimmt man eine Milderung socialer Conflicte und ihrer Behandlung als gegeben an, so ist man geneigt, darin das Walten des Entropiegesetzes zu finden. Diese Auffassung soll aber hier nur mit aller wissenschaftlichen Behutsamkeit als Anregung gegeben werden. Sie ist eine Frage, ein Gegenstand der Forschung.

So lange man die materialistisch-mechanische Vorstellungsweise der Physik und Chemie ohne weiteres auf Lebens- und Gesellschafterscheinungen überträgt, erscheint die angeregte Auffassung als irdische vertiefte Einsicht und universelle philosophische

Weisheit, denn sie passt ins System, im ganzen und im einzelnen. Dass in der anorganischen Wissenschaft die Entwertung, die Verschlechterung, einer Anpassung, Verbesserung, in der organisch-socialen entspricht, das macht nichts, das ist nur ideologischer Ueberbau, das ist nur eine Eigenschaft der Konsequenz bei der Weiterführung und Durchführung des Principis, wenn es auf die Spitze getrieben wird, daher eine willkommene Bestätigung der Richtigkeit. Natürlich muss das so sein: die Begriffe klappen um!

Jedoch jene stillschweigende Uebertragung materialistischer Grundsätze auf Lebensvorgänge ist nicht erlaubt.

So gut als trotz dem Gesetz von der Erhaltung der Energie eine volle Freiheit des Willens, eine Lenkung der Ereignisse dorthin und dahin, vorwärts und rückwärts möglich ist — physikalisch möglich —, so kann auch das organische, geistige und sociale Leben von der Entropievermehrung unberührt bleiben — es wäre zum Beispiel hierzu nur nötig, dass die Geisteskraft eine Energieform von der Natur der freien Energie wäre und Umsetzungen in Energieformen von gleicher Natur einginge. Dieses schliesse immer noch nicht aus, dass im Organismus materielle Vorgänge, die physikalisch-chemisch erforscht sind oder doch im physikalisch-chemischen Forschungsgebiet liegen, nebenher laufen, wie die Verbrennung von Stärke und Ausstrahlung der entwickelten Verbrennungswärme. Solche Vorgänge sind grundverschieden von den Erscheinungen des geistigen und socialen Lebens. Sie denselben gleichzusetzen, ist die Hypothese des Materialismus. Tut man dies nicht, so hat der Gedanke, Gesellschaftsentwicklung als Entropiezunahme zu behandeln, zunächst nur den Wert einer Analogie, vielleicht einer sehr flachen.

Immerhin sollten Gesellschaftsforscher vom Naturforscher sich das Entropiegesetz als nützliches Instrument verschaffen und seine Anwendung versuchen. In der Naturforschung hat es bisher überall und allemal, wenn es tastender- oder gläubigerweise angewendet wurde, neue Erkenntnisse gebracht, die experimentell beweisbar waren und es rückwärts betätigten. Vielleicht geht es in der Gesellschaftsforschung auch so. Und wenn die Bestätigung ausbleibt: um so besser!

Hellmuth Knorreck.

### Rechtswissenschaft

Vor kurzem sind drei Schriften erschienen, die, wenngleich Arbeiten dreier Dilettanten, als Stimmen der Zeit Beachtung

verdienen, da sie, jeder auf seine Weise, zu einem grossen und dringenden Probleme, der Strafrechtsreform, Stellung nehmen. Es sind dies: *Zurechnungsfähigkeit oder Zweckmässigkeit?* von Dr. Moriz Erichta. (Leipzig und Wien, Franz Deuticke), *Die Grenzen der Zurechnungsfähigkeit und die Criminalanthropologie* von Dr. Hans Kurella (Halle, Gebauer-Schwetschke) und *Die Ursachen der Criminalität im Herzogtum Sachsen-Meiningen* vom Kammergerichtsreferendar Dr. Walter Weidemann (Berlin, J. Gutentag). Der erste Verfasser ist ein Universaldilettant, der demgemäss nichts weiter mitbringt, als einige leere Redensarten; der zweite hat gründliche medicinische Bildung, die er jedoch dem ihm innerlich fremden Strafrechtsgebiete nicht nutzbar zu machen versteht; der dritte ist gelernter Jurist und versucht es mit der Statistik, ohne auch nur deren Elemente zu beherrschen. So wird keiner seiner Aufgabe gerecht.

Die bangen Ahnungen, die der Titel des Brichtaschen Buches in mir erweckte, indem er zwei ganz heterogene Begriffe coordiniert, hat die Lectüre des Buches vollauf bestätigt. Der Verfasser bekämpft im Namen der naturwissenschaftlichen Wahrheit (1. Teil) die *spiritualistischen Philosophien* (pag. 4), wenn er auch freundlich genug ist, über die »rechtsphilosophischen Tiefsinnigkeiten eines Kant, Hegel und Stahl nicht »mit überlegenem Spotte zu urteilen (pag. 6), und die Irrtümer dieser Herren aus der naturwissenschaftlichen Beschränktheit ihrer Zeit heraus zu entschuldigen versucht. Statt dessen tischt der Verfasser uns die älteste, platteste Lustpsychologie auf, die selbst der »im Tode eintretenden vollkommenen Empfindungslosigkeit« noch *Lustgefühle* abgewinnt, daher auch den Selbstmörder durch den Selbsterhaltungstrieb bestimmt erscheinen lässt (pag 17). Ahnte der Verfasser doch, wie sehr er selbst »am Gängelbände speculativ-philosophischer Traditionen einhertrippelt« (pag. 63)! Aber wie Moden erst lange Zeit, nachdem sie in der Hauptstadt längst wieder abgekommen und dort schon lächerlich geworden sind, in die Provinz eindringen und hier als letzte Neuheit bewundert werden, so dringen die grossen Gedanken der Gelehrten erst, nachdem die Wissenschaft sie schon längst überwunden, durch tausend Canäle hinab in die Köpfe der schreibwütigen Dilettanten, wo sie, aller begrifflichen Feinheit und aller geschichtlichen Berechtigung beraubt, aber zu grotesker Einseitigkeit übertrieben, ihr selbstgefälliges Spiel treiben. Wie im

Psychologischen, so prunkt Brichta auch im Ethischen mit den oberflächlichsten Gemeinplätzen. Wie dort die *Lust*, so ist hier die *soziale Zweckmässigkeit* sein Zauberwort (2. Teil). Er nennt die Zweckmässigkeit eine *grosse Philosophin*, während sie doch in seinen Armen nichts ist, als eine eitle Närrin, die angesichts der Tatsache, dass jede Meinung sich auf *Zweckmässigkeit* beruft, sich einbildet, mit einer abstracten Phrase irgend eine der brennenden Streitfragen schlichten zu können. Auf den eigentlich strafrechtlichen Inhalt des Buches, das auch hier weniger die versprochene »klare unerbittliche Logik« (pag. 52), als Unkenntnis und Verständnislosigkeit beweist, darf ich nicht eingehen, weil ich nicht manche guten Ziele, die der Verfasser den Männern der sociologischen Strafrechtsschule, ohne sie zu nennen, abgesehen hat, durch die *Begründungen*, die er eigenhändig hinzufügt, compromittieren möchte. Ich signalisiere nur seine *Lösung*: »Zurechnungsfähigkeit des Täters ist die Zweckmässigkeit seiner Bestrafung« (pag. 125), sowie die folgende Perle tief sinniger Metaphysik: »Als letzter Zweck muss dem menschlichen Bewusstsein immer wieder die Grundeigenschaft alles Seienden, das Dasein selbst erscheinen.« (pag. 128).

Während Brichta die Lehre Lombrosos mit übrigens ganz ungerechten Argumenten bekämpft (pag. 21), gibt sich Kurella in seinem ungleich höher stehenden Buche ganz als Schüler Lombrosos, an dessen Lehre er noch immer, allen Angriffen zum Trotz, unentwegt festhält. Zwar bekennt er in seiner Vorrede (pag. IV), dass sein sociologisches Studium ihm »heute die socialen Factoren des Verbrechens deutlicher und schärfer zeigte«, als er sie vor zehn Jahren — in seiner bekannten *Naturgeschichte des Verbrechens* — zu erkennen vermochte; doch kommt diese neue Erkenntnis in seinem Buche so wenig zum Ausdruck, dass er es für *klar* erklärt, »dass der Verbrecher ein Product der Natur, nicht socialer Zustände darstellt« (pag. 119). Es ist dies einer der vielen erstaunlichen Widersprüche der übrigens ganz willkürlich disponierten Schrift — Vorwürfe, die den Verfasser freilich kalt lassen werden, da er im *Mangel an Logik* einen nicht weiter aufregenden bloss *formalen Defect* erblickt (pag. 105). Seinem extrem biologischen Standpunkt gemäss unternimmt er es, auf Grund von Messungen, über deren Methode und Cautelen nichts Näheres mitgeteilt wird, den *Verbrechertypus* zu charakterisieren, wobei er es fertig bekommt, Merkmale als *typisch* zu be-

zeichnen, die bei Verbrechern um nur 60/100 häufiger sind, als bei Anatomieschädeln (pag. 50). Dieser unsoliden Grundlage gegenüber erscheint umso entsetzlicher und empörender der von Kurella herbeigesehnte *Fortschritt* der Strafrechtspflege, wonach unter *Fallenlassen der Frage nach der Schuld ein Verfahren zur Ermittlung der Gefährlichkeit criminaleller Individuen* (pag. 97) eingeführt werden soll und es überflüssig wird, »einen brutalen Menschen 10 oder 20 mal wegen Körperverletzung auf ein paar Monate einzusperren, bis er die Morde begangen hat, die ihm auf der Stirn geschrieben stehen« (pag. 96)! Die Hoffnung derartiger Stirnreiter wird aber hoffentlich niemals erfüllt werden.

Ganz im Gegensatz zu Kurella geht die Weidemannsche Schrift, die in den *Abhandlungen des Criminalistischen Seminars an der Universität Berlin* erschienen ist, von der sociologischen Betrachtung des Strafrechts aus. Es gehört zu den vielen ausserordentlichen Verdiensten, die sich der Veranstalter der genannten Sammlung, Professor von Liszt, um die europäische Strafrechtswissenschaft erworben hat, stets mit Nachdruck darauf hingewiesen zu haben, dass eine wirksamere Bekämpfung des Verbrechertums, wie wir sie alle von dem geplanten neuen Strafgesetzbuch erhoffen, nur möglich sein wird, wenn dieses sich auf einer Erkenntnis der gesellschaftlichen Bedingungen des Verbrechens aufbaut und demgemäss die Criminalstatistik in umfassendster Weise verwertet. Er hat dabei aber leider die Parole ausgegeben, möglichst kleine örtlich abgegrenzte Gebiete zu untersuchen, um die grossen unbrauchbaren Durchschnittsziffern zu vermeiden, mit denen bisher gearbeitet wurde (vergl. die Festgabe zum 26. Juristentag, pag. 60 ff.). Nun liegt in dieser Auffassung zweifelsohne ein berechtigter Kern, gegen den bisher verstossen wurde; die Sammlung eines vollständigen Materials kann allerdings nur durch statistische Kleinarbeit eines intimen Kenners der Verhältnisse an Ort und Stelle erfolgen, weil nur dieser alle Winke und Daten liefern kann, die für eine causale Deutung in Betracht kommen. Diese causale Deutung selbst setzt aber — worin jede inductive Untersuchung ihren Stolz sucht — ein möglichst grosses Untersuchungsfeld voraus. Denn einmal muss das Material überhaupt Schlüsse zulassen, also homogen sein, weil sonst nicht auszumachen, ob eine Erscheinung diesem oder jenem Factor zuzuschreiben ist; und diese Homogenität wird nicht durch die Bearbeitung der künstlichen, zu ganz an-



deren Zwecken geschaffenen kleinen Verwaltungseinheiten gewährleistet — ein einziger Berliner Stadtteil weist grössere Verschiedenheiten auf, als ein ganzes chinesisches Ländergebiet —, sondern nur dadurch, dass der Statistiker aus einem möglichst alle Combinationen umfassenden Materiale das Gleichartige zu natürlichen Gruppen zusammenstellt. Und andererseits lässt nur ein solches grosses Material sichere Schlüsse zu, denn je kleiner es ist, desto näher liegt die Gefahr, zufällige Parallelismen für gesetzmässige Verknüpfungen anzusehen. Andernfalls würde es genügend, ja erwünscht sein; irgend ein einzelnes Haus zu untersuchen; und falls es sich ergäbe, dass unter seinen rechtschaffenen und blonden Bewohnern 1 schwarzhaariger Verbrecher wäre, liesse sich hieraus ein Causalnexus beider Eigenschaften deducieren. Wohin die Missachtung grosser Zahlen führt, zeigt mit abschreckender Deutlichkeit die Weidemannsche Schrift. Sie vermeidet es, auch nur eine einzige absolute Zahl anzugeben, oder besser gesagt: sie lässt diese Zahlen aus der Reichscriminalstatistik, aus welcher sie ihre Angaben ohne selbständige Arbeit abschreibt, — es sei denn, dass man die Bereicherung um zahllose Ungenauigkeiten hierzu rechnet — einfach fort. Damit soll verhüllt werden, dass die für Meiningen in Betracht kommenden winzigen Ziffern viel zu nichtig sind, als dass irgend eine Gesetzmässigkeit erlaubterweise ihnen entnommen werden könnte. Wir sind aber boshaft genug, einige absolute Zahlen nachzutragen. Zunächst wollen wir berichtigen, dass die einzigen absoluten Zahlen, die Weidemann bringt, die der Tabelle auf Seite 63 — keine sind, sondern relative (auf je 100 000 bezogene) wie die Reichscriminalstatistik für 1899, 132. Bd., III, pag. 37 ff., ergibt: eines der kleinen Versehen, an denen die Weidemannsche Schrift überreich ist.

Laut dieser Tabelle ergibt sich, dass auf je 100 000 jugendliche Personen im Kreise Sonneberg — der Kreis zählte 1890 überhaupt nur 34904 strafmündige Personen, von denen die jugendlichen nur einen Bruchteil bilden, — im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1897 — auch diese Angabe ist vergessen — 61 Betrugsfälle entfielen. In absoluten Ziffern ausgedrückt, entfielen aber nur 4,4 (!) Betrugsfälle auf diese Kategorie, nämlich 22 in allen 5 Jahren zusammen. Diese *hohe Criminalität* — die Berechnung auf je 100 000 Personen ist ohne Angabe der absoluten Zahlen völlig irreführend, da das ganze Herzogtum Sachsen Meiningen 1895 nur 234 005 Einwohner hatte — sucht

nun Weidemann durch die Kinderbeschäftigung in der Hausindustrie, die Geburtenüberschüsse und den Volkscharakter zu erklären! Noch drastischer ist das folgende Beispiel. Im Kreise Meiningen entfielen laut Weidemann auf je 100 000 strafmündige Frauen im Durchschnitt 2,6 Fälle von Gewalt oder Drohung gegen Beamte: die absoluten Ziffern aber ergeben laut Reichsstatistik, dass in allen 5 Jahren zusammen ganze 3 (!) derartige Delicte sich ereigneten. im Durchschnitt also  $\frac{3}{5}$  das Jahr! Statt nun die betreffende  $\frac{3}{15}$  Dame per Antwortpostkarte um gütige Aufklärung zu ersuchen, construirt der Verfasser aus der Tiefe seines Gemütes einen fein psychologischen Zusammenhang dieser *Erscheinung* mit den Einnahmen der Gerichtsvollzieher und der Zahl der Zwangsvollstreckungsanträge in jenem Kreise (pag. 62). Auf Grund eines solchen Verfahrens, das einen Hohn auf jede Statistik darstellt, hätte der Verfasser auch berechnen können — wobei wir annehmen wollen, dass er seinen Doctorhut im ersten Ansturm erobert hat —, dass auf je 100 000 Versuche des Candidaten Weidemann, das Doctorexamen zu bestehen, 100 000 Erfolge fallen, und dies mit dem Wochentage, an dem jenes freudige Ereignis vor sich ging, oder auch seiner Kragennummer in Verbindung setzen können. Aus dem gleichen Grunde sind auch alle übrigen *Zusammenhänge* bedeutungslose Combinationen.

Hoffen wir, dass es Professor von Liszt gelingt, für die ihm mit Recht so sehr am Herzen liegende monographische Criminalstatistik statt statistisch ungeschulter Juristen juristisch geschulte Statistiker in grösserer Anzahl zu gewinnen. Wenn erst von dieser Seite recht viele eingehende Monographien vorlägen, die sich aber jeglicher causalen Deutungen zu enthalten hätten und als blosses Material auch keine Drucklegung vertragen, wenn ferner die hier noch ganz im Argen liegenden psychologischen Untersuchungen ein Factorschema der verbrecherischen Gesinnung entwickelt haben werden, dann ist es an der Zeit, auf Grund des nun gewonnenen grossen und der Herrschaft des Zufalls entrückten, in natürliche Gruppen zu ordnenden und vollständigen Materials die notwendig von einer Hand zu schreibende Ursachenlehre des Verbrechens zu schaffen. Davor jedoch zu warnen, dass diese Untersuchungen den Spuren der trotz ihres anmassenden Auftretens in jeder Hinsicht unbrauchbaren *Criminalstatistischen Untersuchung der Kreise Marienwerder und Thorn* von

Bruno Blau folgen — worauf Blau naiv genug rechnet —, ist überflüssig.

Demselben Hefte der Lisztschen Sammlung gehört die sehr wertvolle Schrift von Felix Genzmer *Der Begriff des Wirkens* an, über deren interessanten Inhalt hier zu referieren jedoch der Zusammenhang und der Ort verbieten.

Hermann West.

## Kunst

### Bildende Kunst

Anlässlich der 100 jährigen Feier von Ludwig Richters Geburtstag bekommen wir überall, in den illustrierten Zeitschriften, wie in den Schaufenstern, seine Bilder und Holzschnitte zu sehen, die mit ihrem eignen Reiz wie neu berühren — ein Reiz, für den wir heute doppelt empfänglich sind, weil das Wort *Volkskunst* jetzt für jeden unrettbar verbunden ist mit jenen seit geraumer Zeit erscheinenden, metergrossen, bunten Lithographien, die angesichts der Richterschen Blätter herzlich langweilen können. Die Kinder legen diese übersichtlichen Bilder nach einer Weile fort, ohne wesentliche Neigung, sie wieder vorzunehmen, weil sie eben dank dieser trostlosen Uebersicht keine neuen Entdeckungen mehr an ihnen erwarten können. Bildgegenstände, wie Fickentschers *Krähen im Winter*, die künstlerisch ausgezeichnet sind, können nicht ein Kind oder einen ungebildeten Laien lange fesseln, denn mit dem Dargestellten selbst ist alles gegeben, was der Künstler gedacht oder empfunden hat, und keine weitere Reihe poetischer Vorstellungen oder Empfindungen wird ausgelöst, wie es die Richterschen Zeichnungen allemal tun; nur darin besteht offenbar der Grund für die grosse Popularität Richters, dass er eben im besten Sinn illustratorisch arbeitet. Fast alle Situationen der Empfindungen, die in uns durch die Volkslieder und Märchen lebendig sind, hat er benutzt. — In dieser Eigenschaft Richters ist gewiss kein künstlerischer Mangel zu sehen, denn in der besonderen Verquickung von gedanklichem oder poetischem Gehalt mit dem specifisch Bildnerischen besteht ja gerade die Eigentümlichkeit und der Vorzug der zeichnerischen Künste, vorausgesetzt natürlich, dass sich die poetische Situation zu einem sinnlich geschauten Bild zusammengezogen hat, welches der Auslösung der poetischen Vorstellungen keine Schwierigkeit entgegengesetzt, sondern sie sich einfach und selbstverständlich vollziehen lässt. Ich erinnere nur an das Blatt *Es rillen drei Reiter zum Tore hinaus* und andere mehr.

Die lebhaften poetischen Vorstellungen, die Richters Bilder erzeugen, würden aber allein

noch immer nicht seine Volkstümlichkeit erklären, wenn nicht seine festgeschlossene Persönlichkeit hinzu käme. Die Eigenart seiner Anschauungsweise prägt sich nicht nur aus in dem, was seine Phantasie anregt, sondern auch in der Art des Geschauten, wie in der Technik selbst, und diese seine Eigenart ist in ihrem ganzen Wesen volkstümlich. Aus allen Sachen, die ihm überhaupt gelungen sind, spricht eine schlichte Sinnlichkeit, die sich wohlfühlt auf grünen Wiesen mit lieblichen Blicken in die Ferne, deren feine Berglinien übergehen in die zitternden Linien der Sommerwolken — alles gedacht in einfacher Holzschnitttechnik — oder auch in kleinen niedrigen Stuben, wohl nur von einem Lichtchen erhellt, in deren dunklen Ecken noch eine endlose Reihe von Wunderdingen stecken kann. In einer solchen Stube sitzen Mann und Frau beim Abendbrot, als mit einem Mal die Tür aufgeht und der ganz winzig kleine Däumerling hereinkommt und mit altfränkischem Anstand seinen Diener macht. Die Sachen sind ja so aus einem Guss entstanden, dass nichts an ihnen anders zu denken wäre. — Wesentlich neu sind manche seiner religiösen Bilder, da auf dieses Gebiet seine kleinbürgerliche, vergnügt-sinnliche Anschauungsweise, die sich auch mit etwas harmloser Romantik durchsetzt, selten angewandt ist. Da ist im Richter-Hefte des *Kunstwart* ein Bild zu den Goetheschen heiligen drei Königen, wo die heilige Familie in einem kleinen Häuschen sitzt, der Joseph wie ein Gastwirt, die Marie auch einigermaßen spießbürgerlich, und auf dem Schoss sitzt das Christkindchen mit einer Nachtmütze auf dem Kopf; vor dieser ganzen Herrlichkeit stehen die drei Könige märchenhaft und kindisch aufgeputzt und singen ihr Lied. — Auch sind seine Darstellungen mit etwas ernsterem religiösen Hintergrund gut, wo dieser religiöse Gehalt derart gegeben ist, dass der Mensch mit seiner Umgebung als etwas Einheitsliches und Ganzes empfunden ist, aus welcher Zusammenwirkung dann die religiöse Stimmung spricht — aber gänzlich versagen seine künstlerischen Fähigkeiten, wenn er irgend welche Grösse allein durch menschlichen Ausdruck geben will, sei es in Bewegung oder Gesichtszügen. Hierzu reicht seine Beanlagung nirgend aus, und er verfällt allemal in den oberflächlichen romantischen Stil der Altdüsseldorfer Schule. Sowohl sind seine Christusfiguren miserabel, als auch seine Liebespaare, so oft er versucht, seelischen Ausdruck zu geben. Dann und wann kommen die Jungfrauen und Jünglinge zu stande, die an Geschmack

losigkeit, Süßigkeit und dabei Altbackenheit mit dem Schlimmsten wetteifern. Doch allemal wird es anders, wenn Richter auf eine derart plastische Darstellung des Menschen, von aller Umgebung losgelöst, verzichtet, und wo er sie zusammen fasst mit ihrem Milieu, da ist selten ein Missgriff. und sein poetischer Sinn, der gerade den Reiz des simplen kleinbürgerlichen Lebens sieht, ohne selbst spiessbürgerlich zu werden, kann dann Bilder von der feinsten Innigkeit geben. Somit scheint mir bei keinem die Phantasie der Kinder so gut aufgehoben, wie bei Richter — wenigstens für die Jahre, in denen die wilde Romantik noch nicht sich zu rühren beginnt.

*Lisbeth Stern.*

## Diversa

### Bücher

**Dr. Ludolf Grambow:** *Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte.* Jena, Gustav Fischer.

Die fleissige Arbeit Dr. Grambows wird von allen willkommen geheissen werden, die sich mit dem interessantesten Abschnitt der Reichswirtschaftsgesetzgebung, mit der grossen Reformperiode während des Norddeutschen Bundes und zu Beginn des Reiches, näher beschäftigen wollen.

Der Titel entspricht freilich nicht ganz dem Inhalt. Unter *Freihandel* wird hier der wirtschaftliche Liberalismus überhaupt verstanden, also nicht nur seine Betätigung auf dem Gebiete der äusseren Handelspolitik, sondern ebenso bei der Fortbildung der Gewerbeverfassung (Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Patentschutz, Haltpflicht, Actien- und Genossenschaftsrecht), des Arbeitsrechtes, des Münz-, Bank-, Transport und Versicherungswesens, des Finanzsystems. Der Freihandelspolitik im engeren Sinne ist darum folgerichtig nur der kleinere Teil des Buches gewidmet. — Auf der anderen Seite muss man die durch den Titel zunächst geweckte Vorstellung wieder etwas einschränken. Das Wirken der Freihandelspartei erschöpft sich nämlich für die vorliegende Darstellung in den Schriften, Beratungen, Beschlüssen und Agitationen, die im *Congress deutscher Volkswirte* ihren Ausgangs- und Mittelpunkt fanden. Aber der praktisch wichtigste Teil des Parteiwirkens entfaltete sich doch erst in anderer Umgebung: im norddeutschen und deutschen Reichstag — zum Teil auch unter der Führung ganz andersartiger Persönlichkeiten: an die Stelle der Prince-Smith und Braun treten hier die Delbrück, Miquel, Lasker, deren Namen bei Dr. Grambow kaum auftauchen. Statt einer Geschichte der deutschen

Freihandelspartei erhalten wir also eine Analyse der Anschauungen der deutschen *Manchester school*.

Aber diese Analyse ist überaus eingehend und dankenswert. Sie füllt eine Lücke aus, die jeder empfunden haben wird, der das erste Jahrzehnt der deutschen Wirtschaftsgesetzgebung näher kennen lernen will. Die *Doctrinäre* sind die Vorläufer und Vorarbeiter der Reichsgewerbefreiheit und Freizügigkeit, der Zoll-, Steuer-, Währungs- und Notenbankreformen, der Actien-, Genossenschafts-, Patent- und Musterschutzgesetzgebung und noch so vieler anderer Fortschritte, welche das Reich und seine erste liberale Aera brachte. Die Schule eines grossen öffentlichen Lebens hatte freilich diesen Wirtschaftsreformern von den *Congressen* gefehlt; aber um so geradliniger und systematischer konnten sie ihre Gedanken und Forderungen entwickeln. Vorzüge wie Schwächen ihrer Ideenrichtung pragen sich so umso scharfer und fesselnder aus.

Hier ist Dr. Grambow seiner Aufgabe in vollstem Maasse gerecht geworden. Die zahlreichen Hinweise auf die Congressberichte, die *Vierteljahrsschrift* und die sonstigen Kundgebungen der *Volkswirte* ermöglichen in jeder Frage ein Weiterverfolgen der einzelnen Ideen und Vorschläge, so dass eine wertvolle Grundlage auch für Nachschlagezwecke und weitere Studien gegeben ist.

Entbehrlich wären unseres Erachtens einige Urtheileinfügungen des Verfassers gewesen, denen in ihrem *teils richtig — teils nicht ganz richtig — teils sogar falsch* — zu sehr die Schablone des üblichen nationalökonomischen Lehrbuchs anhaftet. Historische Erscheinungen und Strömungen lassen sich überhaupt in solcher Weise nicht messen.

**Professor Heinrich Dietzel:** *Das Producenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit.* Ein Beitrag zur Theorie vom Arbeitsmarkt und vom Arbeitslohn. Jena, Gustav Fischer.

Dietzel erweist sich auch hier als vielbelesen; auch seine deductive Schutlung macht sich abermals in manchen glücklichen Einzelausführungen geltend. Trotzdem wird man auch diese Schrift, wie so manche ihrer Vorgängerinnen, nur mit einem unerquicklichen Gefühl der Enttäuschung aus der Hand legen. Die Form ist wöglichlich noch zerstückter und geflickter, als schon bisher. Und das Unvermögen, sich von einer hypnotisierenden starren Formel

zu betreiben, die Vielseitigkeit, die Wandelbarkeit und geschichtliche Bedingtheit eines Problems zu sehen, führt hier in letzter Consequenz zurück zu den breitesten theoretischen Betteisuppen der Bastiat und Carey. Die *Conträrtheorie*, die bisher den Lohn sich umgekehrt wie die Kornpreise — wie die Productivität der Kornwirtschaft — bewegen liess, erweitert sich nunmehr folgerichtig zu der These: »Der Lohn steigt und fällt mit der (allgemeinen) Productivität; steigt die Productivität, indem die Production mit Capital productiver wird, so steigt der Lohn, fällt die Capitalrente (Zins und Profit), und umgekehrt.« Die Begründung des Freihandels erhebt sich zur Beschönigung der capitalistischen Entwicklungstendenzen überhaupt: »Weil Engels und Marx im Banne der Doctrin standen, dass Steigerung der Productivität — mit anderen Worten Verbilligung der Waren, Sinken des allgemeinen Preisniveaus — das allgemeine Lohnniveau herabdrücken müsse, haben sie sowohl betreffs des Systems der Handelsfreiheit, wie des Maschinensystems sich geirrt. Der Grundfehler ihrer Theorie vom Einflusse des Maschinensystems auf den Arbeitslohn war, zu übersehen, dass das Gesamtproduct der Volkswirtschaft den wahren Lohnfonds bildet.« Statt der durchschlagenden *Conträrtheorie* haben wir nun die noch durchschlagendere *Productivitätstheorie* das heisst die genaue *Umkehrung des ehernen Lohngesetzes*. Neu ist das durchaus nicht, und die Begründung ist bei allem gelehrten Aufputz auch nicht gerade originell: »Die Lohnbewegung hängt — daran ist kein Zweifel — jeweilig ab vom Spiel von Angebot und Nachfrage. Wenn das Angebot von Arbeitskräften steigt, während die Nachfrage nach Arbeitskräften stabil bleibt, so fällt der Lohn; wenn das Angebot sinkt, während die Nachfrage stabil bleibt, so steigt der Lohn. Wovon hängen aber die Verschiebungen im Angebot oder in der Nachfrage ab? Die Nachfrage nach Arbeitskräften wechselt jeweilig mit dem *Lohnfonds* das heisst der Menge des Betriebscapitals, welches die Unternehmer bereit haben, um Arbeiter damit zu beschäftigen; das Angebot von Arbeitskräften wechselt mit der Menge der Arbeiter, welche beschäftigt werden wollen. Lohnfonds ist Dividendus, Arbeiterziffer ist Divisor; je höher jener, bei Gleichbleiben dieses, desto höher der Lohn, und umgekehrt. Wovon hängen aber nun, bei Gleichbleiben der

Arbeiterziffer, die Verschiebungen des Lohnfonds ab? Wie Hermann, Brentano u. s. w. dargetan haben: der Lohnfonds wechselt mit der wechselnden Kaufkraft der Consumenten. Die Unternehmer legen ja den Lohn nur aus; bezahlt wird er schliesslich durch die Käufer. Mit wie grossem Lohnfonds die Unternehmer jeweilig operieren — ob sie Betriebscapital behufs Lohnzahlung anziehen oder abstossen — entscheiden sie jeweilig angesichts des Standes der *effectiven Nachfrage* nach Producten ihrer Branche. Auch diese Hermann-Brentanosche Formulierung des Lohngesetzes enthält aber, wie ich es ausdrücken möchte, nur eine Zwischenantwort. Weiter drängt die *Unruhe des Warumfragens* (Sigwart): wovon hängen denn die Verschiebungen der Kaufkraft der Consumenten ab — das heisst der Gesamtkaufkraft der Consumenten und damit der Gesamtheit des Lohnfonds? . . . Das Gesamtproduct ist der wahre Lohnfonds. Je kräftiger es sich hebt, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, desto kräftiger hebt sich das Arbeitereinkommen.«

So begann die *Conträrtheorie* als die Widerlegung des Schutzzolls und endet schliesslich als Besiegung des Socialismus! . . . Ja, wenn die verwickelten Dinge dieser Welt so einfach lägen, dann gäbe es wohl kaum so viel Schutzzöllner und so viel Socialdemokraten!  
*Max Schippel.*

#### Charles Ferguson: *Diessetsreligion.*

Aus dem Englischen übersetzt von Cecilie Mettenius. Leipzig, Eugen Diederichs.

Das Buch nennt sich eine *Denkschrift über die Principien der Moderne*. Jedenfalls ist es für die Moderne hart, dass sie sich das bieten lassen muss. In dem Buche brodeln alles durcheinander: demokratische und anarchistische Ideale, Freude an der gesunden, praktischen, fruchtbaren Kraft und ein verstiengener wirklichkeitsfremder Idealismus, Daseinsverherrlichung und Todescultus — das Ganze beherrscht von einer höchst merkwürdigen Religiosität, einer Art Bastard von Pantheismus und englisch-protestantischer Gläubigkeit.

In seiner Grundstimmung steht das Fergusonsche Buch dem im vorigen Heft besprochenen von Leopold Ziegler nicht allzu fern, aber was bei Ziegler tief ist, das ist bei Ferguson platt. Das Antimaterialistische, Antiutilitarische, die Einschätzung dessen, was sich nicht wägen und zählen lässt, der Glaube an eine Regeneration des Menschen von innen heraus, die Voraussetzung einer

immanenten Vernünftigkeit der Welt kennzeichnen beide. Ferguson schreibt eine Art Agitationsbroschüre, einen Appell an die Menschen guten Willens. Ziegler ein wissenschaftliches Buch, aber Ziegler zeigt sich seiner Aufgabe sehr viel besser gewachsen, als Ferguson der seinen. Vor allem fehlt diesem Einheitlichkeit, es wimmelt bei ihm von Widersprüchen, obwohl sich, besonders unter den kritischen Bemerkungen, manche guten Gedanken finden.

Den Gedankengang des Buches zu skizzieren, wäre ungemein schwierig und würde sehr viel mehr Raum beanspruchen, als der Arbeit hier zukommt. Ich werde einiges aus dem Kessel herausfischen, wobei der Leser auch eine Probe der ursprünglichen und warmen Darstellung Fergusons erhält.

Auf Seite 39 heisst es: »Die Demokratie hat Unendlichkeit in sich. Die Menschen werden für gleich erklärt, seit man entdeckt hat, dass sie alle — die geringsten ebenso, wie die grössten — Zugang zum Unendlichen haben oder haben können. Die offenbaren Verschiedenheiten verschwinden gegenüber dieser grossen Gleichheit. Unendlichkeit plus eine Million ist nicht mehr, als Unendlichkeit plus eins. Ohne die Religion wäre die Demokratie unverständlich. Wenn die Seele eines Menschen begrenzt und vergänglich ist, so ist die Demokratie lächerlich.«

»Der Fortschritt der modernen Wissenschaft bringt alle hergebrachten Classificationen in Verwirrung und schafft alle anerkannten Gesetze ab. Man nimmt wahr, dass alles in der Natur in beständigem Flusse ist. Es gibt keine fertigen Formeln, und jede Entdeckung ist einer Revision bedürftig. Nur der Halbwissner meint, ein letztes Wort sagen zu können. Der Fortschritt der Wissenschaft beseitigt das kirchliche Dogma, weil er jedes Dogma beseitigt — das der Physik ebenso, wie das der Metaphysik.« (pag. 104).

Und einen Absatz weiter: »Als Mann der Wissenschaft wirst du nicht sagen, dass die Schwerkraft morgen genau das bleiben wird, was sie heute ist, sondern nur, dass du überzeugst bist, dass, wenn Gott hier etwas ändern will, er alles andere auch ändern wird, und zweifellos würden, wenn die Seele eines Kindes im Weg stände, die Planeten anhalten und die Schwerkraft aussetzen. Gott wird dafür sorgen, dass die Mühle nur Asche und Knochen mahlt.« (pag. 104).

»Der moderne Mensch ist ein gewaltiger Zweifler, und die Tiefe seines Gethsemans bemisst sich nach der Höhe seines Golgatha.

Vielleicht würde Gott lieber die Bibeln aller Völker zerstören und alle Wunder des Glaubens wegwischen, als die Möglichkeit dieses geisterschütternden Zweifels aufheben.« (pag. 74).

Das Deutsch der Uebersetzung ist gut, zum Teil vortrefflich. Ob es gut war, das Buch ins Deutsche zu übersetzen, ist eine andere Frage.

Oda Gilbert.

Adolphe Brisson: *Les prophètes*. Paris, Flammarion & Tallandier.

Adolphe Brisson kennt in Frankreich und dem benachbarten Belgien 24 Propheten. Das sind, wenn uns unsere alttestamentarischen Kenntnisse nicht ganz verlassen haben, um einige mehr, als die Propheten der biblischen Legende. Sie unterscheiden sich von den letzteren auch dadurch, dass sie an der Umgestaltung der Welt nach den verschiedensten Richtungen hin ideellen Anteil nehmen und sich, in ihrer Mehrheit wenigstens, nicht auf die Verkündung eines neuen Gottmessias beschränken. Man errät vielleicht, dass Brisson in erster Linie die Häupter des Socialismus unter seine Propheten einreihet. In der Tat schildert er uns in seinem 379 Seiten starken Bande die Persönlichkeiten der Guesde, Allemane, Anseele, Vandervelde, Jaurès. Dann aber macht er uns auch mit Anarchisten, wie Jean Grave und Reclus, bekannt, führt uns zu Magnaud, dem *bon juge*, schleppt uns Arm in Arm zu Léon Bourgeois, dem radicalen Politiker, zu Frédéric Passy, dem Friedensapostel, lässt uns an seiner Seite die so seltene Gunst einer Unterhaltung mit den grossen Dichtern, wie Zola und France, geniessen und gibt uns nicht eher frei, bis dass wir auch einigen Leuchten (?) des Klerikalismus — dem Abbé Lémire unter anderen —, sowie endlich ein paar Patrioten à la Déroulède und Drumont Visite erstattet haben. Wie man sieht, eine Collection von Propheten, die an Manigfaltigkeit nichts zu wünschen übrig lässt.

Der Verfasser, der seinen im Feuilletonstil gehaltenen biographischen Skizzen durch die Beigabe charakteristisch ausgeführter Portraits der betreffenden Persönlichkeiten mehr Relief zu geben versucht, will uns die letzteren menschlich näher bringen. Das ist auf jeden Fall ein lobenswerter Vorsatz. Es ist immer besser, die lebenden Propheten zu würdigen, als sich auf ihre Kosten an der Verherrlichung der toten Genüge zu tun. Leider hält der Autor nicht ganz, was er verspricht. Die Einblicke, die er uns in die intimeren geistigen und familiären Verhältnisse seiner Heroen eröffnet, lassen uns

nicht immer sehr tief in die Psyche dieser Menschen eindringen. Das Nebensächliche wird oft zu stark betont. Man kann Jules Guesde vielleicht auch charakterisieren, ohne gerade seine Kaffeetasse zu beschreiben. Von Jaurès berichtet der Autor mancherlei Einzelheiten aus dessen Studienaufenthalt in der *Ecole normale*, die lesenswert sind. Jaurès war übrigens der einzige, der sich nicht interviewen liess. »Si vous me faites parler, je vous désavoue«, wehrte er seinen Besucher ab. Wie passt zu dieser Haltung der Vorwurf auch seiner deutschen Gegner, welche behaupten, dass er danach trachte, sich von den Wogen der Popularität auf den Ministersessel tragen zu lassen? Aus der Unterhaltung mit Anatole France ist vieles interessant. Was dieser Dichter unter anderm vom Coalitionsrecht der Arbeiter sagt, macht ihm vor allem im Vergleich zur Indifferenz oder selbst reactionären Stellungnahme mancher seiner Kollegen alle Ehre. Anatole France ist zur Zeit wohl die erste literarische Kraft Frankreichs und eine der feinsten Offenbarungen des französischen Geistes, will sagen des Geistes überhaupt. Und er zählt sich jetzt zu den Socialisten.

\* *Hermann Thurow.*

**Paul von Gizycki:** *Der neue Adel.* Ratschläge und Lebensziele für die deutsche Jugend. Berlin, Ferd. Dümmler.

Wir leben nicht mehr in den Tagen der Wunder. Nicht einmal auf geistigem Gebiete ist das Beispiel der biblischen Sarah mehr gültig, welche in sehr gesegnetem Alter eines Knäbleins genas. Die überlebte, welche Moral des Bürgertums wird ein lebensfähiges Geisteskind schwerlich in die Welt setzen. Trotz alledem kann Paul von Gizycki sich nicht enthalten, einen neuen moralischen Menschen zu verkünden, der auf dem Boden des privaten Unternehmertums steht.

Während die communistische Ethik des Socialismus in den besten Herzen keimt und blüht, springt Gizycki der Jugend, oder vielmehr ihren Erziehern, mit einer Lehre vom *Gentleman* der bürgerlichen Freiheit und der Concurrenzarbeit bei und will zeigen, wie man anständigerweise auch noch in der Welt des Kampfes aller gegen alle leben, fortkommen könne oder solle. Das mag gut gemeint sein. Was es indessen in Wahrheit bedeutet, braucht hier nicht gesagt zu werden. Andeutungsweise und schüchtern gibt der Autor zu, dass sein Ideal *dererst* durch höhere und reinere Vorstellungen von menschlicher Grösse und Vollkommenheit abgelöst wird, jedoch für

unsere Tage sei nur sein *Gentleman der Arbeit* die ethische Notwendigkeit. Die Zeit ist aber weiter voran! Ein *Gentleman der Arbeit* im Rahmen der Concurrenzwirtschaft, also eines unmenschlichen Systems, das ist für diese Zeit, die sich längst furchtlos kritisch den Spiegel vorhält, kein sittlicher Typus, kein Ideal mehr! Es ist heute eher komisch, als empörend, dass solche Lehre mit sittlichen und socialen Präntentionen auftritt. Als ob wir gerade in der Ehren- und Glanzzeit des *laissez faire* stünden!

Zum Glücke waltet übrigens auch in diesem Buche der Selbstschutz der Natur, die nicht den Ausbau des Hinfalligen, sondern den ewigen Fortschritt will: Diese pädagogische Bemühung führt infolge einer oft hervortretenden naiven Sorglosigkeit zu Schlüssen und Consequenzen, die auch den jugendlichen Bürgern, welchen das Buch beschert wird, mindestens ahnungsweise aufgehen werden. Da wird zum Beispiel die Fabel vom Hercules am Scheidewege als eine Art Einleitung vorausgeschickt, und mit schöner, dichterischer Anschaulichkeit schildert der Autor den Weg der Gerechtigkeit und der Arbeit. Eine grauenhafte, sehr wahrheitsgetreue Symbolik: Sandwüste, Disteln, Schlangen, Skorpione, Löwen und feuerspeiende Drachen! Der bürgerliche Denker von Gizycki sieht das Martyrium des Gerechten und des Tätigen, und seine Logik heisst ihn ein ausführliches Buch darüber schreiben, wie man auf diesem Wege vorankommen soll. Anders schliessen Unbefangene: Nicht mehr ein Wegweiser tut not, sondern eine neue Strassenanlage! Und weil man das längst schon weiss, ist hier die Herculesfabel ein Schlag ins Gesicht dessen, der sich auf sie beruft: Wenn nur der unanständige Weg der schöne und gangbare ist, der des Gerechten aber der unerträgliche — wozu denn dann diese Strassengabelung aus barbarischer Zeit? Hinweg damit! Man redet heute so viel von Monismus, von einheitlicher Weltanschauung. Gibt es denn immer noch Köpfe, die in Betracht kommen, welchen es nicht klar ist, dass alles Philosophieren und Moralisieren unnütz ist, solange die concreten Bedingungen des Lebens an dem hergebrachten Dualismus von Gerechtigkeit und Egoismus kleben, solange die Topographie des Lebens für Herculesse und solche, die es werden wollen, arrangiert ist?

Ausser von dem mythologischen Heros, hören wir von einigen historischen. Wir erfahren zum Beispiel, wie Präsident Garfield sich aus der Armut emporrang, erfahren,

dass er als sechzehnjähriger Mäher die Erwachsenen an Arbeitskraft und Summe der Leistung übertraf, dass er bei Nacht, trotz der unglaublichen Körperarbeit, seine Geistesbildung aus Büchern suchte und fand. — Alle Hochachtung vor Garfield und seinesgleichen! Aber was ist die Consequenz der naiven Erzählung? Es ist klar: Der Process des capitalistischen Homunculus beruht auf Ueberstunden. Man würde ja der bürgerlichen Moral ihren letzten Strohalm rauben, den Emporkömmling, wenn man etwa die Arbeitszeit durch Gesetz normierte! Das alles wissen wir längst — aber was geht das die Jugend an? Wenn sie nur sieht, dass es einige Menschen gab, mit welchen die anderen nicht zu concurieren vermochten, und dass diese *Herren in der Hierarchie der Menschheit* dabei auch immer noch *Gentlemen* bleiben konnten.

Ein erfolgreicher Arbeiter und ein *Gentlemen*, das ist das *neue Ideal*. Das gleiche hat dem Schreiber dieser Zeilen kürzlich ein Bankdirector auseinandergesetzt. Nach seiner Ansicht bestehen Menschlichkeit und Gerechtigkeit einfach darin, dass jedermann die Bezahlung erhält, die er *verdient*. Und das geschehe heutzutage. Dieser Bankdirector billigt es vollständig, dass die Arbeit zu ihrem Rechte kommt, er nennt sich selbst einen Arbeiter und ist es auch. Aber: jeder für sich!! Unter dieser Bedingung will er eventuell Socialdemokrat werden. Er glaubt sogar, die Socialdemokratie entwickle sich in dieser Richtung. Könnte die Socialdemokratie jemals der Phantasie dieses Bankdirectors den Gefallen tun, dann würde die Kritik vor Paul von Gyzickis Pädagogik verstummen müssen. Es wäre dann vielleicht an der Zeit, der deutschen Jugend des Buch des Stillstandes zur Beherzigung zu empfehlen.

Die Methode der Schrift interessiert uns weniger, als der Geist. Der Ton der Jugendschriften ist festgehalten. Man lernt, dass Ueberlegung, Entschlossenheit, Sorgfalt, Beharrlichkeit, Sparsamkeit am rechten Ort, Höflichkeit, Gesundheit u. s. w. notwendige Dinge sind. Das alles wird durch Aussprüche von Männern eigener Kraft ordentlich gestützt, und man ist stets an die lehrreiche Geschichte von dem armen Schiffsjungen erinnert, der die Tochter seines Principals heiratete und zuletzt Lord-Mayor von London wurde. Eines der Capital trägt die Ueberschrift *Die Arbeit ist ein Bedürfnis des Menschen*: Von den vielen Tausenden, die zur Arbeitslosigkeit verdammt sind, steht nichts darin.

Franz Lindheimer.

Georges Clémenceau: *L'église, la république et la liberté*. Paris. P. V. Stock.

Die vorliegende Broschüre besteht aus einer im Senat gehaltenen Rede und vier Zeitungsartikeln Georges Clémenceaus, der hochbegabte linke Flügelmann des bürgerlichen Radicalismus in Frankreich, setzt seine Anschauungen über den Kampf gegen die Mönchsorden und ihren Einfluss auf die Jugenderziehung auseinander. Sein Standpunct, den er nach rechts und links hin soviel Geist als Entschiedenheit verteidigt, ist folgender: Die römische Kirche ist eine allzeit angriffslustige Theokratie, die nach wie vor nach der weltlichen Gewalt strebt, um mit ihrer Hilfe jede Spur von Glaubens- und Gewissensfreiheit zu unterdrücken; die Mönchsorden sind die eingeschworenen Streitkräfte dieser Theokratie, zudem berauben sie ihre eigenen Mitglieder der elementarsten persönlichen Freiheitsrechte, folglich ist ihr Dasein mit dem Dasein der Republik, dieser Organisation der staatsbürgerlichen Freiheit, grundsätzlich unvereinbar. Das schon seit 1790 in Frankreich zu Recht bestehende Verbot der Mönchsorden ist daher endlich durchzuführen. Ferner ist das Concordat aufzuheben, da es den katholischen Pfarrern einen beträchtlichen Teil der Steuergelder zuwendet, während doch zu diesen Steuergeldern alle Staatsbürger beitragen, auch die Nichtkatholiken und die ungläubigen Katholiken. Sind aber solchergestalt die Privilegien der katholischen Kirche aufgehoben, so ist ihren Anhängern auch volle Freiheit zu gewähren, dieselbe Freiheit, die allen Staatsbürgern gebührt. Diese volle Freiheit schliesst nach Clémenceaus Ansicht nicht bloss uneingeschränkte Glaubensfreiheit, sondern auch volle Unterrichtsfreiheit ein, das heisst, gläubigen katholischen Eltern soll das Recht zustehen, aus eigener Tasche confessionelle Privatschulen für ihre Kinder zu unterhalten — ebenso wie den entschiedenen Freigeistern das Recht zustehen soll, für ihre Kinder Privatschulen zu errichten, die weit über das bescheidene Mass der für die Staatsschulen normierten kleinflauten Freigeistigkeit hinausgehen sollen. Wohlgemerkt, nicht etwa bloss der Religionsunterricht soll in solcher Weise freigegeben werden, sondern der gesamte Unterricht. Gegenüber Jaures, der nur den Religionsunterricht freigegeben will, im übrigen aber unter Berufung auf das *Recht des Kindes* die obligatorische weltliche Staatsschule fordert, meint Clémenceau, bei uneingeschränkter Discussionsfreiheit ausserhalb der Schule werde der junge

Nachwuchs schon von selbst den Weg zur Aufklärung finden. Die grossen Freidenker des XVIII. Jahrhunderts, Voltaire, d'Alembert und andere seien ja auch aus geistlichen Schulen hervorgegangen, und Renan dergleichen.

Es ist unschwer herauszufinden, wo die Schwäche dieses Gedankengangs steckt. Um einer winzigen Minderzahl der Stärksten und Bestausgerüsteten willen, die sich selber zu helfen vermag, die millionenköpfige Ueberzahl derer vernachlässigen, die der Staatshilfe bedürfen: das ist nun einmal die uneingestandene Formel alles bürgerlich-liberalen Individualismus, und auch Clémenceau kommt bei all seiner genialen Kühnheit nicht über diese Formel hinaus. Er sieht nicht, dass das von ihm so gern angerufene *laisser faire* dort, wo Schwache und Kleine um die notwendigsten Güter des Lebens kämpfen, in Wahrheit einem Vernichtungsurteil über die grosse Mehrzahl der Kämpfenden gleichkommt. Weil ein Voltaire, durch Begabung, Reichtum und Rang gleich begünstigt, seinen klerikalen Lehrmeistern Trotz zu bieten vermochte, deshalb soll der Klerus das Recht erhalten, Hunderttausenden von Bauern- und Arbeiterkindern just in den bildsamsten, entscheidenden Lebensjahren für immer die Denkfähigkeit zu verkrüppeln, noch ehe sie Zeit fanden, von der uneingeschränkten Discussionsfreiheit ausserhalb der Schule Gebrauch zu machen. Freilich, Clémenceau tröstet sich bei dem Gedanken an die prächtigen, durch und durch modernen Privatschulen, die er und seine freidenkerischen Freunde für ihre Kinder errichten wollen. Gewiss, es klingt recht verlockend, was er von diesen zu gründenden Schulen erzählt; aber wem werden sie zugänglich sein? Vielleicht den Kindern von sieben Dutzend bemittelten Pariser Freidenkern.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass der Individualist Clémenceau gerade dort, wo er gegenüber dem Collectivisten Jaurès sein Misstrauen gegen den Staat betont, dem hypercentralistischen Bureaokratismus der heutigen französischen Verwaltung manchen treffenden Hieb versetzt. Aber Clémenceau begeht den Fehler, diesen hypercentralistischen Bureaokratismus für dem Wesen des Staates immanent zu halten; er übersieht, dass schon heute zum Beispiel die schweizerische oder gar die englische Verwaltung einen ganz anderen Charakter trägt, und er übersieht ferner, dass gerade die schrittweise Socialisierung der Produktionsmittel sehr wohl mit einer fortschreitenden Decentralisierung zahlreicher Verwaltungs-

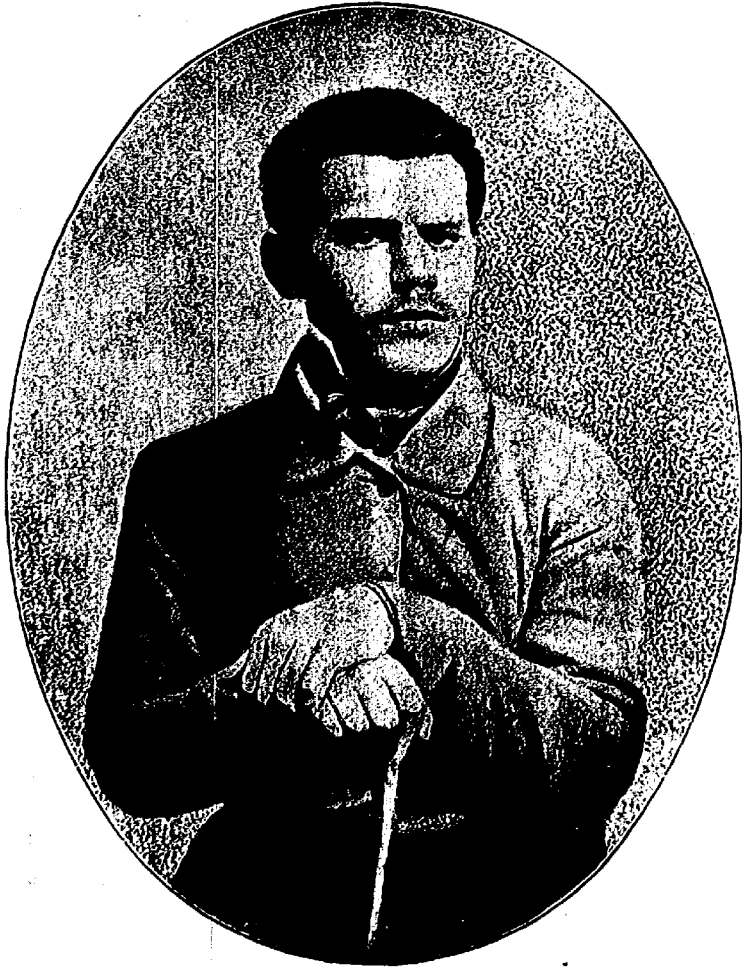
zweige Hand in Hand gehen kann — worüber just bei Jaurès einiges nachzulesen wäre.

Zum Schlusse sei hier ein Schnitzer festgenagelt, der bei einem so begeisterten Freiheitsfreund, wie Clémenceau, zehnfach peinlich berührt. Besagter Schnitzer ist dem rhetorischen Bemühen entsprungen, die katholischen Völker als die unglücklichsten und heruntergekommensten auf Erden hinzustellen, und hat folgenden Wortlaut: »Die slavischen Völker, unter einer menschlichen Autokratie (!), die sich eines Tages noch weiter vermenschlichen wird — denn die Menschheit wird ihren Weg finden — sind im Begriff, sich mit dem Orient wiederzvereinigen, mit Asien, der Mutter des ursprünglichen Lichts, der Mutter uralter Religionen, von wo die Cultur des Abendlandes ausgegangen ist.« (pag. 35). Man muss sagen, der nächstbeste feile Soldschreiber des Czarentums könnte keinen ärgeren Unsinn von sich geben. Erstens sind Gottseidank noch nicht alle slavischen Völker unter der czarischen Fuchtel, und die von diesem Unglück betroffenen sind, remonstrieren immer lauter dagegen. Zweitens ist das Czarentum nicht eine menschliche, sondern eine unmenschliche Autokratie. Drittens glaubt ausserhalb Frankreichs kein vernünftiger Mensch daran, dass die czarische Autokratie sich vermenschlichen könne, solange sie nicht aufhört, Autokratie zu sein. Viertens besteht die *Wiedervereinigung* des czarischen Russlands mit dem ehrwürdigen chinesischen Orient in der schockweisen Niedermetzlung von wehrlosen Chinesen und in der schockweisen Schändung von Chinesinnen. Fünftens ist es absolut unlogisch, die römische Theokratie zu bekämpfen, wenn man in Bezug auf die noch viel culturfeindlichere czarische Theokratie einer so plumpen Schönfärberei huldigt. Lehren denn die Tatsachen nicht jeden Tag, dass der Papst die Duldsamkeit und Aufklärung in Person ist im Vergleich mit Pobjedonoszew? Welcher katholische Staat in Europa verfolgt die Protestanten oder sonstige *Kelzer* mit so niederträchtiger Grausamkeit, wie das Czarentum die Griechisch-Unierten in Polen und Litauen? Was soll das Gerede von *menschlicher Autokratie*? Reden die Untaten eines Wahl und Obolenskij, die Arbeitermetzeleien von Rostow und Zlatust, die Massacres von Blagowjeschtschensk und Kischenew noch immer nicht deutlich genug? Wann endlich wird man auch in Frankreich das Czarentum als das erkennen, was es ist: als den Hort aller Despotenbestialität in Europa und Asien?

Ladislau Gumplowicz.







**LEO TOLSTOJ**

IM JAHRE 1848